

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 31. Dezember 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando:  
Bieteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
Eingehende Nummer 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Preisliste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Annon-  
zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,  
„Kleine Anzeigen“, das erste (ein-  
gebundene) Wort 10 Pf., jedes weitere  
Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Das Attentat auf die Schule zurückgeschlagen.

Aus Wien wird uns vom 28. Dezember geschrieben:  
Am Christtage wurden die niederösterreichischen Schul-  
gesetze sanktioniert. Die sanktionierten Gesetze unterscheiden  
sich aber wesentlich von der Schulvorlage, die wir am 3. De-  
zember besprachen. Die Vorlagen wurden nämlich vor vier-  
zehn Tagen von der Regierung dem niederösterreichischen  
Landtage zur neuerlichen Beratung zurückgeschickt, wobei  
wesentliche Abänderungen gefordert wurden. Die  
wichtigste Änderung betraf den Landes-Schulrat, wo wieder  
allen staatlichen Landes-Schulinspektoren das volle Stim-  
recht eingeräumt werden mußte. Dadurch verloren die  
klerikalen Politiker des niederösterreichischen Landesauschusses  
und des Wiener Gemeinderates die Majorität, und die oberste  
Leitung des Schulwesens des Landes liegt wieder in den Händen  
des Staates. Der Landes-Schulrat reißt die Lehrkräfte in die  
höheren Gehaltsstufen ein, besitzt die Disziplinarergewalt über  
die Lehrer, wählt die Lehr- und Lesebücher für die Volks-  
schulen aus und bestimmt so den Geist der Schulen und übt  
überdies die Aufsicht über die Lehrerbildungsanstalten und  
Nachschulen sowie über die Gymnasien, Realgymnasien und  
Realschulen aus. Dieses ganze große Gebiet des Schulwesens  
hätte die klerikale Landtagsmehrheit durch ihre ursprüngliche  
Vorlage beherrscht und mußte es in dem geänderten Gesetze  
aufgeben. Die anderen Änderungen sind von geringerer Be-  
deutung. Der Hauptkampf der sozialdemokratischen Arbeiter-  
schaft richtete sich gegen die Zusammenlegung des Landes-  
Schulrats und hier hatte er einen vollen Erfolg.

Einen zweiten großen Rückzug mußte die klerikale  
Landtagsmehrheit in der Lehrerbildungsfrage antreten. Sie  
hatte bekanntlich beschlossen, jährlich 200.000 Kronen aus  
Landesmitteln zu dem Zwecke zu bewilligen, daß jedes Jahr  
85 Knaben in die katholischen Privat-Lehrerseminare von  
Währing und Strebersdorf in Niederösterreich und  
von Tisis in Vorarlberg zur Ausbildung geschickt werden  
sollen. Die Währinger Anstalt steht unter der Leitung eines  
Jesuitenpaters, die beiden anderen Anstalten sind Schul-  
Brüderseminare. So sollte für Niederösterreich  
ein vollständig klerikaler Lehrernachwuchs herangezogen  
werden. Dieser Beschluß war nach dem über den  
Landes-Schulrat der einschneidendste und gefährlichste,  
der vom Landtage gefaßt worden war, und auch dieser  
mußte nachträglich umgestoßen werden. Hier  
folgte der Landtag nicht einmal einem Drucke der Regierung,  
sondern wich direkt vor der immer wachsenden Volksbewegung  
zurück. Der Landtag beschloß nun am 21. Dezember, diese  
Stipendien an den Pfaftenanstalten aufzulassen und mit  
nächstem Schuljahre in Wien eine Lehrer-Bildungs-  
anstalt zu eröffnen, die aus Landesmitteln erhalten werden  
wird und wozu die Gemeinde Wien das Gebäude beisteuert.  
Die Anstalt wird allerdings auch unter dem Einflusse des  
klerikalen Landesauschusses stehen, aber von einer so klerikalen  
Reinkultur, wie sie die Jesuiten- und Schul-Brüderanstalten  
geliefert hätten, kann natürlich keine Rede sein. Der  
Landesausschuss wird sich übrigens auch hüten, der Anstalt ein  
allzu klerikales Gepräge zu geben, nachdem er jetzt so  
unangenehm erfahren hat, daß der Vogen von ihm allzu  
straff gespannt worden und er zu einem so blamablen Rück-  
zug gezwungen war, da die Erregung über die geplante Ver-  
schaffung in immer weitere Kreise drang. Der leidenschaft-  
lichste und gewaltigste Protest kam allerdings von der  
Sozialdemokratie, aber die klerikalen Herren merkten bald,  
daß die Sozialdemokratie bei ihrem Sturm immer größere  
Kreise des Bürgertums mitriß. Nach den Arbeitern traten  
zunächst die Professoren der Wiener Universität, dann  
Gemeinderäte und bürgerliche Versammlungen gegen die  
klerikale Schulvorlage auf, ja selbst in christlichsozialen Bezirks-  
schulräten machte sich schon ein deutlicher Widerstand bemerkbar.

Die Klerikalen erlitten also eine gründliche Niederlage.  
Der Erfolg unserer Partei ist um so höher anzuschlagen, da  
zwischen dem klerikalen Landesauschusse und dem Unterrichts-  
minister Ritter v. Gartei die erste Vorlage schon vereinbart  
und vom Minister die Sanktion schon zugesagt gewesen war.  
Die Klerikalen hatten sich dessen auch schon öffentlich getrüht  
und der traurige Unterrichtsminister wiederholt erklärt, daß  
„von seinem Respektstandpunkt gegen die Vorlage nichts einzu-  
wenden sei“. Erst der Ministerrat, dem jedes  
Gesetz vor der Sanktion vorgelegt werden muß, hat  
die Abänderungen beschlossen und den Unterrichtsminister  
blamiert. Die Christlichsozialen waren wütend über die  
Niederlage. Ihre Blätter schrien von „Tyrannei und  
Despotie gegenüber dem christlichen Volke“ und warfen der  
Regierung vor, daß sie „die Wünsche und Forderungen der  
sozialistisch-liberalen Mächte“ als öffentliche Meinung behandle  
und dieser nachgebe. Am stärksten kam die klerikale Wut bei  
der Beratung im Landtage zum Ausdruck, wo unser Genosse  
Seiß als einziger sozialdemokratischer Abgeordneter den  
Kampf gegen die ganze klerikale Meute mit großer Energie  
und unerreichter Sachkenntnis — er ist städtischer Lehrer und  
seit vielen Jahren der geistige Führer der freisinnigen Lehrers-  
schaft Oesterreichs — führte. Die christlichsoziale Majorität  
überschüttete ihn nicht bloß selbst mit unflätigen Ver-  
schimpfungen, sie hatte auch die Galerie mit städtischen

Dienern, christlichsozialen Bezirksräten und dergleichen Leuten  
gefüllt, die sich mit Drohungen und Schimpfworten in die  
Verhandlungen mischten. Genosse Seiß quittierte diese Wut-  
ausbrüche mit kalter Ruhe und überlegenem Witz, zeigten sie  
ja doch nur, wie bitter die zurückgeworfenen Gegner die  
Niederlage empfanden. —

## Ein protestantischer Geistlicher als Verteidiger eines sozialdemokratischen Gotteslästerers!

Unseren Lesern ist der Gotteslästerungsprozess be-  
kannt, in dem vor 4 Wochen unser Genosse Westmeyer, Re-  
dakteur des hannoverschen „Volkswillen“, zu drei  
Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Prozess wurde  
damals schon in zweiter Auflage verhandelt, nachdem Westmeyer  
im ersten Verfahren von der hannoverschen Strafkammer frei-  
gesprochen worden war. Das Reichsgericht hatte die Aufhebung  
dieses ersten Urteils verfügt. Die Wirkung war die nunmehr er-  
folgte Verurteilung. Diese erfolgte, obwohl zwei Hanno-  
verische Geistliche, Chappuzau und Dörries, die von Genossen  
Westmeyer als Zeugen geladen worden waren, das Gegenteil  
einer Gotteslästerung in den inkriminierten Stellen fanden. Aber  
freilich, zwei andere hannoversche Geistliche, die der Staatsanwalt  
noch während der Gerichtsverhandlung laden ließ, erklärten, daß  
die betreffenden Stellen den Namen Jesu mit Hohn und Spott  
überschütteten und sie deshalb in ihren heiligsten Gefühlen tief  
verletzten.

Nunmehr ergreift einer der genannten Zeugen, der Pastor  
Dörries in Hannover, in der oben erschienenen Nr. 63 der  
„Christlichen Welt“ (vom 29. Dezember) das Wort, um an  
jenem Urteil eine tapfere und vernünftige Kritik zu üben. Der  
ganze lange Artikel ist eine großzügige Verteidigungsrede für  
unseren Genossen, eine Anklage gegen das sattegebaute Ver-  
fahren, die in den Kreisen, in denen die „Christliche Welt“ gelesen  
wird, ihre tiefste spirituelle Wirkung nicht verfehlen wird. Sie  
wird den Glauben an die absolute Gerechtigkeit unseres heutigen  
richterlichen Betriebes gerade in diesen sonst besonders vertrauens-  
voll gestimmten Schichten wohl ein gut Stück erschüttern. Wir teilen  
im Nachstehenden die hauptsächlichsten Abschnitte des Artikels mit —  
sie bedürfen ihrerseits keines besonderen Kommentars mehr. Der  
Pastor beginnt:

„Der Redakteur Westmeyer ist nach unserer Ueberzeugung un-  
schuldig wegen Gotteslästerung zu drei Monaten Gefängnis ver-  
urteilt worden. . . Unseres Wissens wäre es auch das erste  
Mal, daß von Seiten eines Sozialdemokraten  
Jesus gelästert worden wäre. Die sind nicht ganz  
unbelieben in der sozialdemokratischen Literatur. Aber von einer  
Lästerei des Arbeiterlandes von Nazareth  
durch einen Sozialdemokraten ist uns niemals  
etwas vor Augen gekommen. Herr Redakteur Westmeyer  
wäre also der erste Sozialdemokrat, der einer solchen Tat sich  
schuldig gemacht hätte. Wir haben ihn vor dem Prozesse nicht  
gesehen. Heute glauben wir sagen zu dürfen, daß wie ihn einer  
Lästerei des Meinsten und Besten, der je über diese Erde gegangen,  
einmal nicht für fähig halten.“

Dann schildert Pastor Dörries den Tatbestand: „In einem  
Kreuzblattnummer, Golläpfel überschrieben, hatte der Verurteilte ver-  
schiedene Ereignisse der jüngsten Vergangenheit satirisch beleuchtet,  
darunter auch den Königsberger Prozess. . . Um dies  
Gerichtsverfahren zu kennzeichnen, fingierte Redakteur Westmeyer  
einen Prozess, den die Kaiserin-Witwe von China gegen Martin  
Luther, Augustin und unbekannt, beim Königsberger Landgericht an-  
hängig gemacht habe. Er ließ sie gegen Luther ähnliche Anklagen  
erheben, wie die russische Regierung gegen die im Königsberger  
Prozess Verurteilten erhoben hatte, und zog dabei auch in einer  
für seinen Zweck sehr geeigneten Weise den Namen Jesu mit  
herein. Das ergab freilich manches schwere Wort, wenn auch nicht  
anmaßend so arg, wie sie z. B. in Haeckels Beiträgen sich finden,  
gegen die doch bis jetzt — behüte uns auch der liebe Gott davor! —  
noch kein Staatsanwalt eingeschritten ist, obwohl sie Vergerniß  
genug erregt haben. Hier aber war alles ganz offensichtlich nicht  
im Sinne Westmeyers selbst, sondern im Sinne — der heidnischen  
chinesischen Kaiserin geredet. Wer nur irgend die Worte recht ver-  
stand, und sie waren wirklich bei einigen Nachdenkern un schwer zu  
verstehen, der mußte sich sagen, daß hier etwas Abfurdres, Un-  
erhörtes, Undenkbares geschildert werden sollte. Redakteur West-  
meyer wollte den Königsberger Prozess als etwas hinstellen, das  
eigentlich nicht hätte vorkommen dürfen. Er wollte zeigen, zu weich  
unvorstellbaren, nein, zu weich empörenden Konsequenzen ein solches  
Verfahren führe. Dann konnte er also die Personen seines fingierten  
Prozesses gar nicht hoch genug wählen. „Wacht es euch Har!“ so  
wollte er seinen Lesern sagen. Selbst die unanfechtbarsten, ja selbst  
die heiligsten Namen sind nicht mehr sicher, wenn die Grundsätze,  
nach denen der Königsberger Prozess entschieden worden ist, mah-  
gebend sein sollen.“ Es liegt also unserm Erachtens das gerade  
Gegenteil von Gotteslästerung vor. Westmeyer konnte schreiben,  
was er geschrieben hat, auch wenn er mit tiefer, frommer Verehrung  
zu Jesus ausblickt. Mit absoluter Sicherheit aber ist aus seinen  
Worten zu schließen, daß er groß von Luther und Jesus denkt, daß  
ihm Welches Personen sind, die mit Recht im allgemeinen Ansehen  
stehen. Jeder, der seine Worte mit einigem Nachdenken liest, muß  
dies daraus entnehmen. Denn sonst haben seine Worte überhaupt  
keinen Sinn.“

Darauf geht Pastor Dörries mit seinen beiden ortho-  
doxen Amtsbrüdern, die gegen Westmeyer ausgesagt haben,  
ins Gericht:

„Der Verteidiger Westmeyers stellte durch wenige Fragen fest,  
daß beide Herren die ganze Sache nicht ver-  
standen haben. Es war begreiflich. Sie lasen den Artikel  
beute (d. h. wohl im Gerichtsaal?) zum erstenmal! Sie hatten  
nur Zeit, ihn flüchtig zu lesen. Sie lasen ihn unter sehr  
erschwerenden Umständen. Und der Artikel war vor einem Jahre  
geschrieben. Die Dinge, von denen er handelte, lagen weit zurück.

Ja, sie waren dem Einen von ihnen überhaupt nicht bekannt  
geworden, auch nicht vor Jahresfrist. Aber was gab ihnen  
dann das Recht zu so harten Worten?“

Und dann kommt der Staatsanwalt an die Reihe, der  
gegen unseren Genossen sogar 6 Monate Gefängnis beantragt hatte:  
„Der Staatsanwalt freilich hat nicht so gefragt. Für ihn  
war die Aussage der beiden Geistlichen eine weitere Unterlage für  
seine Anklage auf Gotteslästerung. . . Er betonte sehr nachdrücklich  
und ausdrücklich, ein Zeitungsschreiber werde erfahrungsgemäß nur  
flüchtig gelesen. Der Schreiber könne nicht erwarten, daß seine  
Leser über seine Worte noch groß nachdenken. Was heißt das?  
Das heißt doch: ein Zeitungsschreiber muß so schreiben, daß er  
nicht mißverstanden werden kann. Mag er seine Worte gemeint  
haben so gut und fromm er will, wird er mißverstanden, so ist  
er strafbar, wenn das Mißverständnis auch nur bei flüchtigem  
Lesen möglich ist. Er wandert für dies Mißverständnis ins Ge-  
fängnis. Er kann nicht verlangen, daß man seine Worte zweimal  
liest. Wir sind der Meinung, er kann verlangen, daß man seine  
Worte zehnmal liest, ehe man ihn der Gotteslästerung zeilt. Er  
kann verlangen, daß man seine Worte so oft, so sorgfältig und mit  
so ernstem Nachdenken liest, daß man überzeugt sein darf, sie bis  
auf den Grund verstanden zu haben, ehe man einen so schwer-  
wiegenden, beschimpfenden Vorwurf gegen ihn erhebt.“

Selbst den Richtern gegenüber waagt der Freimütige seine  
selbständige Meinung zu sagen:

„Allerdings, für die Ausführungen des Staatsanwalts ist das  
Gericht nicht verantwortlich. Aber in der Hauptsache hat  
es sich doch seiner Anschauung angeschlossen. . . Wir sind sehr weit davon entfernt, den Richtern irgend welchen Vor-  
wurf zu machen. Sie haben zweifellos nach den üblichen  
Rechtsnormen geurteilt. Aber gerade diese Rechts-  
normen sehen uns so wunderbar bestrebend an.“

Und endlich geht er nun selbst, wie nur ein Verteidiger vor  
Gerichtsstelle, auf den Inhalt, den Sinn, die Ausdrücke in den  
Ausführungen Westmeyers ein. Bei alledem muß man sich vor  
Augen halten, daß es ein Sachverständiger ersten  
Ranges ist, der diese Untersuchungen anstellt und diese Schlüsse  
daraus zieht! Denn Dörries gilt als einer der gebildetsten und mah-  
vollsten unter allen lebenden hannoverschen Geistlichen. Dabei  
bringt stellenweise eine sehr freie Satire durch, die bei allem Ernst  
noch extra belustigt, und die nur zu sein ist für die, für die sie  
besonders gemünzt erscheint. In diesem Zusammenhang schreibt  
Dörries:

„Wir können unter den inkriminierten Ausdrücken des An-  
geklagten zweierlei unterscheiden. Einmal solche, die nach unserer  
Auffassung an sich nicht beschimpfendes an sich haben und nur vor  
dem Namen des Herrn ungewohnt klingen. Der Angeklagte hatte  
sie gewählt, den einen, weil die Kaiserin von China, in deren Sinne  
er redete, Jesus nur vom Hörenjenseh kennt, den anderen, weil er  
seinen Ausführungen einen juristischen Fußstritt geben, sie gleich-  
sam zu einem Auszuge aus irgendwie ihm zugegangenen Gerichts-  
akten machen wollte. Was zunächst diese anbelangt — ja wie soll  
man nun davon reden? Ob wir auch angeklagt werden, wenn wir sie  
wiedergeben? Nun jedenfalls kann man doch wohl, sogar auf der  
Kanzel, auch sonst in jeder christlichen Versammlung in ganz  
ähnlicher Weise etwa so sagen: „Da hat einmal ein Mann gelebt  
in alter Zeit, wie hier er doch nur? ich glaube, er hieß Jesus. Es  
ist allerdings schon lange her, und es war in einem verborgenen  
Erdenwinkel. Er war ein seltsamer Mann. Er zählte nicht zur  
guten Gesellschaft.“ Wer etwas an sich hielt, ger hielt sich fern  
von ihm. Sein ganzer Anhang war ein kleiner Haufe aus den  
untersten Schichten des Volkes. Ja mit den Höllnern und Sündern,  
mit den Gedächten und Gebraunmarken verkehrte er. Denkt euch,  
er hat den Frommen und Guten, den Antebildigen und Kallelosen  
ins Angesicht gesagt: Die Höllner und Huren sind dem Himmelreich  
näher als ihr! Kann man nicht so sagen auf der Kanzel? Unter  
Umständen sehr wirkungsvoll? Und es ist jedenfalls einigermassen  
ähnlich geredet, wie der Verurteilte geredet hat.“

Und nun ein Ausdruck, wie er unzählige Male in Gerichtsakten  
gebraucht wird, um nicht immer wieder die nähere Bezeichnung  
einer Person, ihre Titel und Würden wiederholen zu müssen.  
„Der pp. Christus“ — nein, so wird man wohl nicht leicht sagen  
auf der Kanzel. Freilich, schließlich unendlich wäre auch das  
nicht. In einem Gerichtsverfahren! Unser Heiland ist schon oft  
von den Menschen gerichtet worden! Jesus auf der Kanzel vor  
Gericht gerufen, um ihn, genau so wie es hier der Angeklagte getan  
hat, erst recht zum Richter der Menschen zu machen! Ob es nicht ein  
temperamentvoller Prediger, ein Prediger von Gottes und nicht der  
Menschen Gnaden, schon einmal getan hat? Aber nun fragen wir,  
bedeutet solch ein Ausdruck, der in Gerichtsakten ganz allgemein üblich  
ist — und wir sagen nochmals, fingierte Gerichtsakten wollte der  
Angeklagte ausschreiben — bedeutet er eine Beleidigung? Wir  
haben bisher gedacht, er wäre nichts weiter als eine Abkürzung.  
Oder wird er vom Regierungsrat aufwärts nicht mehr gebraucht?  
Dann, aber auch nur dann ist er eine Beschimpfung. Dann aber  
auch in jedem Falle, wo er angewendet wird. Dann muß er ver-  
schwinden, aber vor allem verschwinden aus den Gerichtsakten. Aber  
so lange er dort seinen Platz hat, so lange er dort, auch vor sehr  
achtbaren Namen gebraucht wird, kann er unmöglich eine Ver-  
schimpfung sein.

Nun aber die zweite Klasse von Ausdrücken. Gewiß, der An-  
geklagte hat auch Worte gebraucht, die ohne jeden Zweifel an sich  
beschimpfender Natur sind. Aber ist der bloße Gebrauch solcher  
Worte strafbar? Auch wenn man sie ganz offenbar nicht im eigenen  
Sinne, sondern im Sinne eines Fremden, eines Gegners gebraucht?  
Sobald nun irgendwie die Möglichkeit des Mißverständnisses besteht,  
die Möglichkeit, daß ein frommes Gemüt, das den eigentlichen Sinn  
des Gesagten nicht sofort begreift, daran Anstoß nimmt? Wie lesen  
wir doch in den Evangelien? „Er hat das Volk erregt!“ so sagte  
man von Jesus. „Er verbietet, dem Kaiser den Hoeh zu geben!“  
Er hat sich zum König gemacht! Er ist wider den Kaiser!“ Noch  
viel Schlimmeres ist ihm vorgeworfen! Wir wissen, daß dieser  
Mensch ein Sünder ist! Er ist ein Pfeffer und ein Weinsäufer! Er  
ist der Höllner und Sünder Geselle, d. h. er macht sich mit ihnen  
gemein, er ist ihres Gleichen! Er hat Gott gelästert! Er treibt  
die Teufel aus durch Zauber, den Oberken der Teufel! Sagen  
wir nicht recht, daß du ein Samariter bist und — hast den Teufel!“  
Kann man Schlimmeres überhaupt noch sagen? Und davon muß  
doch nun gesagt werden! Sehr ausführlich kann und muß davon



auch in der Kirche und sonst in christlichen Versammlungen gesagt werden! Ueber jedes einzelne dieser Worte läßt sich eine ganze Predigt halten! Und wie soll man davon reden? Trösten und langweilig, jedes Wort fühlbar abgemessen, daß jedes Mißverständnis von vornherein unmöglich ist? Wie kann man über solche Worte so reden? Darf man nicht Jesus schildern, wie er seinen Gegnern erschien? Also ihn schildern als „Aufwacher“, als „Hochverräter“, als „Gotteslästerer“, als „Fresser und Weinsäufer“, als „vom Teufel besessen“? Und nun sitzt da unten Einer, der das falsch versteht, der davon Anstoß nimmt. Wenn der dann hinget und die Verletzung seines religiösen Gefühls zur Anzeige bringt, dann — wird er kaum einen Staatsanwalt finden, der die Anzeige erhebt. Findet er aber doch einen, der ebenso töricht ist als er selbst, so wird er sich in der Gerichtsverhandlung dem öffentlichen Gelächter aussetzen. Denn da es sich um Pastor und Kanzel handelt, liegen die Dinge so klar, daß nur Verbohrtheit hier Gotteslästerung wittern könnte.

Soll aber der Pastor ein Recht auf „Gotteslästerung“ genießen, das dem Zeitungsredakteur verweigert wird? Nein, wenn Herr Westmeyer schuldig war, dann ist auch der Pastor, der dasselbe tut, unweigerlich dem Gefängnisse verfallen und erst recht auch seines Amtes verlustig. Denn es ist doch selbstverständlich, daß ein Pastor vor Gericht nicht anders behandelt werden kann als ein Zeitungsredakteur. Es treffen ja auch bei ihm alle Bedingungen zu: Er hat öffentlich geredet. Er hat Worte gebraucht, deren beschimpfender Charakter ihm völlig bewußt war. Er hat vielleicht sogar nach solchen beschimpfenden Worten gesucht und sie gefunden. Und er hat auch Anstoß gegeben. Er hat wirklich fromme Gefühle verletzt.

Sollen wirklich die Grundsätze, nach denen Redakteur Westmeyer verurteilt ist, für die Zukunft allgemein maßgebend sein, dann ist, so absurd es erscheint, kein Pastor mehr vor dem Gefängnisse sicher. Wohlgerichtet, ganz einerlei, welcher kirchlichen Richtung er angehört, ob er „orthodox“ ist oder „liberal“. Oder doch, sicher ist jeder, der nützlich und trocken redet, der „klug“ und „vorsichtig“ spricht, der nach der Schablone predigt, der immer nur in alten, ausgefahrenen Gleisen fährt, bei dem es absolut unmöglich ist, ihn mißzuverstehen. Aber wehe fortan jedem Prediger, vielmehr jedem, der in Schrift oder Rede warmherzig für die große Sache Jesu Christi eintritt, der nicht immer nach Schema F zu sprechen oder zu schreiben vermag, der auch einmal eigene Wege sich bahnt, der die alte heilige Wahrheit in ein neues, ungewohntes, auf den ersten Eindruck fremdendes Gewand zu kleiden sucht, damit sie nicht gar zu gleichgültig angehört wird, der freimütig für seine Uebersetzung eintritt und auch auf die Gefahr des Mißverständnisses hin seinen ersten Zweck verfolgt, der also eine kleine Ader hat von einem gewissen Volkseredner aus aller Zeit, von dem es heißt: „Das Volk entsetzte sich über seine Lehre. Denn er predigte wie Einer, der Vollmacht hat, und nicht wie die Schriftgelehrten.“ Man soll diesen merkwürdigen Mann wegen seiner „auführerischen, gotteslästerlichen“ Reden nicht bloß gefangen gesetzt, man soll ihn deswegen sogar gekreuzigt haben.“

Uns scheint fast, als ob Pastor Dörries mit diesen seinen ganzen letzten Ausführungen auch gegen sich selbst ein Strafverfahren wegen Gotteslästerung habe provozieren wollen. So wenig wir gerade ihm die feilischen Auslegungen und Qualen, die das im Gefolge hat, gönnen, ein Glaubium für Götter, nein, viel mehr, ein sitten- und strafgeschichtliches Schauspiel ersten und unvergesslichen Ranges würde es werden. Doch mag dem sein wie ihm wolle: Tausend und verächtlich ist dieses ganze Vorgehen dieses Geistlichen, ehrenvoll für ihn, ehrenvoll für unsere Genossen, den Gotteslästerer Westmeyer.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Dezember.

### Preußentag.

Am Freitag mußte sich der sozialdemokratische Parteitag für Preußen auf die Vormittags-Sitzung beschränken, da der Nachmittag dem Besuch des „Nachtschiffs“ im Kleinen Theater vorbehalten war. Als Gefast ist der Sonnabend als ursprünglich nicht in Aussicht genommen vierter Tag hinzugefügt worden.

Zunächst wurde die Debatte über das Kontraktbruch-Gesetz zu Ende geführt. Wieder traten die „Szenen aus dem Leben“ der Landflaven vor Augen. Linde und Haase gaben aus ihrer eigenen reichen Anschauung eindrucksvolle Materialien zur Erkenntnis der Zustände in Ostpreußen. Hättmann-Franke a. M. begründete einen Zusatz zur Resolution, der organisatorische Anregungen forderte. Stein-Hanau erörterte insbesondere die Haltung der Großbauern gegenüber den Ackerbauern und Pächtern. Kaiser-Landsberg schilderte Einzelfälle. Körsten-Berlin wies auf den durch den Kontraktbruch-Entwurf entstehenden Interessengegensatz zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern hin. Karl Liebknecht erzählte aus dem Leben seines Vaters, wie unter dem Sozialistengesetz eine Landarbeiter-Deputation zu ihm gekommen sei, die ihn gebeten habe, sich beim — Kaiser für sie zu verwenden, ein rührender Beweis für den Erlösferglauben auch der Gedrücktesten an die Weisheit der Sozialdemokratie. Nach einem Schlußwort Stadthagens wurde die Resolution mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen, ebenso ein Antrag, der sich gegen die Ausweisungspolitik in Nordschleswig richtete.

Kunmehr galt es, die unvergesslichen Eindrücke der vorhergegangenen Beratungen in der Frage des Wahlrechts zu verarbeiten, zu vereinnigen und abzuschließen. Dieser Aufgabe unterzog sich Genosse Ledebour, der das Referat über das Landtags-Wahlrecht erstattete. Er begründete eine Resolution, welche die Befreiung des Herrenhauses und die Einführung des demokratischen Proportional-Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus verlangte. Nach geschichtlichen, wirksam zugespitzten Erinnerungen erörterte er das elendeste aller Wahlsysteme und die kläglichen „Reform“-Anträge der bürgerlichen Parteien. Unser Verhalten bei den letzten Landtagswahlen wurde gegen die Angriffe der bürgerlichen Parteien verteidigt. Besonders rechtfertigte unser Redner die Forderung des Frauen-Stimmrechts. Am Schluß sprach Ledebour über den von Vernstein ausgehenden Antrag, der das Verlangen einer lebhaften Wahlrechtsoagitation in eine besondere Formel zu fassen sucht. In der Hast des zum-Schluß-Kommens behandelte der Referent diesen Antrag mit einer gewissen Schärfe, indem er nicht zu billigen Andeutungen über eine angebliche Vorgeschiede des Antrags machte. Unter äußerst starkem Beifall schloß Ledebour seine Darlegungen, denen Sonnabend die Diskussion folgen wird. Alsdann werden auch die organisatorischen Fragen der preussischen Propaganda erörtert werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ und die wahre Not der Landwirtschaft. Die erschütternde Anzeige wider die fürchtbaren materiellen und sittlichen Zustände auf dem flachen Lande, die auf dem sozialdemokratischen Preußentag erhoben worden ist, hat der „Deutschen Tageszeitung“ wenig Teilnahme entlockt. Das berufene Organ der Landwirte, das sich mit dem Volke für deutsche Arbeit in Stadt und Land — schmückt, gibt den umfassenden Bericht, der auf dem Preußentag über ländliche Arbeiterverhältnisse erstattet worden ist, in dieser klaffenden Weise wieder:

Berichterstatter war Reichstags-Abgeordneter Stadthagen-Berlin.

An der Besprechung beteiligten sich ein Tischlermeister, Frau Apotheker, Redakteur Adler, Rechtsanwalt Dr. Liebknecht und eine Frau (aus dem Volke) Schulz. Ein Sachmann war Schmitter Schmidt-Sonnenburg,

schilderte die Verhältnisse der Schnitter in Mecklenburg. Kontraktbruch konnte nur dort vor, wo die Behandlung eine schlechte sei. Es gebe aber auch einseitige Gutbesitzer, die Schnitterhäuser, eigene Waschküchen usw. errichtet hätten. Bei diesen komme kein Kontraktbruch vor. Im Winter sei die Lage des Schnitters so schlecht, da er im Sommer nicht so viel verdienen, daß es bis zum Winter lange. — Die Verhandlungen wurden dann auf Freitag früh vertagt. Sinner kündigte an, daß die Delegierten sich darauf gefaßt machen müßten, auch noch am Sonnabend vormittag zu tagen.

Nach der „Deutschen Tageszeitung“ ist also das ganze Resultat der Verhandlungen das gewesen, daß die Lage des Schnitters in Mecklenburg im Winter schlecht sei.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat nur für die „Not“ der Landwirte um Oldenburg, Janusdau Herz und Verfaß, d. h. für die „Not“ jener landwirtschaftlichen Arbeiter, in deren Namen nicht Tischlermeister und Redakteure, sondern — Gymnasialprofessoren und Parlarthivare das Wort führen. Wie die Bourgeoisie die Anfänge der industriellen Arbeiterbewegung, so glaubt die hochmütige Spitze ländlicher Arbeitgeber die Anfänge einer landwirtschaftlichen Arbeiterbewegung und die bitter berechtigten Anklagen der Arbeiter einfach loszuwerden zu dürfen. So sorgt man für den Schutz der deutschen Arbeit in Stadt und Land und für die Erweckung des vielberufenen „sozialen Empfindens“ in den Herzen christlicher Arbeitgeber. —

Deutsches Studententum. In Heidelberg haben sich Studenten von der Verbindung „Suebia“ (Schwabens) im Theater wiederholt wie die Raben benommen. Bald warfen die Jünglinge, die sich in ihrem Leben noch keinen Feind durch Arbeit verdient, die aber eine ganze Lage auf die Dauer gemietet haben, Großesküde auf die Bühne und in den Rechenraum, bald stürzten sie die Vorstellung durch allerlei Lärm und Beugung. Da die Ungezogenheit trotz Warnungen fortbetrieben wurde, rügte der Theaterreferent eines Heidelberger Blattes öffentlich dieses studentische Treiben. Was war die Folge? Auf der Redaktion erschienen Vertreter der „Suebia“ und überbrachten dem Chefredakteur eine und dem Theaterreferenten zwei Forderungen auf schwere Sabel! Diese goldene Jugend bereut ihre blamablen Ungehörigkeiten, indem sie Bürgerleute, weil sie die Ungehörigkeiten rügen, zur Verletzung der Gesetze herausfordern. Aus solchen Würstchen werden aber bald hervorragende Säulen der Staatserhaltung. —

Die gefährdeten Militärinteressen. Aus Halle berichtet man uns: „Kaiserlich“ angeordnet, gestaltete sich für die Vertreter der Presse wieder einmal vor dem Kriegsgericht der 8. Division die Verhandlung gegen den Reservisten Friedrich Henze aus Köthen, die zehn Stunden dauerte und wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen hinter verschlossenen Türen stattfand. Man sah der Sache mit Sorge entgegen, da Henze am 27. August in der Kaserne in Bernburg bei dem Beginn einer vierwöchentlichen Uebung im betrunkenen Zustande höchst überflüssige Redensarten getan hatte. So hatte er vor verammelter Mannschaft gesagt, er werde sich weder einleiden noch schleifen lassen. Kleide man ihn democh ein, dann werde er auführerische Reden halten; die rote Fahne müsse gehißt werden. Henze wurde damals sofort festgenommen und befand sich etwa vier Monate in Haft. Die Anklage lautete auf Erregung von Mißvergnügen mit erheblichem Nachteil z. und der Ankläger beantragte zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht sprach aber Henze von dem Verbrechen frei und verurteilte ihn nur wegen Trunkenheit im Dienst zu 14 Tagen Arrest. Auch die Urteilsbegründung war geheim. —

### Der verführte Pfarrer.

Wie das „Oberst. Tagbl.“ mittelt, ist seitens der Kirchenbehörde Untersuchung gegen den Pfarrer Lissel in Groß-Ohelm bei Wylowitz wegen Ehebruchs, verübt mit der Frau eines Fremden, eingeleitet worden. Der Fall, der in Oberstleuten großes Aufsehen erregt, ist durch die Begleitumstände sehr kennzeichnend für die Moral gewisser frommer Seelenhirten. Ein Eingekandt im genannten Blatte gibt diese Schilderung:

Herr Pfarrer Lissel liegt mit großem Erfolge germanisatorischen Bestrebungen ob zwar Begründer eines Kriegervereins und im Besitze eines Dankschreibens vom — General Spig. (Red.), erfreute sich bis dahin einer großen Beliebtheit und ist bei Regierung und Behörde persona grata. Das letztere beweist schon der Umstand, daß man ihm ein prachtvolles Palais zu seiner Benutzung in Groß-Ohelm erbaut hat. Das Scheitern von seinem Amte, das dem Geistlichen sage und schreibe: mindestens 20 000 Mark einbringt, fällt ihm ungemein schwer. Der Pfarrer lebt, um Unannehmlichkeiten, die von jener Seite ausgehen, zu vermeiden, zur Zeit getrennt von seinen Kindern. Schwerlich ist es für mich und alle Bewohner von Groß-Ohelm, die zu denken verstehen, wenn wir sehen, daß der Mann, der es gewagt hat, eine ganze Familie unglücklich zu machen, der von der Heiligkeit der Ehe salbungsvoll predigt, sich selbst aber mit leichten Worten ohne Gewissensbedenken darüber hinwegsetzt, nach wie vor noch in seinem Amte wirkt. Aus den Briefen der beiden Schuldigen geht deutlich hervor, daß nach dem Grundsatze des kanonischen Rechts gemeiner Ehebruch gefolgert werden muß. Die Eheheibung ist in die Wege geleitet. Es steht zu erwarten, daß der Pfarrer auch wegen Ehebruchs, eines Vergehens, auf das bekanntlich Gefängnis steht, von den ordentlichen Gerichten zur Verantwortung gezogen wird. Wie unedel hat er gehandelt! Die, die ihm ihr alles gegeben, überhäuft er mit Schimpf und Schande, beschuldigt er der Verführung und schildert sie (in dem Briefe an den Ehemann) in den schwärzesten Farben, ansieht nach seinem pikanten Abenteuer sich als ganzer Mann zu zeigen und ohne Erwägung für sie einzutreten und die Konsequenzen aus seiner Handlungsweise zu ziehen. Wenn ihm noch ein Funke von Ehrgefühl innewohnte, so müßte er selbst das Konfitorium bitten, ihn so schamlosig wie möglich von seinem Amte, das er besetzt, zu suspendieren. . . .

Aber die Art und Weise, wie sich Lissel nach der Tat benimmt, schreit zum Himmel. Jetzt, nachdem er ein schwaches Weib verführt und ins Verderben gebracht, jetzt macht er den eigenen Mann dafür verantwortlich, daß er ihn vor seinem Weibe nicht gewarnt, und nennt die Genossin seines Vergehens eine Uebel! Er, der das arme Weib wie eine Zitrone ausgepreßt (man spricht auch — Privatbriefe an die Frau ergeben das — von finanziellen Opfern, die sie ihm gebracht), schleudert sie jetzt von sich wie einen nassen Saß und sucht sich als die verfolgte Unschuld hinzustellen. Statt dessen bleibt er ruhig im Dorfe, als ob nichts geschehen, ja, predigt noch von der Kanzel herab gegen die Familie, der er die Ruhe geraubt. Schon hat sich der Verdächtigung eine gewisse Unruhe bemächtigt. Was soll werden, wenn erst der ganze Sachverhalt bekannt wird?

Wie dieses Eingekandt mit Recht betont, ist das Elchafteste des frommen Falles nicht in der Thatfrage zu finden, daß ein Pfarrer dem Gelibet zum Opfer fällt, sondern in der feigen und gemeinen Gefinnung, die sich in der Beschimpfung des Weibes bekundet. Am 21. November hatte der Gutbesitzer und Amtsvorsteher von Groß-Ohelm seine Gattin im intimsten Weisener mit dem Geistlichen ertrappt, und am 1. Dezember schrieb dieser an den Amtsvorsteher einen Brief mit der Anrede: „Mein lieber, guter Paul“, in dem u. a. zu lesen war:

„Ich leide und dulde schweigend und gräme mich zu Tode darüber, daß mich mein Freund verleumt und verdammt. Wenn Du wüßtest, wie sich die ganze Sache eigentlich verhält, würdest Du mich nur bedauern, daß ich einer Person (gemeint ist die verführte Frau! D. Red.), die sich nie beherrschen konnte, zum Opfer gefallen bin. Vor dieser Person, die Du ja eigentlich besser kennen müßtest, hättest Du mich eigentlich warnen müssen. Ich habe nämlich in meiner Einfaß auch dieser Person gegenüber immer edel gehandelt. . . . Warum soll denn gerade ich dieser Person zum Opfer fallen? Wäre ich freilich über dieselbe ebenso gut unterrichtet gewesen, wie ich es heute bin, es wäre nicht so weit gekommen. Es hätte aber noch schlimmer kommen können, wenn ich allen Vorspiegelungen Deiner Frau Glauben geschenkt hätte. Mein

lieber Paul, ich werde, so lange mich Deine Frau nicht öffentlich angreift, selbstverständlich zu allem schweigen. Dir als einem durch und durch edlen, biederen Charakter muß ich einen solchen Angriff gar nicht zu. Sollte ich aber Deine Frau in ihrem wahren, vor keiner Schlichtheit zurückstehenden Charakter auch mir gegenüber zeigen, dann bin ich moralisch gezwungen, meine in den tiefsten Schmutz und Mißgetretene Ehre und die Ehre meines Standes zu schützen, was mir durchaus nicht schwer fallen wird. Meine vorgelegte Behörde wird mich, wenn ich ihr den wahren Sachverhalt schildere, nur noch lieber gewinnen und mich noch mehr achten. Welchen Kummer, welche Schmach hätte ich derselben bereitet, wenn ich auf die wahnsinnigen Wünsche einer weiblichen, hysterischen Person eingegangen wäre! Ich will lieber alles Kreuz über mich ergehen lassen, als meinem Verufe untreu werden. . . .

Was werden die Regierung und das Ministerium selbst dazu sagen, da sie gerade mir zu Liebe das große Pfarrhaus bauen ließen. . . . Ich kann hier doch nicht wie ein Dieb aus einer Parodie fliehen, in der ich kein Verbrechen begangen habe. . . . Der liebe Gott wird Dir über alles hinwegsehen und Dich segnen, wenn Du Ruhe und Geduld bewahrst. In treuer Verehrung Dein alter, stets dankbarer Alex.“

Ganz abgesehen davon, daß nach dem vertrauenswerter erscheinenden Geständnis der Frau der alte dankbare Alex seit langem systematisch die Verführung zum Ehebruch betrieben hat, offenbar dieser Brief eine so niedrige Gefinnung und ein so unehrerliches Maß der Unschuldshenkelei, wie es ein Mensch nur in sehr dauerhafter Uebung erworben haben kann. —

### Lehrerfürsorge in Württemberg.

Stuttgart, 28. Dezember.

Man hat Württemberg als den „evangelischen Kirchenstaat“ bezeichnet. Nicht mit Unrecht. Heute noch ist in der ganzen Staatsverwaltung der Einfluß der Prälaten zu verspüren, auf deren Wünsche stets die besorgteste Rücksicht genommen wird, wie in den letzten Tagen sich wieder bei Besetzung der Lehrstellen für Literaten an der Stuttgarter technischen Hochschule zeigte. Die Ernennung des früheren rationalistischen Theologen Christoph Schrempf, der vom Professorenkollegium primo loco in Vorschlag gebracht worden war, unterließ aus Rücksicht auf die Empfindlichkeit der evangelischen Orthodoxie, die befürchtete, daß Schrempf den Lehrstuhl zur Verbreitung seines „Skeptizismus“ gebrauchen werde, und über die Köpfe des Professorenkollegiums hinweg wurde Professor Otto Garnaad vom Unterrichtsministerium an die Technik berufen. Wenn irgendwo, so gilt in Württemberg für das Kultus- und Unterrichtsministerium der Nachtwächter Dingelstedt:

Hört Ihr Herren und laßt Euch sagen:

Der Kultus hat den Unterricht erschlagen.

Ziffermäßig drückt sich das im Abschnitt „Kultdepartement“ des neuen Etats aus. Für Aufbesserung der Gehälter der Lehrer und Geistlichen sind da im ganzen 1 150 000 M. vorgesehen. Davon entfallen auf die evangelischen Geistlichen 300 000 M., auf die katholischen 150 000 M., auf die Volksschullehrer und Lehrerinnen 673 000 M.

Nach den amtlichen „Erläuterungen“ zu der letzten Gehaltsaufbesserung der Geistlichen waren im Lande auf evangelischer Seite 1123, auf katholischer Seite 807 Geistliche, sagen wir also zusammen rund 1930 Geistliche. An Volksschullehrern aber sind rund 5150 vorhanden. Es kommen nun als Aufbesserung auf 1050 Geistliche 450 000 M. (auf einen Geistlichen 230 M.), auf 5150 Lehrer 673 000 M. (auf einen Lehrer 130 M.). Würde die Aufbesserung der Geistlichen auf die Lehrer angewendet worden sein, so hätte für diese eine Summe von 1 188 400 M., also 450 000 M. mehr, angeworfen werden müssen; und hätte der Nachstab der Lehreraufbesserung auch für die Geistlichen gegolten, so hätten 254 825 M. also rund 300 000 M. weniger genügt.

Durch die Verkopplung der Lehrergehalts- und Geistlichengehaltsaufbesserung soll die Abgeordnetenversammlung gezwungen werden, die erhebliche Verrückung der Geistlichen, denen erst vom vorigen Landtage eine Aufbesserung bewilligt worden ist, zugleich mit der völlig unzureichenden der Volksschullehrer anzunehmen: die eine steht und fällt mit der anderen. Der „Staats-Anzeiger“ führt heute gegenüber den „vorrätigen Lamentationen“ über die Zurücksetzung der Lehrer mit der Dementierprobe auf und meint, es sei gar nicht gesagt, daß auch die 1800 „unständigen“ Lehrer (Hülfslehrer und Unterlehrer) in die Aufbesserung mit einbezogen seien. Für diesen Fall rechnet er eine Aufbesserung von 100 Mark für jeden Hauptlehrer heraus. Aber auch dann noch würden die evangelischen Geistlichen eine um 40 Proz. höhere Aufbesserung erhalten als die Volksschullehrer. Außerdem würde die Nichtberücksichtigung der „Unständigen“, die heute 700 beziehungsweise 800 M. Jahreseinkommen haben, ein schweres Unrecht gegen diese bedeuten. Es ist begreiflich, daß aber diese Wehklagenübertragung helle Enttäuschung unter den württembergischen Lehrern herrscht. —

### Leutwein in Hamburg.

Der Ex-Gouverneur von Südwesafrika, Oberst Leutwein, ist am Freitag in Hamburg eingetroffen. August Scherl hat ihn schleunigst interviewen lassen, Leutwein war indes ziemlich zugeknöpft. Ueber die Ankerungen des Majors François erklärte er, sich nicht äußern zu wollen. Gesprächiger war er über den Witboi-Aufstand. Wenn aber der Scherl-Interviewer seine Anslasungen richtig wiedergegeben hat, so hätte Leutwein entschieden besser getan, auch über diesen Punkt zu schweigen, denn das, was er gesagt haben soll, zeugt gerade nicht von jenem tiefen Verständnis für die Psyche und die Lage der Eingeborenen, das man gerade bei Leutwein voraussetzen zu sollen glaubte.

Der Scherl-Reporter berichtet:

„Ueber Hendrik Witboi meinte Oberst Leutwein: „Der Alte ist nicht mehr Herr seiner Leute und seiner Sinne! Tausend wäre sein Abfall nicht denkbar!“ Interessant ist, daß, als Leutwein ihn nach den ersten Aufständler-Ermordungen fragen ließ, für jeden weiteren Mord würde einer der 80 Gefangenen (seht in Logo interniert) erschossen werden, Hendrik Witboi entgegnete: Er (Leutwein) möge diese Gefangenen freigeben, denn sie hätten keinen Anteil an seinem (Hendriks) Werk. Etwas half diese Drohung aber doch. Bald darauf fiel den Witbois ein Deutscher in die Hände und sie brachten ihn sofort auf von uns besetztes Terrain und gaben ihm seine Freiheit. Als Leutwein schriftlich bei Hendrik anfragte, wie er dazu komme, plötzlich „Rebell“ zu werden, antwortete er mit einem Schwulst von Fragen, zwischen die er wiederholt eingestreut hatte: „Wenken Sie mich nicht Rebell.“ — Der Oberst vermutet, daß zu der plötzlichen Auflehnung der Witbois sehr wesentlich die übertriebenen und falschen Darstellungen jener 19 Witbois beigetragen haben, die vor dem Kampfe am Waterberg vor uns ausrückten. Sie erzählten, die Deutschen kämen nicht vorwärts und vermochten die Hereros von dem Waterberg nicht zu vertreiben.“

Weshalb Witboi in den Aufstand trat, ist längst festgestellt worden: durch die offen angekündigte Entlassung der Witbois! Und deshalb, weil Witboi Unabhängigkeitsgefühl genug besaß, der Verkladung den Kampf bis zum letzten Atemzuge vorzuziehen, soll er nicht mehr Herr seiner Sinne sein! Die Berichte über die geringen Fortschritte der Truppen mögen allerdings den Entschluß gefördert haben, allein seine Hauptursache waren sie sicherlich! —



Südwestafrika.

Berlin, 30. Dezember. Amtliche Meldung. General Trotha meldet aus Windhuk unterm 20. Dezember: Am 27. Dezember überfiel eine Patrouille der 2. Kompagnie Regiments 1 auf dem Rückweg von Kolahöhe nach Gibson eine Witboierfist bei Tsub-Garis. 12 Witboier fielen, 1000 Stück Kleindvieh wurden erbeutet.

Hamburg, 30. Dezember. Mit dem Postdampfer „Lucie Boermann“ traf heute auch der aus Deutsch-Südwestafrika zurückkehrende Transport verwundeter und erkrankter Krieger ein, bestehend aus 10 Offizieren und 10 Unteroffizieren und Mannschaften.

Berlin, 30. Dezember. (Amtliche Meldung.) An Typhus gestorben ist der Leiter Karl Heimann, geboren am 9. April 1883 zu Krefeld, am 25. Dezember im Lazarett Epuliro.

Ausland.

Die Verfassungsbewegung in Russland.

Da es der legalen Presse verboten worden ist, Resolutionen von Banketten und Versammlungen der Semstwo mitzuteilen, in denen die allgemeinen politischen Verhältnisse Russlands berührt werden, so treffen nunmehr Nachrichten über solche Kundgebungen verspätet und zunächst in unvollkommener Weise ein. Es ist daher erst jetzt bekannt geworden, daß in einer Reihe von Gouvernements-Semstwo-Versammlungen, und zwar in denen von Kaluga, Jaroslavl, Orel, Poltawa und Tschernigow Adressen an den Zaren beschloffen worden sind, in denen, wie aus den Andeutungen der liberalen Presse hervorgeht, eine Verfassung verlangt wird. Das Semstwo des Gouvernements Cherson hat sich darauf beschränkt, die Genehmigung periodischer Kongresse von Semstwodelegierten zur Besprechung der allen Semstvos gemeinsamen Angelegenheiten nachzusuchen. Der Beginn der Session einer Reihe anderer Gouvernements-Semstwodoberhauptungen steht noch bevor. Der Wortlaut der Beschlüsse der einzelnen Semstvos betreffend die Verfassung liegt noch nicht vor, und es kann noch nicht darüber geurteilt werden, ob sie mit der gebührenden Würde und Schärfe gefaßt worden sind. Diese läßt jedenfalls die Depesche an den Minister des Innern vermissen, welche das Semstwo in Poltawa gleichzeitig mit der Adresse an den Zaren beschloß. Die herrschaftlichen Phrasen des Swiatopolk-Mirsch, mit denen er das „Vertrauen“ der Regierung zur Gesellschaft verleiht, werden in der Depesche als „Anfang einer längst ersehnten Einigung“ gepriesen, welche die „Bürgerschaft einer mächtvollen Entwicklung Russlands und die Morgenröthe einer glücklichen Zukunft“ ist. Das Semstwo in Jaroslavl hat nach der Adresse an den Zaren auch eine Sympathiedepesche an Kropotkin geschickt. Bei einer so unkonsequenter Haltung kann man natürlich niemand großen Respekt einflößen.

Die legale Presse berichtet, daß am 18. Dezember in Charkow ein Bankett von über 500 Personen unter dem Vorsitz des Professors Divosniko-Kulshovskij stattgefunden hat; am folgenden Tage fand in Moskwa am Don aus Initiative der dortigen Rechtsanwältin ein Bankett statt, an dem auch ca. 500 Personen, darunter Delegierte von den Rechtsanwälten aus drei umliegenden kleinen Städten, teilnahmen. Näheres über den Verlauf beider Bankette mag die Presse nicht zu bringen. Die Rechtsanwältin von Jekaterinostaw beglückwünschte das Semstwo von Kaluga; zu seiner Adresse an den Zaren, die Moskauer Rechtsanwaltsgehilfen (d. h. die Rechtsanwältin, die ihren Beruf weniger als fünf Jahre ausüben) sandten eine Sympathie-Adresse an den Fürsten Galizyn, der zur Verantwortung gezogen worden ist, weil er in der Moskauer Stadtverordneten-Versammlung die Abstimmung zugunsten einer Verfassung zuließ; gegen 300 Personen gaben ihre Unterschrift unter diese Adresse.

Am folgenden Tage, nach dem Bankett in Charkow, verbot der Gouverneur dieser Stadt unter Strafanandrohung weitere Versammlungen zur Besprechung öffentlicher Angelegenheiten. In Odessa sind die Sitzungen des literarisch-künstlerischen Vereins, die jeden Donnerstag stattfanden, verboten worden.

Die Petersburger Zeitung „Nascha Schin“ erhob im Leitartikel der Nummer vom 21. Dezember Protest dagegen, daß in den Stadtverordneten-Versammlungen in Petersburg und Saratow die Vorsitzenden auf Befehl von oben die Annahme von Resolutionen über die politischen Verhältnisse verhindert haben. In derselben Nummer wird in einem Artikel, betitelt „Vater und Sohn“, geschildert, wie ein Vater, der bisher stets seinem Sohne abgeraten hatte, „mit dem Kopf durch die Wand zu rennen“, tief erschüttert sehen mußte, wie sein Sohn nach einer Strahrendemonstration blutüberströmt nach Hause gebracht wurde. „Die unbedingteingeliche Mauer, die bisher den Vater vom Sohne getrennt hatte, war nun gestürzt.“ Für diese beiden Artikel erhielt die Zeitung die erste Verwarnung.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. Dezember. Verschiedenen Blättern zufolge erschien Ministerpräsident Dr. v. Koerber heute neuerdings beim Kaiser in Audienz um über laufende Angelegenheiten zu berichten. — Die Blätter melden ferner, daß heute eine weitere Besprechung der Minister zur Angelegenheit der Handelsvertragsverhandlungen stattfand, an welcher Graf Goluchowski, Ministerpräsident Dr. v. Koerber sowie die beiderseitigen Handels- und Ackerbauminister teilnahmen. Die österreichischen und ungarischen handelspolitischen Referenten werden sich am Montag zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Berlin begeben.

Schweiz.

Der schweizerisch-italienische Handelsvertrag vor der schweizerischen Bundesversammlung.

Bern, 30. Dezember. (Fig. Ver.) Die Winter-session der Bundesversammlung ist nach dreiwöchiger Dauer wieder geschlossen worden, nachdem sie noch den schweizerisch-italienischen Handelsvertrag genehmigt hatte. Derselbe beschäftigte den Nationalrat in zwei Sitzungen. Von den Rednern der bürgerlichen Parteien wurde er als großer Erfolg gefeiert, unzufrieden mit ihm waren einzig die Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen und zwar wegen des Weinzolles, der ihnen mit 8 Frank pro Hektoliter nicht hoch genug ist.

Bekämpft wurde der Vertrag von unseren Genossen Greulich und Bogelfanger, während Dr. Präfle in dafür stimmte und der ebenfalls der sozialdemokratischen Fraktion angehörende Regierungsrat Scherrer, St. Gallen für den Vertrag redete und stimmte und zwar „in Anbetracht der Reduktion der Industriezölle, die auch der Arbeiterschaft zugute komme und weil ferner die Agrarzölle sich in gewissen Schranken — sie sind verdoppelt und verdreifacht! — halten.“ Man kann natürlich jeden Standpunkt begründen, da aber die gesamte Arbeiterschaft gerade gegen die ungeheuerliche Erhöhung der Agrarzölle Stellung genommen, waren alle ihre Vertreter, deren es ja leider soviell nur sechs sind, verpflichtet, gegen einen Vertrag mit so hohen Zöllen zu stimmen. Zur Unterstützung der bürgerlichen Politik brauchen die Arbeiter keine Vertreter in das Parlament zu entsenden, ihre bürgerliche Politik vertreten die bürgerlichen Politiker schon selbst. Eine längere und wirksame Rede hielt Greulich. Er erinnerte daran, daß er für den ursprünglichen bundesrätlichen Zolltarif als Kampfstärke eintrat, immerhin aber einzelnen Positionen, wie dem erhöhten Zuderzoll kritisch gegenüberstand. Infolge der Aufhebung der Zuder-Exportprämien ist heute schon der Zuderpreis in der Schweiz ein höherer. Sodann leitete er die Wahrung und Zurückführung der Arbeiterschaft bei der

Einberufung der verschiedenen Interessengruppen betr. die Instruktion für die Handelsvertrags-Unterverhandlungen bezw. für die Gestaltung des Verbrauchtarifs. Der Arbeiterbund verlangte eine Vertretung, er wurde mit seinem Begehren aber abgewiesen. Weiter beauftragte er die Erhöhung der Weinzölle, die zu einer erheblichen Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels und zu einer empfindlichen Verschlechterung der Volksernährung führen wird. Seit 1888 ist der Preis für das Pfund Weizen von 56 auf 90 Kappen gestiegen, die neue Zoll-erhöhung wird ihn auf 95 Kappen oder 1 Frank steigern. Abnahme der Widerstandsfähigkeit gegen Krankheit und Tod, Abnahme der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Volkskraft, der Wehrfähigkeit wird die Folge davon sein. Und bei alledem wird damit der Landwirtschaft erst nicht geholfen, denn die Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte bewirkt eine Erhöhung des Verkehrswertes des landwirtschaftlichen Betriebes und am Ende ist die gleiche Misere wieder da. Die Viehzölle werden sogar den Kleinbauern noch rascher proletarisieren, den Profit davon haben einzig die Großbauern. Der zarten Fürsorge für die Landwirtschaft stellte Greulich die Abhandlung der Arbeiter durch denselben Staat gegenüber, deren Bestrebungen nach Verbesserung ihrer Verhältnisse durch Militärverpflichtungen niedergeschlagen werden. So gibt es zweierlei Maß und Gewicht für die Landwirtschaft und für die Arbeiter und heißt es nicht mehr: Bauer, das ist etwas anderes, sondern: Arbeiter, das ist etwas anderes. Der Vertrag wurde schließlich mit 127 gegen 9 Stimmen (4 Sozialdemokraten und 5 waadtändische Weiminteressenten) angenommen.

Am Standart wurde der Vertrag als der beste bezeichnet, der bisher mit Italien abgeschlossen wurde, und sodann mit 38 Stimmen einstimmig angenommen.

Dänemark.

Ministerkrise wegen des Neutralitätsbruchs.

Kopenhagen, 30. Dezember. (Privatelegramm des „Vorwärts“.) Die Neutralitätsaffäre ruft hier eine immer größere Aufregung hervor. Sie hat zu einer Ministerkrise geführt. Der Fall des Kriegeministers Radsen ist wahrscheinlich.

Asien.

Der indische Nationalkongress begann am 26. Dezember in Bombay. Gegen 1000 Delegierte sind aus allen Teilen des riesigen herbeigeströmt, um über das Wohl und Wehe ihres Vaterlandes zu beraten. Henry Cotton, zum Präsidenten des Kongresses gewählt, spricht in einer zündenden Rede von den Rechten und Freiheiten, die dem indischen Volke durch die Proklamation des Jahres 1858 verheißen, aber noch bis heutigen Tages nicht eingebracht worden sind! Die englische Politik wird einer vernichtenden Kritik unterzogen, es wird der Plan einer indischen Selbstregierung entworfen und die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Indien“ gefordert, in deren Verwaltungsrat das englische Element nach und nach durch Eingeborene ersetzt werden sollte.

Amerika.

Das Endergebnis der amerikanischen Wahlen.

Nach der offiziellen Zählung sämtlicher Stimmen bei der letzten Präsidentenwahl waren die ersten Schätzungen des Nationalsekretärs der Partei in Chicago zu hoch gewesen. Dagegen wird jetzt behauptet, daß tausende von Stimmen, die für Debs abgegeben wurden, unterschlagen wurden, besonders in den Südstaaten, so z. B. in Texas. Durch die noch nicht genügend ausgebildete Organisation ist der Partei eine Ueberwachung bei der Zählung meistens unmöglich und sie muß es dulden, daß sie sehr häufig im Stimmen betrogen wird. Trotzdem gibt der offizielle Bericht eine Stimmenzahl von 362 857 Stimmen für Debs an und für Corrigan, den Kandidaten der Sozialistischen Arbeiterpartei, 33 519. Debs steht an dritter Stelle in dem Gesamtergebnis. Swallow, der Kandidat der Prohibitionisten, erhielt 248 411, und Watson, der Kandidat der Populisten, 124 381 Stimmen. — Die Sozialdemokraten können zufrieden sein, wenn sich vielleicht auch die ersten hohen Erwartungen nicht erfüllten; ihre Agitation hat in den letzten vier Jahren reiche Früchte getragen. Im Jahre 1900 erhielt Debs 98 424 und der Kandidat der Sozialistischen Arbeiterpartei 33 450 Stimmen.

Das Gesamtstimmverhältnis war diesmal etwas geringer als 1900. Es betrug vor vier Jahren 13 967 299 und diesmal 13 538 820 Stimmen.

Vom ostasiatischen Kriegsjahnpilze.

Die Eroberung des Forts Erlungshan

scheint einen ganz bedeutenden Erfolg der japanischen Belagerungsarmee darzustellen. So meldet „Daily Express“ aus Tokio vom 29. Dezember:

Die Wegnahme des Forts Erlungshan gibt den Japanern die Herrschaft über die Bahn fast bis nach Port Arthur hinein und macht es ihnen leicht, eine große Armee zum letzten Sturm zusammenzuführen. Die Russen halten nur noch fünf wichtige Forts, nämlich Sung Wangsa, Sungtschan, Antschan und Tschichan. General Nogi greift die beiden letzteren Stellen energisch an.

Tokio, 30. Dezember. Amtliche Meldung. Von der Belagerungsarmee vor Port Arthur wird gemeldet, daß die Einnahme des Forts Erlungshan in der Nacht des 28. Dezember vollständig sicher gestellt war. Erbeutet wurden von den Japanern 4 Geschütze großen und 7 Geschütze kleinen Kalibers sowie 30 37-Millimeter-Geschütze und 2 Maschinengewehre.

Petersburg, 30. Dezember. Die „Ruf“ meldet, beschloß die russische Marineverwaltung in den nächsten fünf Jahren 8 Geschwader-Panzerdampfer vom „Slava“-Typus, 8 Geschwader-Dampfer, 12 Kreuzer, 50 Torpedobootzerstörer und 100 Torpedoboote und Untersee-Torpedoboote, 10 Minentransportschiffe und 4 Werkstätten- und andere Transportdampfer erbauen zu lassen. Die Kosten sind mit 400 Millionen Rubel bemessen.

London, 29. Dezember. (Bureau Zaffan.) Aus Petersburg wird dem „Standard“ gemeldet: Zu hiesigen einflussreichen Kreisen gewinnt der Gedanke Boden, Admiral Roschdestwenski zurückzuberufen, bevor sein Geschwader von einer Katastrophe ereilt wird. Die Besorgnis über den Ausgang eines etwaigen Zusammenstoßes des Geschwaders mit den japanischen Kriegsschiffen tritt in schärferer Form zutage. Die Marineblätter empfehlen jetzt dringend Dispositionen, wonach Admiral Roschdestwenski die Ankunft des dritten Ostsee-Geschwaders abwarten sollte, anderenfalls besitzworten sie die zeitweilige Rückkehr des Geschwaders in die europäischen Gewässer.

Die Bekämpfung des Gebärmutter-Krebses.

Von Dr. Kurt Freudenberg und Dr. J. Badel. Berlin.

Alljährlich sterben im Deutschen Reich 10 000 bis 15 000 Frauen am Gebärmutterkrebs, und diese Zahl steigt anscheinend noch beständig an; die meisten könnten gerettet werden, wenn die erkrankten

\*) Die verehrlichen Krankenkassenverbände werden darauf aufmerksam gemacht, daß obenstehender Artikel als Werkblatt für den Preis von 1 Mk. pro 1000 Exemplare vom Verlag der „Gleichheit“ zu beziehen ist. Porto zu Lasten des Empfängers. Der Wiederabdruck des Werkblattes ist nicht nur gestattet, sondern erwünscht.

Frauen rechtzeitig ärztliche Hilfe auffuchen und diejenige Behandlung eingelegt würde, welche von der modernen Frauenheilkunde verlangt wird. Der Leiter der Königsberger Frauenklinik, Professor Winter,\*\*) hat das Verdienst, in ebenso nachdrücklicher wie geschickter Weise den Kampf gegen den tödlichen Feind eröffnet zu haben, indem er sich mit belehrenden Flugblättern an sämtliche Ärzte und Hebammen der Provinz Preußen und durch aufläuternde Artikel in der Tagespresse der Provinz an die Frauen selbst wandte. Das energische Vorgehen des menschenfreundlichen Arztes verdient alle Anerkennung und Förderung auch seitens der Arbeiterpresse, und insbesondere die „Gleichheit“ als das für Arbeiterinnen geschriebene und von Arbeiterinnen gelebte Organ ist berufen, für weitestgehende Verbreitung der Veröffentlichung Winters, für mögliche Aufklärung über Entstehung und Belämpfung dieses schrecklichen Frauenleidens in ihrem Vaterlande zu sorgen.

Die Heilkunde kennt zurzeit nur ein radikales Heilmittel für den Krebs, die frühzeitige Operation, ein innerliches Mittel gegen das tödliche Leiden besitzen wir bis jetzt nicht. Es kommt alles darauf an, möglichst frühzeitig den Krebs zu erkennen und zu entfernen.

Ist der Krebs festgestellt, so ist keine Zeit zu verlieren, es muß sofort operiert werden. Die Aussicht auf dauernde Heilung wird mit jeder Woche, die gezögert wird, schlechter; sind erst die Nachbarorgane erkrankt, so ist die Operation überhaupt nicht mehr vorzunehmen und die Kranke verloren.

Leider wird dieser günstige Termin für die Heilung des Gebärmutterkrebses in den meisten Fällen versäumt, und die Zahl der Dauerheilungen ist darum eine so geringe: 90 Proz. der erkrankten Frauen kommen so spät zum Operateur, daß eine Heilung nicht mehr möglich ist, und zwar sind es in der weitaus größten Zahl der Fälle die „Sünden der Frauen selbst gegen ihren eigenen Körper“ (Winter), welche die Verschleppung verschulden.

Die Frauen holen ärztlichen Rat zu spät ein oder befolgen den Rat zur Operation gar nicht oder nicht rechtzeitig genug. Von 1082 von Winter zusammengefaßten Fällen von Gebärmutterkrebs in Deutschland saunten 927, also 87 Proz., zu lange, von einem Monat bis zu über einem Jahre nach dem Auftreten der ersten Symptome des Leidens, bevor sie ärztlichen Rat einholten. Neben Unkenntnis und Gleichgültigkeit für alles, was am eigenen Körper vor sich geht, sind es das Schamgefühl vor dem männlichen Arzte, die Furcht vor der Untersuchung und der Mangel an Zeit und Geld für die Konsultation, welche diese schwere Unterlassungssünde verschulden. Es ist darum kein Wunder, daß die Städtlerin und insbesondere die wohlhabende Dame nach den Feststellungen Winters auch hierbei viel günstiger gestellt ist gegenüber der Landbesitzerin und insbesondere der armen Frau; die letztere entschließt sich ungleich schwerer, zum Arzte zu gehen, und hat sie's endlich getan und den Rat erhalten, sich schleunigst operieren zu lassen, so treten wieder Mangel an Zeit und Geld während der Operation.

„Erst wenn jede Frau weiß, daß der Krebs durch eine Operation heilbar ist, und zwar nur dann, wenn unmittelbar nach dem ersten Zeichen der Erkrankung operiert wird; erst wenn jede Frau dieses erste Zeichen des Gebärmutterkrebses kennt, und wenn jede Frau es als ihre Pflicht gegen sich und ihre Angehörigen betrachtet, sich bei den ersten verdächtigen Symptomen ärztlich untersuchen zu lassen, erst dann sind wir am Ziele“ (Winter), der Ausbreitung der Krebs-erkrankung unter unseren Frauen wirksam zu begegnen.

Welches sind aber die ersten verdächtigen Symptome des Krebses?

Schmerzen, das ist vorauszuwischen, fehlen im Beginn der Krebs-erkrankungen fast stets; sie pflegen sich erst einzustellen, wenn das Leiden unheilbar geworden ist, und zwar dann in einem Maße, daß allein hierdurch schon das Leiden der Krebskranken sich zu einem der qualvollsten und furchtbaren gestaltet.

Ausfluß tritt dagegen häufig schon sehr frühzeitig auf; er hat durch Blutbeimengungen nicht selten eine rötliche Farbe — schießt „fleischwasserartig“ aus — und hat meist schon sehr früh einen recht unangenehmen Geruch.

Das wichtigste und bedeutsamste Zeichen des beginnenden Krebses sind aber unregelmäßige Blutungen aus der Scheide. Auch schon während der Zeit, in der im allgemeinen regelmäßig alle vier Wochen das „Anwohlflein“, „die Periode“ auftritt, achten unsere Frauen leider viel zu wenig auf Abweichungen von diesem regelmäßigen Verhalten: von Rechts wegen sollte jede Frau, bei der ein vorzeitiger Abgang von Blut aus der Scheide erfolgt oder bei der gar der regelmäßige Ablauf der Periodenblutungen durch unregelmäßige Blutungen ganz gestört wird, sofort den Arzt in Anspruch nehmen und sofort ihrerseits auf die Vornahme einer inneren Untersuchung dringen. Sehr oft wird dann in diesen Fällen ein Krebs als die Ursache dieser unregelmäßigen Blutungen rechtzeitig festgestellt werden, und dann wird die rechtzeitig vorgenommene Operation fast stets dauernde Heilung bringen können.

Kamentlich aber achten während des „Wechsels“ und nach demselben unsere Frauen viel zu wenig auf Unregelmäßigkeiten der Blutung.

Treten während der Wechseljahre, statt daß die Blutungen seltener und schwächer werden oder auch mit einem Schlage ganz verschwinden, häufigere und härtere Blutabgänge ein, so ist sofort der Arzt zu Rate zu ziehen und sofort auf die eingehendste Untersuchung zu drängen. Und dasselbe gilt erst recht, wenn Monate oder gar Jahre nach dem völligen Aufhören der „Regel“ wieder Blutabgang aus der Scheide erfolgt. In den Fällen dieser beiden letzten Gruppen ist es zumeist ein Krebs, der die unregelmäßigen Blutungen bewirkt, und deshalb ist schleunigste Eingreifen notwendig.

Noch eines Zeichens ist zu gedenken! Tritt bei einer Frau ohne erkennbare andere Ursache plötzlich nach dem Geschlechtsverkehr ein Abgang von Blut oder blutig gefärbter Flüssigkeit aus der Scheide ein, so sollte diese Frau unbedingt, womöglich innerhalb 24 Stunden, den Arzt aufsuchen und eine Untersuchung fordern. Denn das ist ein fast sicheres Zeichen des Gebärmutterkrebses.

Es ist kein Unglück, wenn bei Befolgung dieser Vorschriften diese Frauen unnötig untersucht werden, aber es ist ein furchtbares Unglück, wenn auch nur bei einer, welche einen beginnenden Krebs an der Gebärmutter hat, dieser nicht rechtzeitig erkannt wird und zur Operation kommt. Denn diese Unglückliche ist damit dem qualvollsten Tode verfallen, den man sich denken kann. Von den furchtbaren Schmerzen beim Fortschreiten der Krankheit — Schmerzen, die selbst den größten Morphiumgaben häufig trotzen — haben wir bereits gesprochen. Aber das ist noch nicht alles. Der Ausfluß — siehe oben — nimmt bald an Menge ungeheuer zu und bekommt dabei einen furchtbaren Geruch, so daß die Kranke sich und ihrer Umgebung geradezu zum Ekel wird. Dazu kommt häufig unwillkürlicher Harn- und Stuhlabbang — und nun bedenke man, wenn das sich im Proletariat ereignet, wo die ganze doch oft recht zahlreiche Familie auf Stube und Küche angewiesen ist! Da hält die treueste Gatten- oder Kinderliebe nicht stand; gebieterisch drängt sich — und vom medizinischen Standpunkt mit Recht — die Notwendigkeit auf, die Kranke dem Kranken- oder Sichenhaus zu überantworten, um dort fern von ihren Lieben unter den größten Qualen, bei häufig recht mangelhafter Pflege — auch dort hat man solche Kranke nicht sehr gern — ihre Tage zu beschließen. Und darum muß es Allgemeinrat der Frauen werden, daß bei den geschilderten Zeichen, insbesondere also bei rötlichem Ausfluß und bei Blutungen ohne Zusammenhang mit der Regel eine sofortige innere Untersuchung durch den Arzt vorgenommen werden muß.

So sicher es ist, daß jeder Gebärmutterkrebs, sich selbst überlassen, nach etwa 2 Jahren zum Tode führt, so sicher steht es fest, daß der beginnende Krebs der Gebärmutter leicht und sicher durch die Operation geheilt wird. Und was wollen demgegenüber die Gefahren der Operation bedeuten! Niemand leugnet, daß vorläufig noch die Operation keine ganz gefahrlose ist, aber diese Gefahren sind bei rechtzeitig vorgenommener Operation am allergeringsten. Und dann: wenn ohne Operation die Krankheit in allen Fällen — also in 100 Proz. — zu qualvollem Tode führt, was besagen dem-

\*\*\*) Die Bekämpfung des Uteruskrebses. Stuttgart 1904, Ferd. Enke.



gegenüber die paar Prozent Operationstodesfälle. Wer aber erkrankt, daß er den Krebs ohne Operation heilen kann — gleichviel ob durch Beten oder Handauflegen, ob durch Lehm oder durch Wasser —, von dem behaupten wir mit ruhigem Gewissen, daß er ein Schwinder ist.

Mögen die Bemühungen Winters, durch Belehrung und Aufklärung auf breiter Grundlage, durch rastlose und planmäßige Bekämpfung der heimtückischen Krankheit Tausenden von Frauen alljährlich das Leben zu retten, den verdienten Erfolg haben.

## Der Streik der Winzerarbeiter in Südfrankreich.

Paris, im Dezember. (Eig. Ber.) Zu den erfreulichsten Erscheinungen der französischen Arbeiterbewegung gehört das in den letzten paar Jahren vor sich gehende Erwachen der Landarbeiter zu Organisation und Kampf.

Die erste Zusammenfassung der verstreuten Gruppen der südlichen Landarbeiter geschah im August 1903 auf einem Kongress zu Béziers, an dem sich 21 kleine Gewerkschaften beteiligten. Dieser Organisation gelang es, im vorigen Winter einen erfolgreichen Streik durchzuführen, dank übrigens des Umstandes, daß die Weinpreise bedeutend gestiegen waren. Ueberall wurden vertragsmäßig eine Lohnerhöhung und andere Verbesserungen erlangt. Die Folge davon war ein starkes Anwachsen der Organisation. Auf dem Kongress von Narbonne, August 1904, waren bereits 107 Delegierte anwesend und die Zahl der Organisierten konnte auf etwa 20 000 geschätzt werden. Der Landarbeiter-Verband umfaßte vier Sektionen in den vier Departements der Aude, der Odysséens, des Hérault und der Vouches-du-Rhône. Die wichtigsten Forderungen des Kongresses von Narbonne waren: ein einheitlicher Lohnsatz von 3 Frank pro Tag für 8 Stunden Arbeit oder 50 Centimes pro Stunde, ein maximaler Arbeitstag von 8 Stunden.

Aber auch die Weinbergbesitzer begannen sich zu organisieren, um den Forderungen der Arbeiter besser widerstehen zu können. Noch mehr, sie setzten ins Wert die Organisation von „gelben“ Gewerkschaften. Andererseits hatten sie sich für kommende Konflikte den ausgiebigsten behördlichen Schutz gesichert. Es sei hier erinnert, daß der Winzerstreik des vorigen Winters von den Ordnungsparteien als eine „Jacquerie“ verschrien wurde. Der Ministerpräsident aber erklärte ihn in der bezüglichen Kammerdebatte für einen „Austerstreik“ unter dem Gesichtspunkte des ruhigen Verlaufes. Trotzdem aber hat derselbe Ministerpräsident vor einigen Monaten in einem Rundschreiben an die Präfekten der weindauernden Departements eventuelle Sicherheitsmaßnahmen nach dem Geschmack der Ordnungstreuer vorgeschrieben.

Mit dem Eintritt des Winters haben nun die Eigentümer alles getan, um einen neuen Streik zu provozieren. Die früheren Verträge wurden vielfach gebrochen, die Löhne — unter Berufung auf den Fall der Weinpreise — herabgesetzt, die regelmäßig im Winter stattfindende Arbeiterentlassung zu einem Kampfmittel gegen die roten Gewerkschaften mißbraucht: es wurden vorzugsweise die Gewerkschaftsleiter entlassen. Dem gleichen Zweck diente der von den Eigentümern geschaffene Arbeitsnachweis, welcher nur diejenigen Arbeiter beschäftigte, die sich verpflichteten, der gelben Gewerkschaft beizutreten.

Dies in allgemeinen Umrissen die Situation, aus welcher der neueste Streik erwuchs.

Dem Föderalrat des südlichen Landarbeiter-Verbandes konnte nicht entgehen, daß der Zeitpunkt für den Kampf ungünstig war. Das Komitee hatte aber, soweit es sich von hier aus beurteilen läßt, keine andere Wahl, als entweder den allgemeinen Streik zu erklären oder die tiefgehende Würgung in vereinzelten und gänzlich hoffnungslosen Konflikt zu erlauben zu lassen. Der allgemeine Streik wurde übrigens am 2. Dezember erklärt, nachdem erst die einzelnen Organisationen sich in diesem Sinne entschieden hatten.

Es versteht sich selbst, daß unter den ländlichen Verhältnissen am wenigsten eine gleichzeitige und einheitliche Generalstreikbewegung in vier Departements organisiert werden konnte, zumal ja die Organisation noch so jung ist. Die Abgeschlossenheit der einzelnen Dörfer und die Mannigfaltigkeit der Arbeitsbedingungen haben bewirkt, daß die als ein Generalstreik gedachte Bewegung tatsächlich in eine Reihe zeitlich aufeinanderfolgender und nach ihren Forderungen von einander abweichender Lokaltreiks zerfiel. Immerhin war die Bewegung ideell durchaus einheitlich, getragen von der für die Landarbeiter neuen Idee der proletarischen Solidarität. Und dem Ruf des Föderalratkomitees folgten mehr als hundert in allen Ecken und Winkeln zerstreute Orte von Arles bis Perpignan. Das ländliche Proletariat Frankreichs darf schon auf diesen Mobilisationsversuch stolz sein.

Für die Forderungen der Streikenden sind vorbildlich diejenigen der Landarbeiter in der Umgegend von Narbonne: 3 Frank Tageslohn für 8 Stunden oder 50 Cts. pro Stunde, Maximalarbeitstag von 8 Stunden und 2 Liter Wein pro Tag; für die im Monatslohn stehenden Diensthofen 35 Fr. im Winter, 45 Fr. im Sommer nebst freier Kost. Zurzeit ist der Streik in den meisten Orten beendet, und zwar, wie die „Voix du Peuple“ berichtet, mit ziemlichem Erfolge. Teils wurden die angeführten Forderungen mehr oder minder annähernd durchgesetzt, teils gelang es, die vorjährigen Verträge wiederherzustellen und die Arbeiterentlassungen rückgängig zu machen. Im Kampfe stehen noch ein paar Dutzend Orte.

Von guter Vorbedeutung für die Zukunft der Landarbeiterbewegung ist die energische Streikaktion der Frauen.

Am den Ausgang des Streiks richtig zu bewerten, muß noch die Einmischung der Gendarmen und der Armee berücksichtigt werden, welche die bäuerliche Bevölkerung noch wirksamer terrorisieren muß als die städtischen Arbeiter. Im Orte Grand-Ville ist es auch zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Ein Streikposten wurde von berittenen Gendarmen überfallen. Mehrere Arbeiter wurden dabei verwundet durch den Anprall der losgelassenen Pferde. — Der ausgiebige Armeeschutz hat aber die Arbeiter nicht vor — Unternehmungen geschützt. In Cruz hat sich ein Rachehauer der Gendarmen von Cluses gefunden. Ein Wotshauer Etienne hat in seiner Eigenschaft als Weinbergbesitzer in sivolter Weise auf eine Gruppe Streikender fünf Revolverkugeln abgegeben und einen Arbeiter in den Unterleib getroffen. Dergleichen hat in Salles-du-Rhône ein Schweinemetzger Streikende mit einem Messer angegriffen. . . .

Streikende Landarbeiter sind ja schon als solche eine in ihrer Neuheit graufige Erscheinung. Die guten Bürger verlieren darüber den Kopf. Mit der Zeit werden sie sich daran gewöhnen. Die fortschreitende Organisation des ländlichen Proletariats läßt es sicher erhoffen. —

## Gewerkchaftliches.

„Leider!“

Die „Einigkeit“ ärgert es, daß wir an die Mitteilung zu dem Abbruch der Einigungsverhandlungen unter den Gläsern ein Wort des Bedauerns geschrieben haben.

Wir bedauern den „Leiderschreiber“ dieser Notiz wahrhaftig, aber nur um seiner Unkenntnis resp. seiner Bosheit wegen.

So jagt die „Einigkeit“.

Nun, der „Leiderschreiber“ sitzt in der Redaktion des „Vorwärts“, wenn auch die tatsächlichen Mitteilungen der Notiz natürlich von einer anderen Seite stammen. Wenn sich's um das „Leider“ dreht, dann hat es die „Einigkeit“ also lediglich mit uns zu tun. Und da sei ihr gesagt: Wir werden nie den Abbruch von Einigungsverhandlungen im Gewerkschaftsleben mit anderen Worten als mit dem von ihr ver-

höhten „Leider“ begleiten und jede zustande gekommene Einigung wird von uns mit der Genugtuung begrüßt werden, die dem wirklichen Freund der Arbeiterbewegung wohl ansteht.

Wir hoffen nicht, wie die „Einigkeit“ in ihrem Leitartikel, daß nun „die Einigungsdrummelei endgültig überwunden ist“, sondern werden mit unseren besten Kräften weiter für die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland tätig sein. Wir sind nicht immer mit den Waffen einverstanden, welche manche Verfänger der neutralen Organisationsform gegen die Lokalorganisationen führen, wir halten ein größeres Entgegenkommen von dieser Seite den sogenannten Vertrauensmänner-Zentralisationen gegenüber für richtiger, wir würdigen und begreifen auch voll den Wunsch der Gewerkschaften kehrlicher Richtung, sich nicht „bedingungslos“ von den großen Zentralisationen aufsaugen zu lassen; aber prinzipiell stehen wir auf dem Standpunkt, daß den großen zentralisierten Verbänden die Zukunft gehört, und werden — ohne die uns von der „Einigkeit“ untergeschobene Bosheit zu besitzen — jeden Schritt in der Gewerkschaftsbewegung nach dieser Richtung hin mit Freuden begrüßen!

## Berlin und Umgegend.

### 23. rate Gespenst in der Handwerkskammer.

Die erste Vollversammlung der Handwerkskammer Berlins, nach den diesjährigen Neuwahlen, fand am 29. Dezember im Provinzial-Landtagshaus, Rathskirchenstraße, statt. Die ersten Punkte boten sehr wenig, was die Allgemeinheit der Arbeiterschaft interessieren könnte. Der Geschäftsbericht wurde debattelos zur Kenntnis genommen. Beim dritten Punkt der Tagesordnung: Wahlen, tagte der Gesellenauschuss gesondert. Als Vorsitzender des Gesellenauschusses der Handwerkskammer wurde der Tapezierer Otto Wels gewählt und zu dessen Stellvertreter Tischler Franz Ronien. Die Wahlen wurden durch die Kammer bestätigt.

In der hierauf wieder gemeinsamen Sitzung wurde die Neufassung des Lehrvertrages beraten. Hier hatte der Gesellenauschuss — der sonst nicht viel zu sagen hat — Gelegenheit, sich an der Beratung zu beteiligen und kam etwas freier in den sonst so schleppenden Gang der Verhandlung. Der Syndikus Dr. Köhl, der diese Verhandlung referierend einleitete, betonte, daß die Zahl der nicht richtig ausgefüllten Lehrverträge ins Ungeheuerliche steige und es sich empfehle, verschiedene neue Bestimmungen darin aufzunehmen resp. alte Bestimmungen klarer zu stellen. Auf Anregung des Gesellenauschusses wurde eine Änderung des § 2 des Vertrages beschlossen, der besagt, daß die gleichzeitige Erlernung mehrerer verschiedener Handwerke nicht vereinbart werden darf. Es wurde statt „verschiedener“ „nicht verwandter“ Handwerke gesetzt, was entschieden das Richtige ist. Bei § 3, der unter anderem die Bestimmung enthält über die Verpflichtung der Kosten zu den Fachschulen, entspann sich eine sehr lebhaft Debatte, die durch den Vorsitzenden des Gesellenauschusses Otto Wels in wirkungsvoller Weise geführt wurde. Er wies im besonderen darauf hin, daß durch die Bestimmung, daß die Eltern das Schulgeld und die Lehrmittel zu bezahlen hätten, man die ärmere Bevölkerung von der Erlernung eines Handwerks abhielte. Auch fanden die Ausführungen des Redners wenig oder gar kein Verständnis bei den Arbeitgebern, als er ihnen sagte, daß nur die Handwerksmeister den Vorteil, aber wenigstens den größten Vorteil davon hätten, wenn die Fachschulen ordentlich besucht würden, deshalb auch die Arbeitgeber die Verpflichtung der Kostendeckung übernehmen müßten. Aus den Ausführungen der Gegner, die teils in verdeckter, teils in offener Weise ihren Ingrimm durchblicken ließen, den ihnen die neue Lehrlingsorganisation verurteilt, ging hervor, daß Rücksicht im Handwerk Trumpf ist. Durch den Tischler Ronien wurde zu § 3a die Streichung eines ganzen Absatzes beantragt, nach dem der Lehrling verpflichtet werden kann, diejenige Zeit nachzulernen, die er durch Krankheit während seiner Lehrzeit veräußert. Der Antragsteller begründete in längeren Ausführungen seinen Antrag und stellte es der Vollversammlung anheim, wenn sie sich nicht für die Streichung dieses Absatzes erwärmen könnte, wenigstens die Berufsanfänger auf die Lehrzeit anzurechnen. Doch für Beides fand sich keine Majorität. Ein schon früher einmal gestellter Antrag bezüglich der Aufräumungsarbeiten nach beendeter Arbeitszeit wurde wiederholt. Der Gesellenauschuss beantragte, daß das Aufräumen der Werkstatt sofort nach beendeter Arbeitszeit der Gesellen zu geschehen hat und innerhalb einer Stunde beendet sein müßte, damit die Werkzeuge nicht mehr verpflichtet werden können, noch bis in die späte Nacht mit dem Messer allein zu arbeiten. Dieser Antrag gab einem Arbeitgeber Veranlassung, das rote Gespenst aufzumarschieren zu lassen und betonte er ausdrücklich, daß diese Stunden sehr geeignet wären, den Lehrling ins Vertrauen zu ziehen, weil die Gesellen dann nicht dabei wären. Also auch mit diesem Antrag war es nichts.

Zu verschiedenen anderen Häuten des Vertrages waren seitens der Gesellenvertreter Änderungsanträge gestellt, die aller alle abgelehnt wurden.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung behandelte die Abgrenzung des Handwerks und des Fabrikbetriebes. Eine Kommission aus Mitgliedern der Kammer hatte sich dieser Aufgabe bemächtigt und ihre Meinung in Form einer Resolution zum Ausdruck gebracht, die dem Vorstand als Material übergeben wurde. Bemerkenswert hierbei ist eine Äußerung eines Kommissionsmitgliedes, die darin gipfelte, daß ohne die Derangierung des Großbetriebes zur Innung die Handwerkerbewegung ein totgeborenes Kind ist, und daher der Wunsch besteht, die Kreise, die unter das Handwerkerrecht von 1807 fallen, weiter zu vergrößern.

Nach einigen sonstigen unwesentlichen Punkten erfolgte Schluß der Vollversammlung.

### Das Ende des Kampfes in der Holzindustrie

Ist wieder um einen Schritt näher gerückt. Die sehr stark jagte Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes, welche gestern abend in der Brauerei Friedrichshagen tagte, nahm Stellung zu den Einigungsvorschlägen, welche zwischen den Vertretern der beiden Parteien vereinbart worden sind. Die wichtigsten Punkte der formulierten Einigungsvorschläge sind folgende:

Die Affordpreise von neuen Arbeiten werden im Verhältnis zu den bereits bestehenden Afforden festgesetzt, falls sich die neuen Arbeiten mit den bereits ausgeführten Arbeiten vergleichen lassen. — Wenn sich neue Arbeiten nicht mit bereits veraffordierten vergleichen lassen und wenn über den Affordpreis eine Einigung unter Einziehung des Fabrikauschusses, wo ein solcher besteht, oder der Vertrauensleute oder sonst geeigneter Arbeiter der betreffenden Werkstatt nicht zu erzielen ist, so können diese Arbeiten in Lohn ausgeführt werden oder die Festsetzung des Affordpreises muß durch die Schlichtungskommission erfolgen.

Bis zur Entscheidung der Schlichtungskommission muß in Zeitlohn gearbeitet werden.

Wenn der Arbeiter bei Ausführung der neuen Arbeit in Afford auf Grund der Festsetzung der Schlichtungskommission einen Minderverdienst gegen seinen bisherigen Durchschnittsverdienst der letzten sechs Monate erzielt hat, so steht ihm das Recht zu, eine Nachprüfung des Affordes durch die Schlichtungskommission zu verlangen und muß ihm bei nachträglicher Gewährung eines höheren Affordpreises die Differenz nachgezahlt werden. — Ebenso steht dem Arbeitgeber das Recht zu, für spätere Afforde derselben neuen Arbeit eine Nachprüfung des Affordpreises durch die Schlichtungskommission zu verlangen.

Für die einfachen Arbeiten (Stapelartikel) soll die Schlichtungskommission Tarife aufstellen.

Die Differenzen bei den Firmen J. Großhans, Wesse u. Raumann, Lennig u. Zähl, Gebr. König, Rehdand, Weggraf, E. Straßburg, A. Neumann (Weidenweg) sind durch paritätische Kommissionen zu untersuchen und in kürzester Zeit beizulegen.

Der Lohnsatz der Sautschler ist durch eine besondere paritätische Kommission zu beraten und von den in Frage kommenden Parteien anzunehmen.

Die Differenzen in der Labeneinrichtungsbranche sollen durch eine besondere Kommission geregelt werden. Für die Arbeiten in der Kontormöbelbranche hat die Abmachung unter Nr. 1 Geltung.

Es soll bis zum 1. Juli 1905 ein paritätischer Arbeitsnachweis eingerichtet werden. Die Schlichtungskommission hat über das Statut desselben sofort in Beratung zu treten. Für die Zwischenzeit soll der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber und der der Arbeitnehmer bestehen bleiben. Beschwerden über die Geschäftsführung in den beiden Nachweisen sind von der Schlichtungskommission zu erledigen.

Sollte die Schlichtungskommission Differenzen, welche zu Streiks und Ausperrungen führen können, nicht beseitigen können, so ist innerhalb drei Tage das Einigungsamt anzurufen. Das Einigungsamt soll ferner zusammenzutreten, falls es der Schlichtungskommission nach Ablauf des Vertrages nicht gelingen sollte, einen neuen Vertrag abzuschließen.

Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Januar 1907 und soll immer ein Jahr weiter laufen, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Die Versammlung debattierte lange und eingehend über die Vorschläge. Nachdem Glöck die Vorschläge erläuterte und über die Verhandlungen Bericht erstattet hatte, sprachen mehrere Redner gegen die Vorschläge. Sie waren nicht grundsätzlich gegen den Abschluß eines Vertrages, hatten aber an den vorliegenden Vorschlägen manches auszuführen. Mehrere Mitglieder der Ortsverwaltung sowie der Verbandsvorsitzende Koch traten für die Annahme der Einigungsvorschläge ein. Die Diskussion zog sich bis nach Mitternacht hin. Schließlich erteilte die Versammlung durch einstimmig gefaßten Beschluß den Vertretern des Verbandes Vollmacht, wegen Abschluß eines Vertrages mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten.

## Deutsches Reich.

Die Firma Gebrüder Stoewer in Slettin sucht für ihre ausständigen Dreher schon im Auslande Ersatz. So haben die Inhaber auch in Sandau und in Lepsa in Wöhlmen bereits Dreher angeworben. Die Angeworbenen waren aber so vorzüglich, sich vorher bei der Verwaltung des Metallarbeiter-Verbandes darüber zu erkundigen, ob etwa bei der Firma Gebrüder Stoewer gestreift wird. Daß den Angeworbenen die nötige Aufklärung über die Verhältnisse bei der Firma Gebrüder Stoewer zuteil wurde, ist selbstverständlich. Der Zugang von Drehern und Maschinenarbeitern ist nach wie vor fernzuhalten.

In der Drehbank-Fabrik von A. Wohlenberg zu Hannover legten 45 Formner und Gehilfen-Arbeiter die Arbeit nieder. Bei der Firma herrschen schon seit Jahresfrist Differenzen. In den letzten Wochen versuchte die Firma den Formnern die Löhne für Schweigen und Ausbessern der ohne Schuld der Formner schadhaften Gußstücke vom Lohn abzuziehen. Das mehrmalige Vorstelligwerden der Arbeiter hatte keinen Erfolg, im Gegenteil, der Leiter des Werkes wies der Kommission kurzerhand die Tür. Um Fernhaltung des Zuganges ersucht: Die Ortsverwaltung Hannover des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 30. Dezember. (W. T. V.) Die Kellern der Kaufmannschaft von Berlin haben am 21. Dezember an den Reichskanzler die Bitte gerichtet, in Ermägung zu ziehen, ob es nicht möglich sei, den Interessenten eine Sicherheit zu geben, daß sie bei ihren geschäftlichen Transaktionen nach wie vor mit dem 1. Januar 1906 als dem frühesten Termine für das Inkrafttreten der neuen Handelsverträge rechnen könnten. Hierauf ist seitens des Reichskanzlers unter dem 29. Dezember den Kellern der Kaufmannschaft folgende Antwort erteilt worden:

Nach Lage der Verhältnisse können vorläufig keine genaueren Mitteilungen über den Zeitpunkt gemacht werden, zu welchem die neuen Handelsverträge in Kraft treten sollen. Ich darf indes bemerken, daß zwischen der Bekanntgabe der Verträge und ihrer Inkraftsetzung jedenfalls eine hinreichende Frist gelassen werden wird, um den Interessenten zu ermöglichen, sich in ihren geschäftlichen Unternehmungen auf die neuen Verhältnisse einzurichten.

Dresden, 30. Dezember. (W. T. V.) Die angestellten Untersuchungen der schadhaften Stelle der Augustusbrücke haben, wie der „Dresdener Anzeiger“ meldet, ergeben, daß ein Teil der Gangbahn, welche auf den geborstenen Kragschienen ruht, vermutlich noch in dieser Nacht abstürzen wird. Um ein weiteres Herabfallen zu vermeiden, wurden die innerhalb des Mauerwerkes der Brücke befindlichen Kragschienen mit Schienen und Sandfäden belastet. Das Geschehen ist durchschnitten worden, um den von dem Herabstürzen betroffenen Teil nicht zu sehr sich ausbreiten zu lassen.

## Erdbeben.

Bogen, 30. Dezember. (W. T. V.) Im ganzen südlichen Tirol fand heute vormittag ein heftiges Erdbeben statt. In Ala-Ballarja und anderen Orten zerstörte die Bevölkerung ins Freie, da die Häuser Risse bekamen und die Fensterstößen zerbrachen.

Trient, 30. Dezember. (W. T. V.) In den südtiroler Grenzgebieten wurde heute ein Erdbeben verspürt; am stärksten machte es sich in Arco bemerkbar, wo auch Getöse vernommen wurde.

## Somasiatischen Kriegshauptlage.

Losio, 30. Dezember. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Zu der Befestigung des Forts Erlungshan wird von der Belagerungsarmee vor Fort Arthur noch gemeldet, daß nach der Einnahme des Forts eine Abteilung der Russen zwischen der Linie der Belagerungsgeschütze und der Ostionsleiste Widerstand leistete und erst gegen 3 Uhr morgens vertrieben wurde. Nach Aussagen der Gefangenen ist die Mehrzahl der Verteidiger getötet worden.

London, 30. Dezember. (W. T. V.) In der Ersten Kammer erklärte auf die gestrige Anfrage von Nicrops der Minister der Kolonien in aller Form, daß weder der Hafen von Sabang noch irgend ein anderer Ort in Hollandisch-Indien der russischen Regierung zur Verfügung gestellt sei. Die niederländische Regierung beobachtete in den Niederlanden und den Kolonien die strikteste Neutralität.

London, 30. Dezember. (W. T. V.) Die Londoner Polizei verhaftete heute zwei Mitglieder einer kontinentalen Räufersbande, die auf dem Kontinent Wenigen gefälischer, in London hergestellter Fünf-pfundnoten der Bank von England in Umlauf gesetzt hat.

Konstantinopel, 30. Dezember. (W. T. V.) Aus Adem kommende Schiffe mit Pilgern werden einer zehntägigen, Schiffe mit anderen Passagieren einer fünftägigen Quarantäne unterworfen.



**Preussischer Parteitag.**

Berlin, 30. Dezember 1904.

**Dritter Verhandlungstag.**

Den Vorkitz führt Schütz-Breslau. Die geschäftlichen Dispositionen des Parteitages gehen dahin, daß heute noch das Referat über das Landtags-Wahlrecht entgegengenommen und daß morgen die Diskussion und Beschlußfassung über Punkt 4 erfolgen und die sonst noch vorliegenden Anträge erledigt werden sollen.

Die Diskussion über Punkt 3 — Kontraktbruch-Gesetz — wird fortgesetzt.

Linde-Königsberg i. Pr. teilt in Ergänzung seiner gestrigen Ausführungen einige weitere Fälle aus der Praxis mit:

17 Jahre lang hatte der Inspektor Hermann Reumann auf dem Rittergute Schutzhagen im Kreise Heiligenbeil bei einem Herrn v. Wilow aus dem Stamme derer v. Dennewitz gebient. Die letzten zwei Jahre war er Nachtwächter gewesen. Sowohl der Gutsherr als auch der Inspektor waren mit ihm zufrieden gewesen. Um so mehr waren der alte Mann und dessen Frau erstaunt, als ihnen plötzlich außer der Zeit gekündigt wurde. Am 10. September d. J. erhielt der Mann vom Inspektor des Gutes einen Zettel mit diesem Inhalt:

Der Nachtwächter Hermann Reumann kann sich zum 1. Oktober d. J. eine andere Wohnung suchen.

Der Gutsvorsteher: v. Wilow.

Das war eine Entlassung für einen Landarbeiter, der 17 Jahre treu gedient hatte. Und was hatte der Mann verbrochen? Der Inspektor sagte, gegen ihn wäre nichts einzuwenden, aber wegen seiner geschwägigen Frau müsse er ziehen, die hätte die „gnädige Frau“ beleidigt.

Kun begab sich der Mann auf die Suche nach einer neuen Arbeitsstelle. Niemand wollte den alten, kränklichen, angeblich auch etwas geistesschwachen Mann nehmen. Der 1. Oktober rückte heran, auf dem Gut erhielt er keine Arbeit mehr, natürlich auch keinen Lohn und Deputat. Die Leute wurden nun auch gedrängt, die Wohnung zu verlassen. Aber überall, wo der Mann in der Umgegend nach einer Wohnung bemühte, wurde er abgewiesen. Die Gemeinderäte hielten sich, alte Leute aufzunehmen, die anderwärts arbeitsfähig geworden sind und die sie nach zwei Jahren unterstücken müssen.

So kam denn der erste November heran und noch hatten die Leute keine Wohnung und keinen Verdienst. Am 2. November schickte der Inspektor Männer mit Fuhrwerk und ließ die Wohnung der alten Leute ausräumen. Ein Teil der Sachen und einige Kartoffeln wurden nach einer einhalb Meilen entfernten Ortschaft gefahren. Der andere Teil und der ganze Wintervorrat Kartoffeln blieben auf der Straße liegen. Nur die Kartoffeln wurden bedeckt.

Wo haben die alten Leute nun Obdach gefunden? Etwa 2 1/2 Kilometer von der Bahnstation Bollitz, dicht am Frischen Haß, steht ein einlamtes Häuschen nicht weit von der Bahnstrecke. In diesem Hause steht seit mehreren Jahren eine Wohnung leer; dieselbe ist halb verfallen und Ratten und Mäuse haben ihr Quartier dort aufgeschlagen. Das Haus soll einem eusefent wohnenden Schwager des Herrn v. Wilow, aber keiner bestimmten Gemeinde angehören. Diese Wohnung hat Herr v. Wilow den Leuten gemietet. Da die alten Leute kein Stückchen Brennholz mitbekommen haben, mußten sie einige Möbelstücke zerbrechen, um etwas Kartoffeln kochen zu können.

Wie steht es mit den Rechtsverhältnissen auf dem Lande? In Preußen haben die Leute überhaupt nur in seltenen Fällen Gelegenheit, ihr Recht zu finden, die Landarbeiter bekommen gewöhnlich keine Armenstütze, und wenn sie wirklich auf Grund eines Armenstiftes Hagen können, dann bekommen sie auch nicht recht. Das ist bei der eigenartigen Zusammenlegung der Schöffengerichte auch gar kein Wunder. Es ist durchaus notwendig, den Antrag 17 anzunehmen. Damit auf dem Lande eine andere Rechtsprechung Platz greift. Vor allem müssen wir die Landarbeiter immer und immer wieder davor warnen, langjährige Kontrakte zu unterschreiben.

Haase-Königsberg: Von dem Elend und der Rechtlosigkeit der Landarbeiter hat wohl niemand eine Vorstellung, der nicht aus unmittelbarer Anschauung heraus das Leben dieser Arbeiterschichten beobachtet. Es ist gestern und auch schon heute eine Fülle von Material vorgebracht worden, aber wir könnten uns tagelang unterhalten (zumal: Wochentag!), um auch nur einen kleinen Teil der Fälle vorzutragen, die sich namentlich in Ostpreußen ereignen. Ich will etwas von dem Lobe der Inspektoren und namentlich von dem ihrer Frauen erzählen. Diese Leute bekommen neben ihrem Lohn Naturalien und Wohnung. Die Wohnung vernebelt das Elend der Leute. Wenn sie nicht nach dem Willen des Gutsherrn handeln, so erhalten sie in unzähligen Fällen einen Zettel, in dem es kurz heißt: Du hast binnen drei Tagen die Wohnung zu verlassen. Ganz gleich, ob es Sommer oder Winter ist, ob die Frau kleine Kinder hat oder nicht. Nun wissen die Landarbeiter in ihrer Unerfahrenheit vielfach gar nicht, daß sie diesem Befehl gar nicht so leicht zu folgen verpflichtet sind. Der Gutsherr erscheint ihnen als ausgerüstet mit einer solchen Befehlsgewalt, daß sie sich einbilden, sie müssen ihm unbedingt gehorchen. Ein Glüd ist es ja, daß auch im dunkelsten Osten, an der russischen Grenze, den Leuten der Name „Sozialdemokratie“ bekannt geworden ist, und nichts beweist die Macht der Sozialdemokratie so sehr, wie der Umstand, daß diese Leute fähig sind, daß sie mit Hilfe der deutschen Sozialdemokraten aus ihrem Elend herauskommen können. Meilenweit wandern die Leute vielfach die ganze Nacht hindurch, nur um einen Sozialdemokraten aufzufinden, dem sie ihr Los klagen können. Ihnen Hilfe zu gewähren ist leider in den meisten Fällen bei dem Stande der Gesetzgebung und vor allem deshalb unmöglich, weil die Richter kein Verständnis für das soziale Elend der Landarbeiter haben, sondern in den Klagen vorurteilen der herrschenden Klassen befangen sind. In den Kontrakten heißt es meist, der Landarbeiter hat alle ihm aufgetragenen Arbeiten auszuführen. Oft werden Landarbeiter entlassen, weil sie einen unwilligen Befehl des Inspektors oder Gutsherrn auszuführen sich weigern. In einem Falle gab ein Inspektor einem Arbeiter den Auftrag, in einer bestimmten Art zu pflügen. Hätte er den Befehl befolgt, so wäre ohne weiteres der Pflug zerbrochen und die ganze Arbeit vereitelt worden. Nichtsdestoweniger wurde er deshalb, weil er sich erlaubte, darauf hinzuweisen, daß die Anordnung unvernünftig sei und die Interessen des Arbeitgebers schädige, entlassen. Ja, der Gutsherr stellte sogar noch Strafantrag auf Grund des Gesetzes von 1854, weil der Arbeiter sich hartnäckig geweigert habe, den Befehlen nachzukommen. Es gelang nicht, den Richtern klar zu machen, daß eine Weigerung, einen so unwilligen Befehl auszuführen, keine Gesetzesverletzung sei, der Mann wurde verurteilt. Die Strafbefehle hageln nun so auf die Landarbeiter herab. Vor kurzem erhielt ein alter Mann von 70 Jahren einen Strafbefehl, sein Sohn hatte die Aufforderung zum Antritt einer zweitägigen Haftstrafe erhalten, und der Vater hatte den Herrn ganz devot gebeten, seinen Sohn für diese zwei Tage zu entschuldigen. Der Herr sagte: der Junge geht nicht in die Haft, sondern er kommt zur Landarbeit. Der Vater sagt das seinem Sohn, der aber erklärt: es fällt mir gar nicht ein, ich werde mich doch nicht vom Gendarmen abholen lassen. Und nun bekommt der Vater einen Strafbefehl über 6 M., weil er den Befehl des Dienstherrn, unter allen Umständen den Sohn zur Landarbeit zu bringen, nicht nachgekommen sei! (Hörst du?) Vor dem Schöffengericht wurde der Mann freigesprochen, der Richter verurteilte, es gebe doch

nicht an, daß der Gutsherr sich selbst über einen Befehl der Obrigkeit hinwegsetzt. Wie die Löhne aussehen, dafür nur zwei Beispiele. Ein 71-jähriger Diener, der sein ganzes Leben hindurch gearbeitet hatte, bekam im Dienste des Amtsvorstehers im Sommer 30, im Winter 25 Pf. baren Lohn pro Tag und dazu noch etwas Deputat. Rechnet man dieses Deputat zu den höchsten Marktpreisen in Geld um, so hat er im ganzen 178,25 M. Lohn pro Jahr. Dabei war er noch nicht einmal in den Genuß der Altersrente getreten, weil der Amtsvorsteher es unterlassen hatte, für ihn die Marken zu liehen. Uebrigens wird jetzt, nachdem das Reichsgericht entschieden hat, daß Dienstherrn, welche keine Marken liehen, nicht Schadenersatzpflichtig sind, das Kleben der Marken wohl in noch erhöhtem Maße vermehrt werden. Vor kurzem haben wir es erlebt, daß ein junger Scharwerker, der vier Mark Lohn den Monat erhielt und außerdem Essen und Wohnung beim Arbeitgeber, ein paar Stiefel und Hosen gestohlen hatte; er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und mit der Erklärung vom Vorsitzenden entlassen: diesmal sind sie noch so abgenommen, das nächste Mal kommen sie ins Zuchthaus, wie können sie nur stehlen, sie stehen in Arbeit und haben so schönen Lohn! (Wenigstens.) Das ist die Anschauung der herrschenden Kreise, daß ein Lohn von 4 M. monatlich schon ein schöner Lohn ist! Die Arbeiter sind bei uns auf dem Lande tatsächlich nicht Menschen, sie werden als Arbeitsmaschinen angesehen, ihre Menschenwürde wird mit Füßen getreten und am schlimmsten leiden unter diesen Zuständen die Frauen. Die Frauen, die so sehr das Elend am eigenen Leibe erfahren, haben bei uns im Osten eine Energie, die die Frauen in den Städten bei weitem nicht haben. Während die Frauen in den Städten vielfach ein Gemisch aus für das Anwachsen der Sozialdemokratie, sind sie auf dem Lande vielfach das treibende Element, sie sind unsere besten Stützen. Es ist nicht wahr, wenn man behauptet, daß die Vergewaltigung der Landarbeiter in Scharen vom Lande treibe. Nein, es ist die Sehnsucht nach einem bishigen Freiheit, nach einem bishigen Menschenwürde, und die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, diesen Sklaven, die ihre Ketten gern abstreifen möchten, bei diesem Werke zu helfen. (Lebhafte Beifall.)

Hüttmann-Frankfurt a. M.: Bei dem großen Einfluß und der Wichtigkeit des Junkertums in Preußen ist es ganz erklärlich, daß die ländlichen Arbeiter mit dem Kontraktbruch-Gesetz bedacht werden sollen. Die Landflucht, das Abwandern vom Osten nach Westen zur Industrie, ist noch die einzige Rettung der ländlichen Arbeiter. Kechnliche Zustände wie im Osten herrschen für die Landarbeiter auch im Westen Preußens. Redner begründet den von ihm gestellten Antrag 24:

Der Resolutions ist anzufügen:

Der Parteivorstand wird ersucht, in Verbindung mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands organisatorische Anregungen für die Landarbeiter zu geben und deren Verwirklichung in den einzelnen Landesstellen einzuleiten.

Der Antrag sagt positiv, und das ist sein Vorzug, wie gearbeitet werden soll. Es schadet durchaus nicht, wenn wir klar aussprechen, daß Partei und Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten müssen. Beide haben an der Agitation unter den unorganisierten Massen das gleiche Interesse.

Stein-Hannau schildert die Lage der Landarbeiter in seinem Bezirk. Der Kreis Fulda-Schlichtern liefert die Anechte und Mägde für die landwirtschaftlichen Betriebe in der Umgegend Hannaus und Frankfurts a. M. In dem Kreise Fulda-Schlichtern herrscht noch das Gebrecht an den ergeborenen Söhnen. Die Geschwister wandern in der Regel aus; noch bevor sie aus der Schule kommen, werden sie zu ganz minimalen Löhnen an reiche Bauern verdingt. Von vornherein sind sie an niedrigen Lohn gewöhnt, deshalb sind sie bei den hannauer Bauern sehr beliebt. Die Verdingung geht immer auf ein Jahr, vom Peterstag bis zum Peterstag. Die Behandlung der Anechte ist besser als anderwärts, schon deshalb, weil sonst der Anecht in der Industrie Verwendung finden würde. Mit den Mägden gehen die Großbauern in der Regel intime Verhältnisse ein. Daneben geht ausgebreitete religiöse Heuchelei. — Redner wünscht Erhebungen über Lohnhöhe, Schlafstellenwesen auf dem Lande und schlägt Flugblätteragitation unter den Anechten vor. Kaiser-Landsberg teilt einen Fall mit, der die Ungleichheit des Krankenversicherungswesens in den kleinen Landstädten aufzeigt.

Kristen-Berlin: Von dem Gesetzentwurf werden nicht nur die ländlichen Arbeiter getroffen, sondern auch die kleineren und mittleren Bauern. Das müssen wir für uns ausnützen. Zwischen Gutsherrn und Bauern findet ein erbitterter Kampf wegen der Arbeiter statt. Der Arbeiter, der es beim Gutsherrn nicht auszuhalten kann, geht zum Bauern, und es wird also der Gesetzentwurf ein Mittel sein, den kleinen Bauern die Arbeiter zu entziehen. Da müssen wir ihnen zeigen, wo ihre wahren Freunde sind. Auch die Söhne und Töchter der kleinen Bauern werden von dem Gesetzentwurf getroffen, wie die übrigen Landarbeiter. Ich werde in den nächsten Tagen 30 russische Arbeiter in einem Prozesse vertreten. Ein Gutsherr in der Nähe von Stendal hat diese einfach auf der Straße gefesselt, ohne ihnen zur Rückreise nach Rußland das nötige Geld zu geben, sie wurden auf den Prozeßweg verwiesen. Der russische Konsul in Berlin lehnte ebenfalls die Rückbeförderung der Arbeiter nach Rußland ab. Hier auf dem Schlesischen Bahnhof wurde ihnen dann von der Polizei gesagt: Gehen Sie nach dem Engel-Alfer 15, da werden Ihre Interessen vertreten. (Weiterkeit.) Wir ist gar nicht zweifelhaft, daß der Prozeß nicht zugunsten der Arbeiter ausfallen wird. Aber es ist auch aus diesem Fall zu ersehen, daß man wohl Gesetze schafft, um die Arbeiterschaft zu knebeln, aber nicht Gesetze schafft, daß auch den Landarbeitern ihr Lohn ausbezahlt wird. Hier muß bedeutend mehr gesehen von uns als bisher.

Viednecht-Berlin: Vor Gericht pflegen die Landarbeiter ganz besonders scharf vorgekommen zu werden. In einem mir vorliegenden Urteil heißt es, daß die ländlichen Arbeitgeber wegen der Schwierigkeit der Beschaffung von Arbeitskräften besonders geschätzt und daß deshalb über ländliche Arbeiter wegen unbedingten Verlassens des Dienstes besonders schwere Strafen verhängt werden müssen. Nicht oft genug kann auf die Gefahren hingewiesen werden, die infolge der Rechtlosigkeit der ländlichen Arbeiter den ausländischen Arbeitern in Deutschland drohen. Die ausländischen Arbeiter werden in der Regel auf Grund von Pässen hineingelassen, die nur für eine bestimmte Zeit Gültigkeit haben, und dieser Umstand wird sehr häufig von den Arbeitgebern ausgenutzt, um sie in eine Zwangslage zu bringen und sich aus ihrer Haut noch mehr Nerven zu schneiden. Bei ihnen kümmert sich die Rechtlosigkeit des Landarbeiters und die Rechtlosigkeit des Ausländers. Wohl das rührendste Erlebnis meines Lebens ist folgendes: Unter dem Sozialistengesetz, es mag Mitte der 80er Jahre gewesen sein, erschien eines Tages eine Deputatation ostpreussischer Landarbeiter bei meinem Vater in Vorkdorf im Kreis. Sie legten ihm ihre jammervolle Lage aus Herz und baten ihn, er möge doch bei dem deutschen Kaiser ein gutes Wort für sie einlegen, damit ihre Verhältnisse gebessert würden. Es kam in der Unterhaltung mit diesen braven biederen Leuten ein wahrer Kinderglaube an die Sozialdemokratie, ein wahrer Erlösungsglaube, in geradezu überweltigender Weise zum Ausdruck. In der Tat, die Sozialdemokratie ist die Erlöserin der Landarbeiter. Sorgen wir dafür, daß der Kinderglaube dieser Leute nicht zu schanden wird! (Lebhafte Beifall.)

Frau Baumann-Altona schildert die Tätigkeit der Vermietungsbureaus in Altona, die junge Mädchen für Stellen auf dem Lande engagieren. Die Eltern glauben, daß ihre Kinder sich dort erholen könnten; verprochen wird gute Kost und Logis. Gedulien aber werden diese Verprechungen in Wirklichkeit nicht und von einer Erholung ist keine Rede. Die Schlafräume sind ungesund und von

den eben aus der Schule gekommenen Kindern werden Arbeiten verlangt, die erwachsene Männer nur leisten können. Die Eltern sollten in der Presse gewarnt werden, auf solche Angebote hinzuzufallen.

Damit schließt die Diskussion.

Das Schlußwort erhält der

Referent Stadthagen:

Genosse Haase hat heute ein Reichsgerichtsurteil vom 3. oder 4. Mai d. J. in Sachen der Invalidentarier erwähnt, in dem den Landarbeitern das Recht abgesprochen sein soll, Schadenersatz gegenüber den Arbeitgebern, die zu wenig oder gar nicht geliebt haben, zu beanspruchen. Diese Anschauung ist irrig. Das Urteil bezieht sich auf die Verhältnisse vor 1900. Seitdem ist das Invalidentariergesetz geändert worden. Tausende von Schadenersatzansprüchen sind bereits erfolgreich durchgeführt worden und zwar auf Grund des § 323 Absatz 2 des B. G. B., der von der allgemeinen Schadenersatzpflicht handelt. Zweifellos sind die Landarbeiter und alle anderen Arbeiter und Arbeiterinnen voll berechtigt gegen denjenigen Arbeitgeber vorzugehen, der zu wenig oder gar nicht geliebt hat. Eine andere Auffassung, die auch in der Parteipresse vor kurzer Zeit ausgesprochen worden ist, ist irrig. Noch einige Bemerkungen über das Prügeltrecht. Man muß sich immer vergegenwärtigen, daß es gar nicht darauf ankommt, ob bestimmte Paragraphen bestehen, sondern daß die Ausführung des Gesetzes durch die Behörden die Hauptsache ist. Die Befinde-Ordnung schafft ein Unterwürfigkeitsverhältnis, wie es im Mittelalter bestand, aber die Schutzbestimmungen, die das Mittelalter kannte, sind beseitigt. Schon im Mittelalter ist man zu einer Einschränkung, ja Beseitigung des Züchtigungsrechts gekommen, eine ganze Anzahl von Stadtrechten schreiben vor, daß das Züchtigungsrecht nur maßvoll und leicht ausgeübt werden soll, ja einige Stadtrechte verbieten jede Art Züchtigung auch des Befindes. Ich habe gestern erwähnt, daß die nach dem Landrecht zugelassene Züchtigung des Befindes infolge der Invasion der Franzosen aufgehoben wurde. Es gelang dann den Junkern, eine Befinde-Ordnung durchzusetzen, und bei der Beratung derselben verlangten sie ein ausdrückliches Züchtigungsrecht, um „das Befinde zum Gehorsam und zur sittlichen Ordnung“ anhalten zu können. Ein ausdrückliches Züchtigungsrecht ist aber in der Befinde-Ordnung nie enthalten gewesen. Da kam die Auslegung des Reichsgerichts, daß zwar die Herrschaft nicht ein Schlagrecht habe, daß aber Beleidigungen des Befindes durch die Herrschaft von gerichtlicher Ahndung befreit bleiben. Nach der Befinde-Ordnung würden also Mißhandlungen und Beleidigungen vom Befinde „mit Ehrerbietung und Verschonenheit“ hinzunehmen sein. Durch das Bürgerliche Gesetzbuch ist aber das Züchtigungsrecht vollständig beseitigt, darüber kann auch ein preussischer Minister nicht zweifelhaft sein. In der Kommissionsberatung über das B. G. B. wollten wir durch eine entsprechende Fassung jeden Zweifel daran ausschließen. Darauf haben uns die Regierungsvorsteher und auch das Zentrum, wir möchten uns mit der vorgeschlagenen Fassung einverstanden erklären und weitergehende Forderungen nicht stellen, es könne nicht der geringste Zweifel darüber sein, daß man das mittelbare Züchtigungsrecht nicht als Züchtigungsrecht aufzufassen habe, daß also durch das B. G. B. das Züchtigungsrecht beseitigt werde. Wenn nun der preussische Polizeiminister 1898 durch eine Verordnung erklärt hat, daß das Prügeltrecht noch weiter bestesse, so ist das rechtlich gleichgültig, es zeigt nur, wie auf allen Gebieten, daß das Recht seitens der Polizei nicht geachtet wird, daß Gesetze hier so ausgelegt werden, wie sie weder vom Gesetzgeber noch von der Vernunft ausgelegt werden. Das ist keine besondere Erscheinung des Befinderechts; das zeigt sich ja auch bei den Streikprozessen. Was die einzelnen Anträge betrifft, so habe ich mich mit dem Antrag 17 schon gestern einverstanden erklärt. Der ordentliche Richter kann unmöglich unparteiisch in solchen Fällen urteilen, weil er nach Ansicht der herrschenden Klassen lediglich deren Kommiss sein soll. Hat doch Bismarck einmal ausdrücklich erklärt, die Regierung müsse verlangen, daß die preussischen Richter durchaus zuverlässig sind, d. h. daß sie so urteilen, wie es die Regierung will! Der Justizminister selber hat auf Antrag 17 für uns selbstverständlich, ich bitte ihn anzunehmen. Gerade die weibliche Bevölkerung wird ja durch die Landarbeit besonders ausgebeutet, wie aus der Statistik deutlich hervorgeht. Die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der Landarbeit ist von 1882 bis 1895 prozentual und absolut ganz gewaltig gestiegen, während die Zahl der männlichen Landarbeiter abgenommen hat. Wenn darauf hingewiesen ist, daß Arbeiterinnen sich auf geschlechtlichem Gebiet manchen gefallen lassen müssen, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß infolge der Aufzucht der Massen schon eine wesentliche Verbesserung eingetreten ist. Der Gedanke, den der Antrag 21 Ausdruck geben will, ist zwar zu billigen, ich bitte aber aus praktischen Gründen um seine Ablehnung, er wird schwer ausführbar sein, und es wird sich auch nicht empfehlen, hier zu beschließen, was besonders in die Kontrakte hineinkommen soll. Wir stehen doch auf dem Standpunkt, daß die persönliche Freiheit des Arbeiters so groß sein muß, daß er jederzeit die Arbeit verlassen darf. Deshalb sollten wir nicht bestimmte Kündigungsfristen festlegen. Nach meiner Ansicht müßte es zum Beispiel jedem Arbeiter frei stehen, wenn ein Gesetz wie das vorliegende kommt, sofort die Arbeit niederzulegen. Ich habe schon in den neunziger Jahren solchen Leuten, die wirtschaftlich dazu in der Lage waren, ihre Kinder hinzubringen, wo sie es wollten, entsprechende Kontraktformulare gegeben, aber allgemein läßt sich das nicht durchführen. Ich bitte deshalb Ziele, seinen Antrag zurückzugeben oder sonst bitte ich Sie, ihn abzulehnen. Vergessen wir doch nicht, daß wir neunzehn ganz verschiedene Befinde-Ordnungen haben! Wir können nicht schematisieren. In Lauenburg zum Beispiel darf nach der Befinde-Ordnung — sie ist sehr jung, sie stammt aus dem Jahre 1732 (Weiterkeit) — ohne polizeiliche Genehmigung das Befinde den Dienst nicht verlassen. Antrag 22 enthält einen außerordentlich berechtigten Protest gegen die bekannten Praktiken der Regierung in Nordschleswig und wird angenommen werden. Dem Antragsteller des Antrags 24 ist zuzugeben, daß in der Resolution kein bestimmter Weg angegeben ist, wie die schwierige Organisationsarbeit unter den Landarbeitern zu leisten ist. Aber das ist nicht Zufall, sondern Absicht. Hier kann nicht schematisiert werden. Ich bin gegen den Antrag nicht deshalb, weil er offen ausspricht, daß Parteivorstand und Gewerkschaftsorganisation Hand in Hand arbeiten müssen. Das halte ich für selbstverständlich. Ich bin gegen den Antrag, weil er den Anschein erweckt, als gelte etwas, während in Wirklichkeit durch ihn nichts geschieht. Versuche, die Landarbeiter zu organisieren, sind schon jetzt unternommen. Aber die Armut der Landarbeiter tritt einer schematischen Organisation hindernd in den Weg. Wir können das Vertrauen zu den zuständigen Stellen haben, daß sie alles tun, was notwendig ist. Den Antrag 24 bitte ich daher abzulehnen, da er eine Parteilinie angibt, die zu nichts führt, oder die die Verschiedenartigkeit der Organisationsarbeit unberücksichtigt läßt. Die Debatte, die sich an das Referat geknüpft hat, hat in überausfahrender und überzeugender Weise dargelegt, daß alles, was hier auf dem Gebiete des ländlichen Arbeiterrechts dargelegt ist, die Rechtlosigkeit der ländlichen Arbeiter und der kleinen Bauern eine ganz enorme ist. Es ist betont worden, daß die Selbständigkeit der kleinen Bauern und der ländlichen Arbeiter durch die Junkerschaft gehindert wird. Auch in der Gesetzgebung finden wir den Gedanken, daß die an der Scholle lebenden ländlichen Arbeiter und Kleinbauern nicht selbständig sein dürfen. Als das Rentengüter-Gesetz geschaffen wurde, da hieß es in dem Jahresbericht einer Landwirtschaftskammer, daß unter keinen Umständen die Rentengüter so groß sein dürften, daß die einzelnen Landente nicht mehr nötig hätten, durch Uebernahme von Nebenarbeiten sich einen Verdienst zu



schaffen. Wenn wir die einzelnen Paragraphen des vorliegenden Gesetzentwurfes ansehen, so sind wir überzeugt, daß nicht Paragraphen die Welt regieren, und wir müssen dem ländlichen Arbeiter zurufen, laß die das nicht gefallen, wie ein Sklave behandelt zu werden. Die Veränderung der Produktionsweise hat auch auf dem Lande auf eine Zurückdrängung der Arbeiterverhältnisse hingewirkt. Infolge der Vertreibung der Maschinen werden nur noch periodisch größere Massen von Arbeitern beschäftigt, deren Lebenshaltung in immer stärkerer Maße heruntergedrückt wird. Dadurch sind auch die Landarbeiter vorgegangen und infolge dessen hat eine Revolutionierung innerhalb der Landarbeiter selbst stattgefunden. Von den Landleuten, die gestern und heute gesprochen haben, können wir überzeugt sein, daß sie mit der jammervollsten Schulbildung aufgewachsen sind, und daß sie dadurch aufgeklärt worden sind, daß sie in industrielle Betriebe hineingekommen und in Massenquartieren zusammengekommen sind.

Wenn die Wanderarbeiter auf die Güter kommen, so steden sie die dauernden Arbeiter mit dem Drang nach Selbstständigkeit an. Durch solche Gesetze können Einzelne Wunden erleiden, in der Gesamtheit wird dadurch eine revolutionierende Wirkung hervorgerufen. Es ist gesagt worden, der Gesetzentwurf werde eine Prämie für die Arbeitgeber sein. Es ist in der Tat ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. An Stelle der Zwangsarbeiter im Gegenwartsstaate wird die Aufstellung von mehr Freiheit in der ländlichen Bevölkerung geben. Der Feldzug jenes Gesetzes gegen die Reichsgesetzgebung zeigt, wo die Feinde des Reichs, wo die Untergraber der bestehenden Gesellschaftsordnung, so weit sie sich auf das Recht der arbeitenden Klassen bezieht, sitzen, es zeigt die Maulwürfe der Reaktion so recht an der Arbeit. An uns wird es sein, dieses Gesetz zu benutzen zur Agitation, um den Landarbeitern, den Kleinbauern und dem Gefinde klar zu machen als was es sonst könnten: Jawohl, es gibt zwei Klassen: die der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten, zu der letzteren gehören die Kleinbauern, die ländlichen Arbeiter und das Gefinde. Diese allerschwächsten Schichten sollen noch mehr ausgebeutet werden, und sie können sich nur dadurch retten, daß sie sich zusammen mit den übrigen Ausgebeuteten gegen die Klasse der Ausbeuter. Die Junker haben uns hier ein gutes Mittel in die Hand gegeben, dafür danken wir ihnen. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt die Abstimmung.

Die Resolution des Referenten wird zunächst durch Annahme des Antrags 17 (Haase) ergänzt, der dahin verändert wird, daß hinter den Worten „von den Landarbeitern“ eingefügt wird: „und Arbeiterinnen“, und daß statt „Kreis“, „Verufskreise“ gesagt wird. Ferner wird auf Antrag Siebmacht hinter „Verufskreise“ gesagt: „Aufklärung und Organisation“.

Die so veränderte Resolution wird unter Ablehnung des Antrags 24 einstimmig angenommen.

Antrag 21 (Zhele), welcher lautet:

„Um die Landarbeiter möglichst vor den Gefahren der Gefinde-Ordnung zu bewahren, sind unter der Landbesitzung einheitliche Vertragsformulare zu verbreiten, welche beim Abschluß eines Dienstverhältnisses zu benutzen sind. In dem Vertragsformular ist besonders Gewicht zu legen auf die Festlegung einer beiden Seiten jeberzeit bestehenden 14 tägigen Kündigungsfrist und darauf, daß der Lohn in kürzeren Zeitabschnitten ohne Abzug zu zahlen ist.“

wird abgelehnt.

Antrag 22 (Wahl), welcher lautet:

„Der Parteitag der Sozialdemokraten Preußens protestiert gegen die in Korbhedeberg geübte Politik, aus dem königreich Dänemark stammende Knechte und Mägde von Amts wegen unter Androhung der Ausweisung zum Kontraktbruch aufzufordern und zu verurteilen.“

wird angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist:

„Das Landtags-Wahlrecht.“

Der Referent Ledebour schlägt folgende Resolution vor:

Der preussische Landtag hat keinen Anspruch darauf, als eine Vertretung des preussischen Volkes anerkannt zu werden, da das erlittene Gebilde des Herrenhauses durch seine Mehrheit von erblichen und ernannten Gelehrten nur der Herrschaft der Junker und Bureaucraten als Rückhalt dient, während das Dreiklassen-Wahlrecht durch Bevorzugung des wohlhabenden Siebentels der Wähler mit einem Zweidritteleinfluß auf den Ausgang der Abgeordnetenwahlen die große Masse des Volkes tatsächlich entrechtet und das Abgeordnetenhaus selbst zu einer Geldadventur herabwürdigt.

Eine fortgesetzt reaktionärer sich gestaltende, den wahren Interessen des Volkes zuwiderlaufende Gesetzgebung ist die Frucht dieser Zusammenfassung des Landtages.

Herrenhaus und Abgeordnetenhaus sind nach ihrem Ursprung — der ein durchaus ungerechter ist, weil auf Oktroierung beruhend — und nach ihrer Zusammenfassung die Verkörperung nackter Klassenherrschaft und vollendeter Volks- und Arbeiterfeindschaft.

Der Parteitag der Sozialdemokraten in Preußen protestiert deshalb auf das nachdrücklichste gegen die Vergeßlichkeit und Rechtslosmachung, die der ungeheueren Mehrheit des preussischen Volkes durch das Vorhandensein einer solchen Klassenvertretung zugefügt wird.

Der erste und notwendige Schritt zur Niederzwingung der Reaktion in Preußen ist deshalb die Umgestaltung des preussischen Parlaments zu einer wahrhaften Volksvertretung. Wir fordern jomit die völlige Beseitigung des Herrenhauses und für das Abgeordnetenhaus die Erteilung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe an alle staatsangehörigen Männer und Frauen, die das zwanzigste Lebensjahr überschritten haben, nach Maßgabe des Proportional-Wahlrechts.

Wir fordern alle Parteigenossen auf, durch unablässige Agitation in Wort und Schrift dafür zu wirken, daß dieses Ziel erreicht wird.

Mit zur Debatte steht folgender von Bernstein gestellter Zusatzantrag (Nr. 11):

Inbesondere fordert der Parteitag die sozialdemokratische Parteipresse in Preußen auf, jedesmal, wenn im preussischen Landtag Anträge zur Verhandlung gestellt werden, die irgend welche Abänderung des bestehenden Landtags-Wahlrechts fordern oder in sich schließen, an hervorragender Stelle wiederholt Protestartikel zu veröffentlichen, die in klarster Weise den reaktionären Widerstand und die empörenden Ungerechtigkeiten des Dreiklassen-Wahlrechts bloßlegen und die arbeitenden Volksklassen zu erneuertem energischem Protest gegen dieses Nachwerk einer brutalen Reaktion und zum unablässigen Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufrufen.

Desgleichen fordert der Parteitag die Genossen in Preußen auf, bei solchen Anlässen in allen Großstädten und Industriezentren Massendemonstrationen größten Stils gegen die Klassenwahl und für das demokratische Wahlrecht zu veranstalten.

Referent Ledebour:

Die eigenartige Stellung der Sozialdemokratie zum preussischen Staat läßt sich nur erklären aus der Eigenart des preussischen Staatswesens selbst. Das preussische Staatsgebilde ist kein auf natürlichem Boden auf Grund natürlicher Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungs-schichten erwachsenes Staatsgebilde innerhalb Deutschlands, sondern es teilt mit allen anderen deutschen Einzelstaaten die Eigenschaft, daß es für sich betrachtet ein durchaus unnatürliches Staatsgebilde ist, das an der Stirn den Stempel einer vorübergehenden Erscheinung trägt. Ich spreche von vorübergehender Erscheinung nicht in dem weltgeschichtlichen Sinne, wie schließlich alle menschlichen Einrichtungen vorübergehende Erscheinungen sind, auch nicht in dem Sinne, wie wir Sozialdemokraten die Organisationen der heutigen kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung selbstverständlich als vorübergehende Erscheinungen betrachten, die durch Gemeinwesen sozialistischen Charakters abgelöst werden müssen; nein, in einem weit engeren, auf die kapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnung zugeschnittenen Sinne ist Preußen eine vorübergehende Erscheinung, eben weil es nicht auf Grund natürlicher gesell-

schafflicher Bedürfnisse, auf Grund geographisch oder wirtschaftlich einheitlicher Verhältnisse erwachsen, sondern in Produkt bestimmter geschichtlicher Entwicklung ist und weil ihm die natürlichen Voraussetzungen für Staatsgebilde fehlen, wie sie für das Deutsche Reich gegeben sind. Preußen ist entstanden durch Eroberungen, Erheirathungen, Ergauerungen, diplomatische Schachergehefte, es ist von fürstlichen Räubern teilweise erobert, teils von deutschen Fürsten zusammengebetelt oder auch ertrugt worden. Wir müssen der unsinnigen Legende entgegenreten, als ob Preußen Männern aus irgend einem bestimmten Geschlecht seine Existenz verdanke. Geradezu charakteristisch ist der letzte Akt der Zusammenfassung, durch welchen die Basis von Preußen gegeben wurde. Nicht Friedrich Wilhelm I., nicht Friedrich der Große haben die Grundlage geschaffen für die Großmachtstellung Preußens, sie ist zu danken dem Fürsten von Brandenburg, der zum Hochmeister des Ordenslandes Preußen avancierte und die günstige Gelegenheit der Reformation benutzte, um sich geistliches Eigentum anzueignen. Er war Präsident einer geistlich-aristokratischen Mitterrepublik und als infolge der Reformation diese Mitterrepublik ihren Charakter ändern mußte, machte er sich kurzerhand zum Souverän des Herzogtums Preußen, das etwa der heutigen Provinz Ostpreußen entspricht. Er beging eine Handlung, die etwa dem zu vergleichen ist, als wenn heute irgendwo ein Verein sich auflöse und der Präsident das Vermögen in seine Tasche stecke. (Weiterleit.)

Dadurch, daß dieser brandenburgische Prinz diesen genialen Coup ausführte, kam dann das Herzogtum Preußen an seine Familie, und durch diese Gauerer (Weiterleit) wurde erst die Basis geschaffen für die Großmachtstellung Preußens. Wenn Sie den Herzog Albrecht in Marmer sehen wollen, können Sie ihn noch nicht in Tiergarten sehen. Das kommt später (Weiterleit), dann müssen Sie nach Königsberg gehen und dort können Sie aus seiner Verstellung vielleicht erkennen, ob daraus auf seinen Gauerercharakter geschlossen werden kann. (Große Weiterleit.)

Als Resultat dieses ererbten, ergrunerten, erschafferten, erbeteltes und im letzten Jahrhundert teilweise auch eroberten Besitzes stellt sich der heutige preussische Staat dar. Als nun die notwendigen nationalen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des deutschen Volkes gegenüber diesen kleinen, der geschichtlichen Entwicklung zuwiderlaufenden Bedürfnissen sich geltend machten, da war Preußen, da es an die erste Stelle gerückt war, berufen zu der Rolle, die Piemont in Italien gespielt hat. Aber die nationale Einigung wurde nur so weit durchgeführt, wie es den kapitalistischen Bedürfnissen entsprach. Seit 1848 war gewissermaßen das feudalistisch-absolutistische Eis gebrochen, ganz Deutschland hoffte, daß alle jene ungeheueren einzelstaatlichen Gebilde in Deutschland verschwinden würden. Es kam dann schließlich zu den Kriegen, die vorläufig den gegenwärtigen Zustand Deutschlands herbeiführten. Man betrachtete damals allgemein in Deutschland diesen Zustand nur als ein Uebergangsstadium. Die Redensart, die damals umging, war, Preußen müsse in Deutschland aufgehen. Dazu kam, daß Preußen ein vollständig veraltetes plutokratisches, auf die Entrechtung des Proletariats zugeschnittenes Wahlrecht hatte. Das sind die beiden zusammenwirkenden Gründe, aus denen die Sozialdemokratie sich der Teilnahme am preussischen Staatswesen vollkommen enthielt. Nun hat sich im Laufe der Zeit einiges geändert. Diese vorübergehende Erscheinung dauert doch länger an, als wir erwartet haben, und zweitens ist die Sozialdemokratie gewachsen, sie fühlt die Kraft in sich, auch in Preußen den Kampf um die Eröberung der politischen Macht aufzunehmen. Als die Sozialdemokratie an die Frage der Wahlbeteiligung herantrat, haben sich Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise ergeben, wie wir Einfluß auf preussische Angelegenheiten gewinnen könnten. Die Meinungen gingen darüber auseinander, ob man sich überhaupt an den Klassenwahlen beteiligen oder ob man auf andere Weise durch Agitation Einfluß gewinnen soll. Die Entscheidung ist gefallen zugunsten der Wahlbeteiligung, wir haben uns nach Kräften an den letzten Wahlen beteiligt, und wenn wir auch nicht die Erfolge erzielt haben, die sich die Freunde der Wahlbeteiligung versprochen, so haben wir doch sehr anerkenntswerte moralische und agitatorische Erfolge.

Das heutige preussische Wahlrecht stammt in seinem Kern aus dem Jahre 1848. Die bis dahin absolutistische Regierung wurde gezwungen, eine Nationalversammlung einzuberufen, die Wahlen erfolgten auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts für alle Männer über 24 Jahre, allerdings indirekt. Aber die auf Grund dieser Wahlen zusammengetretene Nationalversammlung war der Regierung und den herrschenden Klassen im höchsten Grade unbequem, sie wurde nach Hause geschickt, das Wahlrecht wurde verflümmert, aber auch die daraus hervorgehenden Wahlen gestiegen der Reaktion nicht, und so wurde nach abermaliger Auflösung des Landtages im Mai 1849 ein neues Wahlrecht einfach oktroiert.

Dieses oktroierte Wahlrecht ist bis heutigen Tages im wesentlichen noch in Geltung. Vom ursprünglichen Wahlrecht ist nur die Bestimmung übrig geblieben, daß die Männer über 24 Jahre das Wahlrecht haben sollen. Im übrigen enthält es das bekannte Dreiklassen-Wahlrecht. Dieses Wahlrecht fand die Sozialdemokratie vor und wie schon anfangs der Vier Jahre die Demokratie sich an den Wahlen nicht beteiligte, tat es auch die Sozialdemokratie in den ersten Jahrzehnten ihrer Partei-Existenz nicht. Späterhin kam es zu einer Aenderung des Wahlrechts. Die Riquelshies Steuerreform hatte dem Wahlrecht einen noch plutokratischeren Charakter gegeben. Da sah sich selbst die preussische Regierung zu einer Aenderung genötigt. Das wesentliche dieser Aenderung bestand darin, daß statt der Drittelung die Zweifteilung der Gesamtsteuersumme eintreten sollte, und zwar sollten  $\frac{2}{12}$  auf die erste,  $\frac{4}{12}$  auf die zweite und  $\frac{6}{12}$  auf die dritte Wählerklasse kommen. Der tatsächliche Unterschied gegen den früheren Zustand wäre außerordentlich gering gewesen. Es wäre darauf hinzuwirken, daß die dritte Klasse 78 oder 75 Proz. der Wähler statt 84 Proz. umfaßt hätte. Nun spielte sich im preussischen Abgeordneten- und Herrenhause eine Komödie ab, die über die reaktionären Intentionen der Regierung noch hinausging. Zunächst führte das Abgeordnetenhaus eine wunderbare Aenderung ein. Es setzte fest, daß künftig auch die indirekten Steuern in die Steuer-summe hineingerechnet würden. Besonders schön aber ist die Bestimmung, daß auch indirekte Steuern, die wie die Grundsteuer von der Regierung außer Erhebung gesetzt werden, bei der Einlegung in die Klassen den Steuerzahlern angerechnet werden. Auch die außer Erhebung gesetzte Dreimark-Steuerklasse sollte mit angerechnet werden, aber es wurde vorgeschrieben, daß die Dreimarkmänner unter allen Umständen in der dritten Wählerklasse bleiben müssen. Das Zentrum setzte ferner aus reinem Partei-Interesse noch eine Aenderung durch, nämlich die, daß die direkte Einkommensteuer mit einem Betrage über 2000 Mark nicht in Anrechnung gebracht werden sollte. Den Nationalliberalen sollte der Einfluß, den sie in rheinischen Städten hatten, etwas genommen werden. Die preussischen Konservativen gingen auf diese Sache ein, da sie nicht darunter zu leiden hatten und so kam der Kompromiß zustande mit der Zweifteilung der Regierung. Da kam das preussische Herrenhaus, eine absolut unhistorische Institution, die dem englischen Oberhause nachgebildet ist, das wenigstens eine historische Begründung hat. Das Herrenhaus ist entsprungen einer romantischen Phantasie Friedrich Wilhelms IV., in dessen delatentem Gehirne später der Wahnsinn ausbrach. Die Spottgeburt dieses Gehirns ist das preussische Herrenhaus, und seit jener Zeit, seit 1840, hat es die Möglichkeit gehabt, seinerzeit allen möglichen reaktionären Einflüssen zugunsten der Junker auszuüben. Das preussische Herrenhaus strich die Zweifteilung, die die Regierung beantragt hatte, und es strich auch die Bestimmung, die das Zentrum auf Grund des Kompromisses mit den Konservativen durchgesetzt hatte. In dieser Verfassung kam nun der Entwurf an das Abgeordnetenhaus zurück. Es wurde das Zentrum über den Löffel barbirt. Jetzt schlossen die Konservativen mit den Nationalliberalen einen Kompromiß zugunsten der Herrenhausbeschlüsse und so haben denn an dem heutigen Dre-

klassen-Wahlrecht die konservativen Parteien und die Nationalliberalen etwa zu gleichen Teilen die Schuld und Selbstverständlich auch die Regierung, die später der reaktionären Verschlechterung ihre Zustimmung erteilte, durch die das Proletariat in seiner überwiegenden Mehrheit in die dritte Klasse hineingebacht wurde, während den bevorrechtigten wohlhabenden Klassen die beiden ersten Klassen als Monopol überlassen worden sind. Es gibt nur eine Bestimmung in dem gegenwärtigen preussischen Wahlrecht, welche gewissermaßen zugunsten der minderbemittelten Klassen wirkt, das ist die ungeheuer absurde Bestimmung, daß die Drittelung nicht vorgenommen wird für den ganzen Wahlkreis, sondern innerhalb der einzelnen Wahlbezirke, die nicht über 1700 Einwohner hinausgehen dürfen.

So ist es möglich, daß in einzelnen Großstädten, wo die minderbemittelte Bevölkerung in den äußeren Stadtteilen konzentriert ist, diese zur ersten und zweiten Klasse gehört, während in anderen Stadtteilen die besitzenden Klassen zur dritten gehören. So ist die Anekdote bekannt, daß in der Wilhelmstraße in Berlin ein Schlächtermeister in der ersten Klasse wohnt, der Reichsanwalt aber in der dritten. So hat die Sozialdemokratie es möglich machen können, in gewissen Bezirken Wahlmänner in der ersten und zweiten Klasse zu bekommen. Im dritten Berliner Wahlkreise, der hauptsächlich aus dem sechsten Reichstags-Wahlkreise und zum Teil aus dem fünften Reichstags-Wahlkreise gebildet wird, hatte die Sozialdemokratie bei der letzten Wahl in der ersten Klasse 6 Proz., in der zweiten 23 und in der dritten 93 Proz. der Wahlmänner bekommen. Ähnliches ist auch in anderen Wahlkreisen vorgekommen, so in Rixdorf und in Linden-Hammover. Als wir in die Wahlbeteiligung eintraten, da meinten die einen, wir könnten nur in das Abgeordnetenhaus hineinkommen mit Hilfe der Liberalen, mit denen wir ein Bündnis schließen müßten, während die anderen sagten, die Liberalen sind nicht bündnisfähig für uns. Es hat sich tatsächlich herausgestellt, daß die Liberalen nicht bündnisfähig sind. An der Sozialdemokratie hat das nicht gelegen. Es wurde alles aufgeboten, um die Liberalen zu Wahlbündnissen zu bewegen, der Parteivorstand hat sein möglichstes getan, es waren große Hoffnungen darauf gesetzt von den Genossen, die die Liberalen für bündnisfähig hielten. In einem Flugblatt wurde erklärt, die Freisinnigen müßten Bündnisse mit uns eingehen, und Dr. Luard hat erklärt: ich werde selbst mit des Teufels Großmutter ein Bündnis schließen, um in das Abgeordnetenhaus hineinkommen. Des Teufels Großmutter hat aber den ehrenvollen Antrag abgelehnt und sie hat lieber eine Anzahl Wahlkreise verloren, um nur um Gotteswillen seinen Sozialdemokraten hinein kommen zu lassen. Das war für die Liberalen eine wahrhaft selbstmörderische Tat.

Das wollten die Führer der Freisinnigen nicht aus reiner Verbortheit nicht tun, sondern sie hätten die Massen der freisinnigen Partei auch gar nicht zu einem Bündnis mit der Sozialdemokratie bewegen können! Die Führer sind kleinlich, aber lange nicht so wie die Masse der freisinnigen Politiker (Sehr richtig). Nicht man das in Betracht, so in der Tat man es erklärlich, daß selbst ein Mann, der die mannigfaltigsten parlamentarischen Verdienste hat und ungewisselhaft tüchtig im parlamentarischen Finanzwesen ist, Eugen Richter, nicht damit hat durchdringen können, daß ein Bündnis mit der Sozialdemokratie notwendig ist, und von seinen Epigonen war gar nichts zu erwarten. Nun ist in den letzten Wochen von freisinnigen Führern ersaunlicher Weise behauptet worden, die Sozialdemokratie hätte Schuld daran. Müller-Meinungen erklärte, die Sozialdemokratie freizet sich wie ein stolzer Pfau, sie wolle mit den Freisinnigen nichts zu tun haben, man könne sich ihr nicht an den Kopf werfen. Entweder Herr Dr. Müller-Meinungen leidet an einer bedenklichen Gedächtnisschwäche, oder er hat die Leute, zu denen er das gesagt hat, beschwindelt. Tatsächlich ist die Sozialdemokratie mit ihren Bündnisentwürfen gegenüber der freisinnigen Partei so weit gegangen, wie sie gehen konnte, denn sie hatte den Löwenanteil der Leute den Freisinnigen zugesprochen. Trotzdem haben die Freisinnigen das Bündnis zurückgewiesen, weil sie wußten, daß sie ihre Wähler nicht dazu bewegen konnten. Andere freisinnige Politiker, wie Herr Krieger in Königsberg, der für ein Bündnis mit der Sozialdemokratie eintrat und die Nationalsozialen und die Freisinnige Vereinigung haben das nicht vermocht. Den Hauptkampf hat ja Dr. Barth geführt; wir wollen rühmend anerkennen, daß er den einzig korrekten Standpunkt im Interesse des Liberalismus eingenommen hat. Er hat lieber auf ein Mandat verzichtet, das ihm sonst sicher gewesen wäre, als daß er sich hätte in dieser taktischen Frage von den übrigen Liberalen majorisieren lassen; wir müssen anerkennen, daß er selbst bei taktischen Differenzen nicht am Mandat klebte. Sonst waren es noch eine Reihe von, meineren Leute, aber schlechter Markanten, Professoren, die anfangs mit der Sozialdemokratie zusammengehen wollten, aber sehr schnell kalte Füße bekommen haben. (Weiterleit.) Nichts ist charakteristischer in dieser Beziehung als das Verhalten des Professors Hans Delbrück, der anfangs mit den Sozialdemokraten zusammengehen wollte, dann aber geschah das Schreckliche, daß eine Anzahl Sozialdemokraten mit brennender Pizarre an den Wahlstisch traten und dadurch die heilige Handlung störten, so daß Herr Delbrück fernerhin nichts mit einer so verräuchten Partei zu tun haben wollte. (Weiterleit.) Das Verhalten Delbrücks ist ja das Satirspiel bei diesem Trauerspiel, das an sich eine Tragikomödie war.

Wir stehen einem Abgeordnetenhause gegenüber, das sich sehr wenig von dem vorhergegangenen unterscheidet. Die Konservativen haben 148 Sitze, sie haben gegen früher 4 Sitze verloren, die Freiservativen 54, sie haben auch 4 verloren; das Zentrum hat 97 Sitze, es hat 3 verloren; die Nationalliberalen haben 79 Sitze, sie haben 5 Sitze verloren; die Freisinnige Volkspartei hat sich bis auf 23 Sitze heruntergearbeitet, sie hat vier Sitze verloren, die Freisinnige Vereinigung hat zwei Sitze verloren und ist bis auf acht gekommen. Das Endergebnis ist also genau wie vorher. Die Konservativen können für sich allein die Mehrheit nicht bilden, aber sie können sich jederzeit mit dem Zentrum oder den Nationalliberalen zu einer reaktionären Majorität verbinden. Dadurch unterscheidet sich im Endergebnis die parlamentarische Situation im preussischen Abgeordnetenhause sehr wesentlich von der im Reichstage. Dort ist das Zentrum die ausschlaggebende Partei, es kam mit den Konservativen oder auch mit der Linken eine Mehrheit bilden. Selbstverständlich ist das preussische Abgeordnetenhaus viel reaktionärer als der Reichstag, es hat einen starken Rückhalt im Herrenhause, und es wird in seiner Ruhe nicht gestört, denn es ist kein Sozialdemokrat, kein vaterlandsloser Geselle da, der ein herbes Wort der Kritik ausspricht.

Nun sind bei den letzten Wahlen wieder soviel Mißstände zutage getreten, daß bis tief in die Reihen der staatsbehaltenden Parteien die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Aenderung des Wahlrechts eingedrungen ist. Vor allem wird an eine Aenderung, an eine Teilung der ungeheueren Wahlkreise gedacht, die über 3000 Wahlmänner in einen Saal schickte. Ein solcher Antrag ist bereits kurz vor der Wahl von 1903 im Abgeordnetenhause zur Erörterung gekommen. Es war der Antrag Barth-Wiemer: Er forderte erstens die Regierung zur Einführung der geheimen Stimmabgabe auf und verlangte zweitens eine Aenderung der Wahlkreiseinteilung auf Grund der Bevölkerungsveränderung der letzten vierzig Jahre. Haben doch jetzt die Wahlenwahlkreise nur ein Zehntel des Reichs der Wähler der kleinen Landwahlkreise; ja stellenweise ist das Verhältnis noch größer. An sich sind die Forderungen des Antrags Barth-Wiemer durchaus berechtigt, nur sind sie leider absolut ungenügend. Für das Proletariat bleibt damit alles wesentlich beim Alten. In den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über diesen Antrag finden sich sehr interessante Ausführungen, die für die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und der Regierung zur Wahlrechtsfrage überaus charakteristisch sind. So sagte ein Redner in der Verteidigung der öffentlichen Stimmabgabe: „Das ist das richtige System, wenn jeder frei und offen seine Meinung äußert, unbelümmert und ohne Furcht vor dem Wahlrecht.“ (Weiterleit.) Klingt das nicht wie aus „Fell“? (Große Weiterleit.) Und wer ist der Redner?



**Der preussische Polizeiminister Hammerstein.** (Stürmische Heiterkeit.) Bei seiner außerordentlichen Feinfühligkeit für die seelische Entwicklung der Menschen (Große Heiterkeit) will er durch Strafen auf freie Meinungsäußerung offenbar die Menschen erziehen, keine Furcht mehr zu haben. (Große Heiterkeit.) Zu Willkür zwingt die öffentliche Stimmabgabe bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus alle abhängigen Existenzen entweder zur Stimmhaltung oder zur Heuchelei. Die Beamten müssen öffentlich für einen konservativen oder freisinnigen stimmen, während sie heimlich den sozialdemokratischen Wein trinken. Weit interessanter als die Auserkennung eines Ministers, der ja bei uns nur eine vorübergehende Erscheinung ist und der das tun muß, wozu er kommandiert wird, ist die Stellung der Parteien. Die Zentrumspartei, die sich da, wo es nicht darauf ankommt, für das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht erklärt, hat im Abgeordnetenhaus durch ihren Führer Dr. Pösch sich theoretisch für die Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe erklärt. Herr Dr. Pösch meinte: „Für uns ist es ziemlich gleichgültig, nach welchem System gewählt wird.“ Er wies darauf hin, daß ja das Zentrum im wesentlichen bei den Wahlen in Preußen dieselben Siege erobert hat, wie bei den Wahlen im Reich. Für uns ist es ziemlich gleichgültig, das ist das Eingeständnis einer Partei, die die Frage des allgemeinen Wahlrechts nur nach den Gründen ihrer Fraktionspolitik entscheidet! Tatsächlich ist es übrigens für das Zentrum nicht gleichgültig, ob das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, denn dadurch würde sich zu Gunsten dieser Partei die parlamentarische Situation verschieben, das Zentrum würde dann im Abgeordnetenhaus ebenso den Ausschlag geben wie im Reichstage. Wenn also das Fraktionsinteresse ausschlaggebend wäre, so müßte das Zentrum mit aller Macht dahin wirken, daß die Linke verstärkt, die Rechte vermindert wird, und daß es das nicht tut, daß es seinem offenbaren Fraktionsinteresse zuwiderhandelt, erklärt sich daraus, daß das Zentrum genau so wie alle anderen bürgerlichen Parteien eine Klassenpartei ist, die unter allen Umständen verhindern will, daß Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus einziehen. (Sehr richtig!) Das kann nicht entschieden und nicht oft genug öffentlich gebremst werden. Den Konservativen zu Liebe hat das Zentrum sogar gegen die Neu-Einteilung der Wahlkreise gestimmt! Der Antrag wurde abgelehnt.

Nach den Wahlen sind nun wiederum Anträge dem Abgeordnetenhaus eingebracht. Den Anstoß dazu gaben die Wahlen in einigen großen Wahlkreisen, die ja nur mit Ach und Krach zu Stande gekommen sind, in Teltow-Beeskow sogar nur durch einen Rechtsbruch, nur dadurch, daß entgegen dem Gesetz der Minister den Wahlort von Köpenick nach Hirtzort verlegte, ein Beweis dafür, daß unsere Regierung jederzeit zu Rechtsbrüchen bereit ist, wenn es ihr in den Kram paßt. Der Regierung und allen Parteien ist es klar geworden, daß es so nicht weiter geht, und aus diesem Grunde haben sie ihre Anträge eingebracht. Ein Antrag des freisinnigen Abgeordneten Dr. Arendt verlangt eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke für das Abgeordnetenhaus. Aber man will nur die größten Wahlkreise teilen, so daß zum Beispiel die neun Berliner Abgeordneten in neun verschiedenen Wahlkreisen gewählt werden. Selbst wenn eine neue Einteilung erfolgt, sollen nach diesem Antrag für Großstädte nur geringe Vorteile herausbringen, hauptsächlich kommt es den Antragstellern darauf an, die großen Kreise zu teilen, um das Wahlgeschäft zu erleichtern. An dem plutokratischen Charakter des Wahlsystems soll nichts geändert werden. Weiter enthält der Antrag Arendt nur noch die Bestimmung der Wiederbestellung der gemeindefreien Bildung der Wahlbezirke. Dadurch würde es verhindert werden, daß auch in der ersten und zweiten Klasse Sozialdemokraten gewählt werden können. Es soll die Gefahr beseitigt werden, daß ein Sozialdemokrat aus eigener Kraft ein Mandat erringt. Gegenwärtig sind wir ja infolge der Drittelung in Bezirken in einigen Wahlkreisen so hoch gekommen, daß die Möglichkeit der Wahl eines Sozialdemokraten aus eigener Kraft nicht ausgeschlossen ist. Das will der Antrag Arendt verhindern. Ein freisinniger „Verbesserungs“-Antrag will die Proportionalwahl einführen, die bei der Steuerreform von 1903 abgelehnt ist. Er will eine anderweitige Bildung der Wahlbezirke und zwar nach der Bevölkerungszahl, weil die Liberalen sich selbst Vorteile davon versprechen. Endlich will auch dieser Antrag die Drittelung in Bezirken beseitigen. Es ist interessant, daß alle drei liberalen Parteien sich auf diesen Antrag geeinigt haben, er trägt die Interessen Hobergts, Hirschfelds, Brömel. Ich bin überzeugt, Barth würde ihn nicht unterschrieben haben. Diese Anträge zeigen, wie weit die freisinnigen Parteien heruntergekommen sind. (Sehr richtig!) Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben. Selbst unsere Mindestforderung, die Befreiung des Dreiklassen-Wahlsystems, ist nur zu erreichen, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, aus eigener Kraft eine Bewegung zu entfesseln, aus eigener Kraft politische Umstände zu benutzen, um auf die bürgerlichen Parteien und die Regierung einen Druck auszuüben, damit das gegenwärtige Wahlsystem vollständig beseitigt und durch ein System ersetzt wird, das unseren Anforderungen entspricht.

Was wir fordern, ist in der Resolution ausgesprochen. Wir richten unsere Forderungen an das Volk, nicht an die Regierung und nicht an die bürgerlichen Parteien, nicht an das preussische Abgeordnetenhaus oder seinen Zwillingbruder, das Herrenhaus, sondern an die große Masse der Entrechteten und Unterdrückten, denen ihr Wahlrecht in geradezu schändlicher Weise verkümmert und mit einer durch Heuchelei verbrämten Weise vorgelegt wird. Die Männer und Frauen Preußens sind es, an die wir uns zu wenden haben, damit sie in den Reihen der Sozialdemokratie für ein wirkliches Wahlrecht kämpfen. Wenn wir Forderungen an den heutigen Staat stellen, so haben wir diese Forderungen im vollsten Umfang nach Maßgabe unseres Programms zu gestalten, so weit sich das Programm verwirklichen läßt innerhalb der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Unsere wesentlichsten Forderungen, die hinausgehen über das, was der kapitalistische Staat bieten kann, vertreten wir auch überall, wir richten sie aber nicht an das heutige Staatsgebilde. Die Forderungen der Resolution, wenn sie auch weit hinausgehen in bezug auf das Wahlrecht über das, was in Deutschland üblich ist, sind irgend wo in der Welt verwirklicht, sie sind erfüllbar durch den heutigen preussischen Staat. Die meisten meiner Forderungen sind so selbstverständlich, daß ich kein Wort darüber zu verlieren brauche. Daß das preussische Herrenhaus, diese Mißgeburt, auf den Rechtschranken gehört, versteht sich von selbst. Auch über die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts brauche ich kein Wort zu verlieren. Nur in zwei Punkten gehen meine Forderungen über das bestehende Reichstags-Wahlrecht hinaus. Erstens verlange ich die Begrenzung des Wahlrechts nach unten auf das zwanzigste Lebensjahr, wie das ja auch unser allgemeines Programm verlangt. Leute, die, wie es im Proletariat überall der Fall ist, mit zwanzig Jahren sich ihren Lebensunterhalt erwerben, sind voll berechtigt, das Wahlrecht auszuüben. (Sehr richtig!) In anderer Hinsicht hat der preussische Staat für gewisse Leute den Befähigungsnachweis auf ein weit niedrigeres Lebensalter festgesetzt. Prinzen können bekanntlich vom 18. Lebensjahre ab das ganze Königreich Preußen regieren. Wie soll man sich diesen Widerspruch erklären? Glauben die Staatsweiber etwa, daß ein Mann, der das 18. Lebensjahr erreicht hat, deshalb schon König werde, weil es leichter ist, einen Staat zu regieren, als einen Wahlrechtszettel in die Urne zu werfen, oder glauben die Leute, daß durch ein Mirakel alle, die in Buzur geboren werden, ein Nebenmann von Intelligenz, Geist und Charakter in die Wiege hineingelegt bekommen? (Große Heiterkeit.) Es ist schon möglich, daß so etwas geglaubt wird, ja ich bin überzeugt, daß es in hohen Kreisen wirklich geglaubt wird! Aber es ist doch Unfug! Man braucht nur Fürstengalerien zu durchwandern, um sich vom Gegenteil zu überzeugen. Der Prozentsatz von Geisteskranken in fürstlichen Familien ist höher als anderweitig.

Wir fordern weiter, daß Männer und Frauen das Wahlrecht in gleicher Weise haben sollen. Preußen und Deutschland sind in bezug auf die Schätzung der Frau die rückständigsten Staaten der Welt. In keinem Kulturstaat, in keinem Parlament wäre es sonst möglich, daß ein Minister sich erlauben könnte, in öffentlicher Verhandlung ein politisch drangsalirtes Weib in solcher Weise zu beschimpfen, wie es bei uns geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Im Reichstage wäre ein Sturm der Entrüstung über einen solchen Menschen ausgebrochen, der seine Wirkung auch auf die anderen Anwesenden nicht verfehlt hätte. Im preussischen Landtag aber blieb alles still. Die Junfer haben geschwiegen, das Zentrum, die Nationalliberalen und auch die Freisinnigen haben auch nicht durch einen impulsiven Zuruf protestiert! Das Zentrum hätte sich doch an den Jurist, mit dem Walckstrem einmal Bismarck gegenüber trat, an jenes „Pfi“ erinnern können, das die einzige Ruhmestadt im Leben des Reichstags-Präsidenten gewesen ist, seitdem ist er in Untertänigkeit erfallen. (Heiterkeit und lebhaftige Zustimmung.)

Im parteigenössischen Kreise trifft man manchmal auf Anschauungen, daß es etwas unvorsichtig wäre, wollten wir den Frauen das Wahlrecht geben. Auf die jetzt wieder auftauchende Behauptung, daß die Frauen nicht bloß politisch rückständig, sondern im allgemeinen geistig niedriger stehend seien, als der Mann, brauche ich nicht einzugehen, denn ich glaube nicht, daß sie Parteigenossen aufstellen. Es ist nun zweifellos richtig, daß die deutsche Frau für das öffentliche Leben und die Betätigung dabei besonders rückständig ist, und nur gering ist die Zahl der Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft, die sich ins öffentliche Leben begeben haben, die sich bemühen, für größeres Frauenrecht zu kämpfen. Nicht einmal das allgemeine Wahlrecht wollen diese Frauenrechtlerinnen, sie wollen es nur für die reichen Frauen. Es mag zugegeben werden, daß zunächst, wenn die Frauen das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag erhalten, eine weit größere Anzahl von Proletarierinnen gegen als für uns stimmen wird, so daß wir auch eine Anzahl Sitze verlieren können. Aber selbst dann müßten wir ohne mit der Wimper zu zucken bei jeder Wahlrechtsforderung, die wir erheben, die Erteilung des Wahlrechts auch an die Frauen fordern. Genau so hat die Sozialdemokratie, als sie noch in den Kinderschuhen steckte, das allgemeine Wahlrecht für die Männer gefordert, obwohl sie wußte, daß es zunächst der Sozialdemokratie nicht zugute kommen würde. Ich habe aber die feste Ueberzeugung, daß das Wahlrecht in sehr kurzer Zeit seinen erzieherischen Einfluß auf die Frauen ausüben würde. Man braucht gar nicht auf Australien und einzelne Staaten Nordamerikas hinweisen, wo die Frauen daselbst Wahlrecht wie die Männer haben, es genügt, an das interessante Wort des Genossen Haase zu erinnern, der aus eigener Anschauung sagte, daß in Opreußen die Frauen der Landarbeiter weit tatkräftiger, opferwilliger, revolutionärer wären als die Männer. Auch in Italien spielen gerade die Frauen in der Landarbeiterbewegung eine hervorragende Rolle. Wo man auch nach Beweisen sucht, man findet sie dafür, daß die Frauen für das öffentliche Leben mindestens so begabt, so befähigt, so berechnigt wie die Männer sind. (Lebhafte Zustimmung.) Genossen, die anders denken, haben noch die Geschicklichkeit der historischen Entwicklung nicht abgestreift oder sie haben in alternativer Rube schätliche Erfahrungen mit den Frauen gemacht. (Heiterkeit und Zustimmung.) Es gibt auch Männer, die sehr rückständig sind. (Lebhafte Zustimmung.) Die Forderung des Frauenwahlrechtes weidet uns von allen bürgerlichen Parteien. Ueber die Forderung des Proportionalwahlrechtes brauche ich nicht zu sprechen, ich habe nur noch auf die Frage einzugehen, wie sind diese Forderungen alle zu erreichen. Sie sind nur zu erreichen durch unablässige Agitation in Wort und Schrift. Jede Gelegenheit muß ergriffen werden, um die Massen auszurufen durch unsere Agitation, die alle möglichen Formen annehmen kann. Wir haben das Parlament, die Volksversammlung und die Presse. Mandates geschieht schon jetzt, aber es kann noch mehr geschehen. Wir müssen jede Frage von Bedeutung, die im preussischen Abgeordnetenhaus aufsteht, dazu benutzen, um zu zeigen, welche Forderungen wir stellen. Ich erinnere an das Ansiedelungsgesetz, wo mit 450 Millionen, ein Korruptionsherd geschaffen wird, um verdrängten Junkern zu helfen. Ich weise kein Mittel zurück, um die Massen zu bewegen und zur Erregung zu verfehen.

Rum liegt ein Antrag vom Genossen Bernstein vor. Er verschönt zunächst die ursprüngliche Resolution durch eine Reihe von Kraftausdrücken und verlängert sie damit. Ich halte mich aber bei der Abfassung von Resolutionen an das Wort Luther: „Tret fest auf, tu's Paul auf, hör bald auf.“ Als ich mit dem Vorstand die Resolution ausarbeitete, habe ich sie so knapp als möglich gehalten. Jeder Wortschwall soll mich vom Uebel. Die von Bernstein vorgeschlagene Häufung von Ausdrücken wie „reaktionärer Widerstand“, „empörende Ungerechtigkeiten“, „Nachwerk einer brutalen Reaktion“, würde in der Resolution nur den Eindruck eines hysterischen Getreises machen und ist überflüssig. Bernstein meint in seinem Antrag weiter, die Abänderung des Wahlsystems solle zum Gegenstande einer besonderen Agitation gemacht werden. Diese Spezialisierung ist überflüssig und der Gedanke liegt in der Resolution schon ausgebrütet. Wenn man etwas in drei Worten sagen kann, braucht man nicht dreißig zu machen. (Sehr richtig!) Bernstein bildet sich vielleicht ein, und in radikaler Wucht zu übertrumpfen, tatsächlich aber stellt seine Spezialisierung eine Einschränkung dar. Wir müssen nicht nur den zufälligen Zeitpunkt, wo das preussische Abgeordnetenhaus sich herbeiläßt, das Wahlsystem zu besprechen, für unsere Agitation benutzen, nein, bei jeder wichtigen Frage müssen wir mit unserer Agitation bei den Massen einsehen.

Die Bernsteinsche Resolution hat noch einen Nachsatz, in dem bei solchen Anlässen in allen Großstädten und Industriezentren Massendemonstrationen größten Stils gegen die Massenwahlen und für das demokratische Wahlrecht veranstaltet werden sollen. In dieser Fassung läuft die ganze Sache auf einen Pleonasmus hinaus, denn Massendemonstrationen werden hier schon vorher gefordert; wie kommt man nun dazu, nochmals zu sagen, was in dem Vordersatz der Resolution bereits enthalten ist? Ich habe mir sagen lassen, daß in dem Bernsteinschen Antrage ursprünglich nicht Massendemonstrationen, sondern Straßendemonstrationen gemeint sind, dann aber ist dem Verfasser sein kühner Mut abhanden gekommen und es sind Massendemonstrationen daraus geworden. Wer aber so etwas fordern will, soll es gerade heraus sagen. (Bernstein: Worten Sie es doch erst ab!) Ich habe gar nichts gegen Straßendemonstrationen, wenn sie möglich und notwendig sind, wenn sie aus einer Situation herauswachsen, und bin auch bereit, mich daran zu beteiligen. Ich muß es aber ablehnen, dergleichen in einer Resolution, die für die Parteigenossen des ganzen Landes maßgebend sein soll, festzulegen. Das geht nicht, wir lehnen Straßendemonstrationen nicht ab, aber wir können sie nicht fordern. Straßendemonstrationen können begrenzt werden durch vorbeugende Eingriffe der Polizei, nur unter besonderen Umständen sind sie möglich. Wenn wir aber von vornherein proklamieren, das wird immer gemacht, dann werden die Verhältnisse sich so gestalten, daß wir sie nie machen. Daß die Genossen, die die Resolution stellen, vor dem Ausdruck Straßendemonstration zurückgebeugt sind, zeigt nur, daß sie sich bei dem Gedanken nicht wohl gefühlt haben. (Sehr richtig!) Rechnen Sie den Bernsteinschen Antrag ab und nehmen Sie die Resolution an, die im Kern alles sagt. Durch diese Resolution des Parteivorstandes werden Sie eine Bewegung im Lande entfesseln, die uns unserm Ziele näher bringt. Erst wenn die Sozialdemokratie die Führung in Deutschland übernimmt, wird Preußen in Deutschland und Deutschland in der Welt vorgehen! (Lebhafte Beifall.)

Die Weiterberatung wird auf Sonntagabend 9 Uhr vertagt. Schluß 1/4 Uhr. Berichtung. In dem Bericht über die Rede des Genossen Heine in der Sitzung des preussischen Parteitages vom 29. Dezember steht irrig „Verblöding“ statt, wie Heine gesagt hatte, Verblöding.

## Partei-Nachrichten.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: Der „Vorwärts“ teilt mit, daß seine Qualifizierung durch die „Leipziger Volkszeitung“ zunächst den Parteivorstand und die Berliner Pressekommission beschäftigen werde. Es kann wirklich nichts schaden, wenn sich die für den „Vorwärts“ verantwortlichen Partei-Instanzen mit den Leistungen des „Vorwärts“ als Zentralorgan befassen. Sich mit den Leistungen des „Vorwärts“ zu befassen, ist eine dauernde Pflicht der für den „Vorwärts“ verantwortlichen Partei-Instanzen. Gegen die Unterstellung, diese Pflicht bisher nicht erfüllt zu haben, die die Voraussetzungen der zitierten Notiz ist, brauchen wir unsere Aufsichtsinstanzen nicht in Schutz zu nehmen. Womit sie sich in dem vorliegenden Falle beschäftigen, sind, wie wir zur Richtigstellung bemerken, nicht die Leistungen des „Vorwärts“, sondern die Leistungen Mehrings in der „Leipziger Volkszeitung“.

Genosse Franz Morawski, der bisherige sozialdemokratische Reichstagskandidat für Kattowitz-Jabrze, verläßt am Neujahrstage das Gefängnis in Beuthen, in welchem er nahezu drei Jahre zugebracht hat. Anfang 1902 trat Morawski eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe wegen Preßvergehen an, die er sich als verantwortlicher Redakteur der polnisch-sozialdemokratischen „Gazeta Robotnicza“ zugezogen hatte. Bald darauf wurde Anklage gegen ihn wegen Verleumdung des Genossen Dr. Golde wegen angeblicher Aufreizung zum Klassenhaß erhoben. Das „Verbrechen“ sollte begangen sein durch den Verkauf eines polnischen Liederbuchs mit aufreizendem Inhalt. Beide Angeklagte bestritten, ein solches Buch verkauft zu haben, doch das Zeugnis des Käufers, eines gewissen Gufner, der nach-gewiesenermaßen dem Polizeirat Wädler Spitzeldienste geleistet hatte, genügt, um beide Angeklagte zu furchtbaren Strafen zu verurteilen. Genossin Golde wurde zu einem Jahre, Genosse Morawski zu der höchst zulässigen Strafe von zwei Jahren Gefängnis verurteilt und seinem wurde die mehrmonatliche Untersuchungshaft angerechnet. Und dabei war Morawski aus der Strafhaft in Untersuchungshaft überführt worden!

Die für einen gebildeten, freisinnigen Menschen zehnmal schreckliche Strafe traf den Sechszigen zugehenden alten Genossen Morawski um so schwerer, als seine Gesundheit schon durch früher ertragene jahrelange Gefängnisstrafe schwer gelitten hat. Er ist denn auch im Gefängnis wiederholt erkrankt. Rumme ist die furchtbare Lebenszeit endlich vorüber und Franz Morawski kehrt mit dem Anfang des neuen Jahres wieder in die Freiheit, in die Arme seiner schwergeprüften Familie und in den Kreis der Gefinnungsgenossen zurück. Am Abend des Neujahrstages wird der „entlassene Sträfling“ in einer in Kattowitz tagenden Volksversammlung von polnischen wie deutschen Parteigenossen herzlich begrüßt werden. Auch wir bringen dem tapferen alten Kämpfer für die große Sache des arbeitenden Volkes unseren brüderlichen Gruß entgegen, mit dem herzlichsten Wunsche, daß er die verderblichen Wirkungen des Kerkerlebens bald überwinden und noch lange Zeit mit neugewonnener Kraft treu und tapfer für die Sozialdemokratie kämpfen möge!

Dem Proletariat aber möge daraus ein neuer Ansporn entstehen, mit diesem System niederträchtiger Polizeiwirtschaft, je eher je besser, gründlich aufzuräumen.

Die Gemeindevahl-Erfolge der schwedischen Sozialdemokratie. Die Beteiligung der Arbeiter an den diesjährigen Kommunalwahlen ist lebhafter und inselgedessen auch erfolgreicher als in früheren Jahren. Abgesehen von den bereits gemeldeten Wahlerfolgen in verschiedenen Städten, ist dieser Tage je ein Sozialdemokrat in den Gemeinderat von Gese, von Nyfors bei Eskilstuna und von Walbo gewählt worden. Einen kommunalen Wahlsieg anderer Art haben die Arbeiter in Stromberga erzielt, indem sie sich in ausschlaggebender Mehrheit an den Wahlen zum Schulrat beteiligten.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Die Moral der preussischen Polizei.

Aus dem Reichsgericht wird vom 29. Dezember berichtet: Durch den Abdruck eines Artikels aus dem „Simplizissimus“ sollte der Redakteur des „Vollwille“, Friedrich Westmeyer in Hannover, die Polizeiverwaltung in Königsberg (Ostpr.) beleidigt haben. Es handelte sich um einen Artikel von Ludwig Thoma, in welchem erzählt wurde, wie irgend ein russischer Student, der auf die deutsche Freiheit vertraute, verhaftet und an Rußland ausgeliefert wurde, um wahrscheinlich nach Sibirien verbannt zu werden. Das Landgericht Hannover hat am 5. Juli den Angeklagten freigesprochen, weil in keiner Weise feststehe, daß der Artikel des Witzblattes sich auf ein wirkliches Geschehnis beziehe und daß der Umstand, daß von Kant und der Stadt der reinen Vernunft in dem Artikel die Rede sei, noch nicht beweise, daß der betreffende Beamte, der den russischen Studenten verraten habe, gerade ein Königsberger habe sein müssen. — Gegen das Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt. Sie wurde jedoch als gänzlich unbegründet heute vom Reichsgericht verworfen.

Bekanntlich hat Herr v. Hammerstein im preussischen Abgeordnetenhaus ausdrücklich zugegeben, daß mittellose russische Flüchtlinge zwar nicht formell ausgeliefert, aber an die russische Grenze transportiert werden, wo sie die Wahl haben, sich in die Lüste zu verflüchtigen oder sich den russischen Schergen zu ergeben. Die Königsberger Polizeiverwaltung aber gibt durch ihren Strafantrag zu erkennen, daß sie sich beschimpft, an ihrer Ehre verletzt und in der öffentlichen Achtung herabgewürdigt fühlt, wenn man ihre Handlungen zuträut, zu denen sich der Chef der preussischen Polizeiverwaltung bekennt. Das ist für die politische Moral der Königsberger Polizei schmeichelhafter als für Herrn v. Hammerstein, den obersten Chef dieser Behörde.

Interessant ist es, wie sich die Gerichte mit der unangenehmen Situation abgefunden haben. Indem sie entdeckten, daß es außer Königsberg auch noch andere Städte der reinen Vernunft gibt oder wenigstens geben kann, entgingen sie der Notwendigkeit, die politische Praxis des preussischen Polizeiministers als eine solche zu kennzeichnen, die ihn in der öffentlichen Achtung herabzusetzen geeignet ist.

## Aus Industrie und Handel.

### Jahresbericht der Berliner Handelskammer.

Mit anerkenntwerter Pünktlichkeit hat die Berliner Handelskammer diesmal zum Jahresabschluss den ersten Teil ihres Jahresberichts veröffentlicht, der eine ausführliche Uebersicht über den allgemeinen Geschäftsgang sowie einen eingehenden Sonderbericht über das Bank- und Vorkriegsgeschäft bietet. Die Spezialberichte über die wichtigsten Berliner Geschäftszweige sowie die statistischen Zusammenstellungen über den Handels- und Frachtverkehr, die der vorjährige Bericht enthielt, werden in einem zweiten Teil folgen, der, wie im vorigen Jahr der ganze Bericht, Ende Februar erscheinen soll. Da der Bericht vom preussischen Parteitag besondere Anforderungen an unseren Raum stellt, müssen wir uns heute auf zwei kurze Auszüge beschränken, werden aber morgen einige weitere folgen lassen.

Ueber die Entwicklung der Industrie und des Handels im Jahre 1904 führt die Handelskammer aus:

Der Aufschwung in Handel und Industrie, der im Beginn des Jahres 1903 eingeleitet und während dieses ganzen Jahres angehalten hatte, hat in dem Jahre 1904 weitere Fortschritte gemacht. Wenn auch nicht an allen Stellen des Wirtschaftslebens die Besserung in gleicher Weise zutage getreten ist, so kann hierdurch das allgemeine Urteil über das Berichtsjahr nicht beeinflusst werden. Selbst der russisch-japanische Krieg, dessen Ausbruch die Verkehrsverhältnisse fast ganz ununterbrochen traf, hat die aufsteigende Tendenz des Wirtschaftslebens kaum zu beeinträchtigen vermocht. Zwar wurde der Handel mit Rußland erschwert und für manche Gewerbebezüge wesentlich vermindert; auch hatte die Erschütterung der Kreditverhältnisse in Aus-



land manche Verluste im Gefolge. Aber der Bedarf der Kriegsführenden Staaten hat doch auf anderen Gebieten lebend auf das Geschäft gewirkt, so daß im wesentlichen ein Ausgleich der schädigenden und fördernden Kräfte stattgefunden hat.

Allerdings hat sich der Fortschritt im Jahre 1904 nicht in derselben Weise vollzogen, wie im Vorjahre. Während in letzterem ein regelmäßiges Aufsteigen bis zum Jahreschlusse beobachtet werden konnte, muß, gestützt auf vielfache Mitteilungen aus den beteiligten Kreisen, behauptet werden, daß im dritten Quartal des Berichtsjahres ein Höhepunkt überschritten wurde, dem im letzten Quartal eine Abwärtsbewegung des Geschäftsganges folgte. Es läßt sich zurzeit noch nicht erkennen, auf welche Gründe diese Abwärtsbewegung zurückzuführen ist. Möglich ist es, daß die Dürre des Sommers, die die Flußschifffahrt zum Teil lahmlegte, daß größere Arbeitsniederlegungen, welche die Industrie in der zweiten Hälfte des Jahres beunruhigten, oder andere Ursachen ähnlicher Art wirksam gewesen sind. Möglich ist aber auch, daß mit Rücksicht auf die günstigen Aussichten der Geschäftsentwicklung der voranschreitende Bedarf früher und in reichlicherem Maße gedeckt worden ist, so daß Nachbestellungen ausblieben, und daß eine ungünstige Gestaltung des Auslandsmarktes gegen den Jahreschlusse die Nachfrage beeinträchtigte. Überwiegend wird sich erst in einem Zeitpunkte feststellen lassen, der von dem Jahreschlusse genügend weit entfernt ist, um einen Ueberblick über die Gesamtheit des Wirtschaftsjahres und über die für die Gestaltung desselben maßgebend gewordenen Momente zu ermöglichen.

Auch der Bericht über das Vorjahr 1904 konstatiert einen guten Geschäftsgang. Der Geldmarkt funktionierte regelmäßig und, ausgenommen eine kurze Periode der Geldknappheit im Oktober, durchweg zu billigen Prozentsätzen. Interessant ist aber, daß die Handelskammer ebenfalls die Ansicht vertritt, der wir hier wiederholt Ausdruck gegeben haben, die Kurse hätten eine derartige Höhe erreicht, daß bereits in ihnen die günstigere Situation der Industrie überreichlich eskomptiert sei. Die Handelskammer erklärt nämlich: „Es erscheint unbestreitbar, daß in den gegenwärtigen Kursen die allgemein befriedigende wirtschaftliche Lage voll zum Ausdruck gelangt; es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß dieselbe zu einem guten Teil auf die Deckung der durch den Krieg hervorgerufenen Bedürfnisse zurückzuführen ist, und daß die Hoffnung auf eine fernere günstige Entwicklung wesentlich auch darauf gestützt wird, daß nach Beendigung des russisch-japanischen Krieges in der Wiederherstellung dessen, was er zerstört hat, und in den alsdann vorzunehmenden Ergänzungen und Reuanfassungen unsere Industrie ausreichende und gewinnbringende Arbeit finden wird. Ob diese Hoffnung in vollem Umfange berechtigt ist, kann erst die Zukunft lehren; es sollte indes nicht übersehen werden, daß inzwischen unsere Betriebe fast sämtlich mehr oder weniger umfassende Erweiterungen erfahren haben, und daß sie deshalb allgemein auf eine große Nachfrage rechnen müssen, bei deren Befriedigung sie auf dem Weltmarkt leicht den amerikanischen oder englischen Wettbewerber begegnen könnten; es sollte ferner nicht vergessen werden, daß die wichtigsten Handelsverträge — auf das Zustandekommen des österreichischen wird noch gerechnet — zwar abgeschlossen sind, ihr Inhalt und der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens aber nicht bekannt, und der für Handel und Industrie daraus sich ergebende Einfluß noch nicht zu berechnen ist; endlich sollte die englische Schutzkloberbewegung nicht aus dem Auge verloren werden.“

**Der Berliner Bau- und Grundstücksmarkt im Jahre 1904.** Das Hypotheken- und Grundstücksgeschäft hat im abgelaufenen Jahr die hochgepannten Erwartungen, die in den beteiligten Kreisen zu Beginn des Jahres ausgetauscht, fast noch übertraffen. Die Umsätze aller Arten von bebauten Grundstücken wie von unbebauten Terrains waren so zahlreich, wie nie bisher und ebenso gestiegene sich der Hypothekenserverkehr außerst lebhaft. Der von der Firma Emil Salomon herausgegebene Jahresbericht über den Grundstücks- und Hypothekensmarkt erklärt denn auch, daß im Laufe des Jahres 1904 das Grundstücksgeschäft zur „höchsten Blüte“ gediehen sei: „Die Umwandlung der inneren Stadtviertel Berlins“, heißt es, „hat im verfloffenen Jahr wieder große Fortschritte gemacht. Die Anzahl der kleineren und selbst mittleren Bebauungsobjekte in den guten alten Stadtbezirken Berlins ist wieder eine bedeutend geringere geworden, so daß die Privatkapitalisten sich veranlaßt sahen, sich mit den Grundstücksverhältnissen in den Vororten immer mehr vertraut zu machen, und dort geeignete hypothekarische Anlagen zu suchen. Die Grundstücksbesitzer in den Vororten waren denn auch mit ihrem Kapitalbedürfnis nicht mehr in dem Maße auf die Darlehensinstitute angewiesen, wie in den früheren Jahren, sondern erhielten vielfach unter künftigen Bedingungen Privatkapitalien zur ersten und auch zur zweiten Stelle auf ihre Grundstücke. Da auch im Laufe des Jahres sich das Geschäft an der Börse und in vielen Warenbranchen recht lebhaft entwickelte, da ferner die Vortätigkeit eines ganz enormen Umfangs angenommen hatte, so daß auch von diesen Seiten große Ansprüche an den Geldmarkt gestellt wurden, so konnte auf dem Hypothekensmarkt eine Reduzierung der Zinssätze nicht erzielt werden, und diese blieben bei ganz geringen Schwankungen dieselben wie im Jahre 1903. Für erstellte Bebauungen bis zur Hälfte des Grundstückswertes wurde in guten Stadtbezirken Geld selbst in Posten bis ca. 400 000 M. a 8/10 Proz. p. a. gegeben. Für andere gute erste Stellen, sofern sie sich zur Anlage für Privatkapitalisten eigneten, war Geld zu a 8/10—4 Prozent Zinsen reichlich zu haben. Die Darlehensinstitute schloßen Bebauungen zu 4—4 1/2—4 1/4 Proz. Zinsen, in den Vororten zu 4 1/2—4 1/4 Proz. Zinsen, bei einer Abschlußprovision von 1/2—1 Proz. der Darlehenssumme, ab. . . . . Waugelder waren in den ersten drei Quartalen des Jahres leicht zu 4 1/2—5 Proz. Zinsen zu haben. Nachdem der Bankdiskont aber auf 5 Proz. gestiegen war, beanspruchten einzelne Institute auch eine Verzinsung der Waugelder pro Anno. Die Bautätigkeit, welche im Jahre 1903 schon eine sehr rege war, nahm im Jahre 1904 einen kolossalen Umfang an. Sowohl die Verläufe von Arbeitsgrundstücken in den älteren Stadtteilen, als auch der Abzug von Baustellen in den Vororten der Stadt Berlin nahmen eine wohl seit Jahrzehnten nicht dagewesene Ausdehnung an, so daß auch das Waugelder-Geschäft außerordentlich lebhaft war.“

Auch die Terrainspekulation zeigte sich, wie weiter ausgeführt wird, im Jahre 1904 sehr unternehmungslustig. Es bildeten sich zahlreiche neue größere und kleinere Terrains- und Waugelder-Geschäfte. Große Terrainsummen sind erzielt worden am Kurfürstendamm, in der Kaiser-Allee, Frankfurter Allee, in Lichtenberg, in Reinickendorf. Ganz besonders erwähnenswert sind die Verkäufe eines 8000 Quadratrudder Terrains der Neu-Westend-Terraingesellschaft, eines 800 Quadratrudder großen Terrains an der Sigmaringen- und Gänzelstraße, eines sehr großen Terrains an der Hoch- und Christianiastraße, und der Kiefenkomplexe an der Adersstraße, in Lichtenberg, im Berliner neuen Hansaviertel und zwischen Prenzlauer Allee und Gieselerstraße.

Zur Lage der niederrheinischen Seidenfabrikation wird uns aus Kreisfeld geschrieben:

Seit mehreren Jahren konnte man von einer guten Konjunktur in der Seidenstoffindustrie nicht mehr reden. Die Mode hat sich von den Gewöben aus Seide abgewandt, hier es in den beteiligten Kreisen. Die Weber, soweit sie in diesem Teil der Textilindustrie beschäftigt sind, litten unter stetigem Arbeitsmangel. Jetzt, in den letzten Monaten, ist wieder ein Aufschwung zu verzeichnen, doch wird über die schlechten Preise geklagt, die die Händler zahlen. Gleichzeitig heißt es in den Kreisen der Seidenindustriellen, daß der Schwerpunkt des Seidenhandels, der bisher in Europa lag, jetzt in Ostasien zu suchen ist. Die Einfuhr von japanischen, indischen und chinesischen Geweben steigere sich von Jahr zu Jahr. Diese Klagen sind zwar richtig, haben aber ihre Ursache darin, daß mit der europäischen Seide ein großer Schwundel getrieben wird. Schon lange Jahre wird über die Unsolidität der Seidenstoffe in den Kreisen der Konsumenten geklagt, das Publikum will deshalb keine Seidenwaren kaufen, weil für die Haltbarkeit nicht garantiert wird und nicht garantiert werden kann. Die Seidenstoff-Fabrikanten greifen nämlich zu immer beträchtlicheren „Erleichterungen“

der Seide. Wenn Rohseide, um dieselbe zu verarbeiten zu können, abgekocht wird, verliert sie 25 Prozent ihres Gewichtes. Um nun die Seide wieder auf ihr früheres Gewicht zu bringen, wird den Farbstoffen eine Mischung von Chemikalien und Metallsalzen beigelegt. Das nennt man „erleichtern“. Nicht selten wird in einer solchen Weise „erleichtert“, daß auf 80 Teile Seide 140 Teile Erleichterungstoffe kommen. Der betreffende „Seidenstoff“ besteht also zum größten Teil aus Chemikalien und Metallsalzen, der Rest ist Seide. Doch ein solcher Stoff nicht haltbar ist, wird wohl jedem Laien einleuchtend, freisen doch die Metallsalze die Seide total durch. Es ist also nicht allein die Mode, die bei dem Bedarf an Seidenstoffen eine Rolle spielt, sondern das Vertrauen des Publikums zu europäischen Seidenwaren ist geschwunden. Die Gewebe, welche aus Ostasien eingeführt werden, sind gänzlich unerschwert, und Fachleute behaupten, daß diese dünneren Stoffe nicht so leicht eingang finden würden, wenn die europäischen Fabrikanten durch Eingangssteuer der hoch erschwertem unsoliden Gewebe der Einfuhr nicht in die Hände gearbeitet hätten.

Jetzt aber ist die Sache soweit gediehen, daß es auf dem betretenen Wege nicht weiter gehen kann. Verschiedene Großkaufleute haben Schadenschätzungen aufgestellt, doch werden diese damit wohl kaum durchkommen, weil sie wüßten, daß für die Preise, die sie bezahlt haben, keine gute Ware zu erhalten ist. Von mehreren Fabrikanten geht nun die Anregung aus, eine Vereinbarung zwischen Seidenfabrikanten und -Fabrikanten abzuschließen, daß über einen bestimmten Prozentsatz hinaus nicht erschwert werden darf. Ob eine solche Vereinbarung zustande kommt, ist fraglich, man sieht aber an dem ganzen Treiben, wohin eine früher blühende Industrie durch die Profiteure gekommen ist.

Die neue russische Anleihe ist bereits abgeschlossen. Das Volkliche Telegraphen-Bureau meldet: „Die in den letzten Tagen geführten Verhandlungen betreffend eine neue russische Anleihe haben nunmehr zu einem definitiven Abschluß geführt. Die kaiserlich russische Regierung schreitet zur Ausgabe einer 4-prozentigen Anleihe im Betrage von 500 000 000 M. gleich 231 500 000 Rubel, die auch auf holländische Gulden und Pfund Sterling lautet. Die Verlosung, Kündigung oder Konvertierung seitens der russischen Regierung ist auf 12 Jahre ausgeschlossen. Das Uebernahmehonorarium unter Führung von Mendelssohn u. Co. in Berlin besteht aus folgenden Bankhäusern und Bankinstituten: Mendelssohn u. Co., S. Bleichröder, Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Berliner Handels-Gesellschaft in Berlin, Stippmann Rosenthal u. Co. in Amsterdam, St. Petersburg Internationaler Handelsbank, St. Petersburg Diskontobank, Russische Bank für auswärtigen Handel, Wolga-Kaspi-Kommerzbank, Russisch-Chinesische Bank in Petersburg, Mosauer Kaufmannsbank in Moskau.“

Und in einem zweiten, zur Stimmungsprobe bestimmten Telegramm heißt es: „Mit Bezug auf die soeben abgeschlossene 4-prozentige russische Anleihe ist noch zu erwähnen, daß es sich dabei um einen ganz neuartigen Typus handelt. Die Regierung hat auf das Recht verzichtet, Kündigungen oder Verlosungen bis 1917 vorzunehmen, es wird aber den Besitzern der Obligationen der neuen Anleihe die Fakultät eingeräumt, ihrerseits nach ihrem Belieben am 1. Januar 1911, also sechs Jahre nach Ausgabe der Anleihe, ihre Titres zur Pari-Rückzahlung zu kündigen, und es erfolgt dann die Rückzahlung sechs Monate später. Das neue Papier wird also den Charakter einer langfristigen Anleihe haben, aber den Besitzern neben den Vorteilen einer solchen zugleich auch diejenigen von Schatzscheinen mit kurzer Laufzeit bieten. Da sich der Emissionskurs unter Pari stellen dürfte, erwächst für die Inhaber, falls sie zur Zeit kündigen, ein Gewinn am Kurse, durch welchen der Zinsgenutz sich für diejenigen Besitzer, welche das Papier zum Zwecke einer Anlage auf sechs Jahre, also wie Schatzscheine erwerben, erhöht. Von den zur Ausgabe gelangenden 500 Millionen Mark soll ein Teilbetrag von 24 Millionen Mark demnach in Rußland, Deutschland und Holland zur Subscription aufgelegt werden.“

Diese Form ist jedenfalls nur gewählt worden, um dem Publikum die Anleihe schmackhafter zu machen. Es wird dadurch in das Belieben der Käufer gestellt, dann, wenn sich nach ihrer Ansicht in den nächsten sechs Jahren die Finanzlage Rußlands verschlechtert, Rückzahlung ihrer Papiere zum Pari-Kurs zu verlangen. Durch diesen kleinen Vorteil denkt man die Kapitalisten zum Kaufen heranzuziehen. Ob es helfen wird, muß abgewartet werden. Es wird das zu einem großen Teil von dem Emissionskurs abhängen, über den noch nichts Bestimmtes verlautet. An der Börse wurde er heute auf 95—97 Proz. gekürzt, der Uebernahmehonorarium auf 91—92 Proz. Wenn der Emissionskurs niedrig ist, werden sich natürlich trotz aller Bedenken die Käufer finden, denn der Gewinn lockt. Mit der Stimmungsprobe für die Anleihe beginnt der „Börse-Courier“ bereits. Er bringt circa drei Spalten über Rußlands wirtschaftliche Lage. Zunächst gibt er halb wohlwiegend zu, daß ja das russische Regierungssystem manche Mängel habe; aber, so wird dann behauptet, in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung stehe Rußland gefestigt da. Trotzdem aber dürfte die pessimistische Beurteilung“, heißt es in dem Artikel, „welche die russischen Verhältnisse gegenwärtig in einer Anzahl öffentlicher Organe Deutschlands finden und welche meist auf politische Gegenwärtigkeit zurückzuführen ist, keineswegs berechtigt sein. Dies gilt ganz besonders in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung. Man darf nicht vergessen, daß die russische Finanzlage seit dem Ende der achtziger Jahre trotz verschiedener Mängel, die in diese Periode gefallen sind, und der wirtschaftlichen Depression in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts eine außerordentlich bedeutende Besserung erfahren hat. Alle russischen Budgets in diesem Zeitraum haben bedeutende Ueberschüsse ergeben, welche die Mittel für eine unbesessene Bautätigkeit, namentlich auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, lieferten. So ist die große sibirische Eisenbahn gänzlich aus den Ueberschüssen gebaut worden, ohne daß dafür eine Anleihe aufgenommen wurde. Daneben konnte der Staatsschatz beträchtliche Mittel anammeln, deren Vorhandensein dem Lande nach dem Ausbruch des Krieges sehr zufließen gekommen ist. Diese Besserung im Verein mit der Anlehnung Rußlands an Frankreich hatte auch eine außerordentliche Stärkung des russischen Staatskredits zur Folge.“

## Soziales.

### Ober-Verwaltungsgericht gegen Kammergericht.

(Eine Zwischmühle für Schauspieler und Darbietende von öffentlichen Lustbarkeiten niederen Ranges.)

Im § 33 b der Gewerbe-Ordnung wird bestimmt: „Wer gewerbsmäßig Aufstufungen, Schauspielen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei obwaltet, von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen darbieten will, bedarf der vorgängigen Erlaubnis der Ortspolizeibehörde.“ Wir berichteten seinerzeit, daß das Kammergericht, im Gegensatz zur Praxis des Ober-Verwaltungsgerichts, zu den öffentlichen Plätzen im Sinne des § 33 b auch umzäunte Privatgrundstücke rechnete, wenn nur jedermann Zutritt habe, und daß es den damals angeklagten Schauspieler wegen Nicht-einholens der Erlaubnis verurteilte. Jetzt hat nun das Ober-Verwaltungsgericht Gelegenheit gehabt, seinerseits zu der neuen Praxis des Kammergerichts, welches sich auf die Entscheidungsgeschichte des § 33 b der Gewerbe-Ordnung bezogen hatte, Stellung zu nehmen. Der Schauspieler bestritt, daß in der Straße, im Norden Berlins, auf einem Privatgrundstück verschiedene Lustbarkeiten bieten: Dampfkarussell, Musikfahrt, Theater lebender Photographien. Das Grundstück ist eingezäunt und es führt ein langer Gang zu ihm. B. steht ohne Genehmigung des Dampfkarussell in Betrieb. Eine Verfügung des Polizeipräsidenten, die ihm dies untersagte, wurde auf B's Klage vom Bezirksauschuss aufgehoben.

Das Polizeipräsidium legte Berufung beim Ober-Verwaltungsgericht ein und berief sich auf die erwähnte Entscheidung des Kammergerichts. Der Gegenstand in der Rechtssprechung zwischen Kammergericht und Ober-Verwaltungsgericht brachte die Polizei in

Verlegenheit. Einerseits könne sie Bestrafungen wegen Uebertretung des § 33 b auch dann erzielen, wenn es sich um private und eingezäunte Grundstücke handle, auf der anderen Seite aber sage das Verwaltungsgericht der Polizei, daß die Veranstaltung von Lustbarkeiten im Sinne des § 33 b bei Benutzung von Privatgrundstücken von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig sei. Das Polizeipräsidium schloß sich der Auffassung des Kammergerichts an. Ursprünglich habe im Entwurf der Novelle zur Gewerbe-Ordnung vom 1. Juli 1883 im § 33 b hinter Plätzen noch gestanden: „oder an anderen öffentlichen Orten“. Das sei zwar gestrichen worden, die Verhandlungen im Parlament, auf die hin es geschah, hätten aber nur eine Ausnahme für Gastwirtschaften im Auge gehabt. Hieraus berufe sich auch das Kammergericht.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies aber die Berufung des Polizeipräsidenten ab und blieb bei seinem Standpunkt, daß § 33 b nur auf rechtlich öffentliche Plätze und nicht auf Privatgrundstücke mit tatsächlicher öffentlicher Verkehr bezogen werden könne. Begründet wurden noch folgende wichtigen Ausführungen gemacht: Selbst wenn in den Verhandlungen bei Entstehung des § 33 b nur gemeint worden wäre, daß die Wirtschaften ausgenommen werden sollten, so sei man tatsächlich doch weiter gegangen, indem man die Worte: „oder an anderen öffentlichen Orten“ ganz gestrichen habe. Es sei nun unmöglich, daß der Richter durch Auslegung wieder herstelle, was der Gesetzgeber gestrichen habe. (Der Senat des Kammergerichts brachte diese „Unmöglichkeit“ fertig. Der Berichterstatter.) Aber auch durch Polizeigewerbe-Ordnung könne § 33 b nicht ergänzt werden. Für Berlin bestünde die Verordnung vom 10. Juni 1881, wonach für alle öffentlichen Lustbarkeiten eine Genehmigung erforderlich sei. Solche Bestimmung sei nicht statthaft gegenüber der Gewerbe-Ordnung. Landbesitzliche Plätze könne so etwas nicht gemacht werden, denn diese Polizeigewerbe-Ordnung betreffe ja nicht die Ausübung des Gewerbes, sondern die Genehmigungspflicht, d. h. ein Moment der Zulassung zum Gewerbe. Die Gewerbe-Ordnung aber Bestimmung in ihrem § 1, daß der Betrieb eines Gewerbes jedermann gestattet sei, soweit nicht durch die Gewerbe-Ordnung Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen seien. — Nach der Auslegung des Ober-Verwaltungsgerichts sei die Genehmigung gemäß § 33 b nicht erforderlich für Veranstaltungen auf privaten Grundstücken.

Auf Veranstaltung von Lustbarkeiten im Umherziehen bezieht sich dies Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts nicht, denn für diese kommt § 60a der Gewerbe-Ordnung in Betracht, in dem noch die Worte: „oder an anderen öffentlichen Orten“ stehen geblieben sind.

Bei den Kaufmannswahlen in Elberfeld übten von 1871 eingezzeichneten Geschäftsmännern 840 ihr Wahlrecht aus. Es waren 20 Weiber zu wählen. Davon fielen auf die soziale Kommission (10 kaufmännische Vereine) 9, auf den Deutschnationalen Verband 9 und auf den Zentralverband in Gemeinschaft mit dem Lagerhalterverbände 2.

## Theater.

Neues königliches Opernhaus. Die Herzmarke. Drama in vier Akten von Philipp Langmann. Seit dem Jahre 1867, in dem das Lessing-Theater Langmanns dramatisches Jugendwerk „Partel Turaxer“ zur Aufführung brachte, ist der Autor erst jetzt wieder auf einer der Berliner Bühnen erschienen. Daß es die Direktion des königlichen Schauspielhauses, dieses in der Auswahl der Rollen so kühnlich rücksichtslos, durch allerhand Sonder-rücksichten eingengten Theaters war, die sich der „Herzmarke“ angenommen, erschien freilich von vornherein als ein bedenkliches Zeichen. Aber die Aufführung übertraf noch die Erwartungen. Es war ein unerfreuliches Wiedersehen. Der Abstand zwischen diesem und dem Jugendwerke schien noch größer als der von E. Rodmers „Johannas Dertner“ und der „Dammern“, mit der sie so verheißungsvoll im Drama debütierte. In dem „Dertner“ gab es wenigstens noch die Szenen des ersten Aktes, die an die einstige Kunst und Kraft erinnerten, hier fehlt fast jeder Nachhall. „Turaxer“, das Stück, das bei den älteren Mitgliedern der „Freien Volkshöhe“ noch in gutem Andenken steht, war eine Tat, das beste proletarische Drama nach den „Webern“, dabei nach Auffassung, nach Bau und Szenenführung durchaus selbständig gegenüber dem sogenannten unpersonlichen genialen Kostengemälde Hauptmanns. In Langmanns Schauspiel wuchs aus dem Hintergrunde höchst lebendiger Milieuschilderung ein Einzelfeld, das die zerstreuten Einbrüche zu echt dramatischer Einheit zusammenschloß, heraus. So plastisch wie er den Streit der hungernden Arbeiter, so plastisch hatte der Dichter den Konflikt in Turaxers Seele gezeichnet: die Versuchung zum Verrat an den Kameraden, das Widerstreben, den Fall, Scham, Schuldgefühl und nach des Kindes Tod die erlösende Sühne. Typisches und Individuelles durchdrang einander auf innigste. Ich wüßte, von einigen Dramen Hofens, vielleicht auch von Hauptmanns „Weber“ abgesehen, kaum ein Werk in der neueren dramatischen Literatur, das so spezifisch tragisch wirkt wie dieses. In den späteren Produktionen ist keine Spur mehr von solchen sicheren Kunstinstinkten. Die Darstellung schlägt um in eine grob vollstündmähige Manier, und die Moral, im „Turaxer“ organisch, gleichsam naturwüchsig mit der Handlung verbunden, und darum selbst ein steigendes Moment des poetischen Eindrucks, wird trocken, lehrhaft und absichtlich.

Wie im „Turaxer“, ist in dem neuen Drama der plötzliche Tod eines Sohnes ein die innere Umkehr des Vaters wesentlich mitbestimmendes Motiv. Aber man vergleiche daraufhin in beiden Stücken die künstlerische Behandlung, und man hat in diesem einen Unterschied zugleich den Unterschied des ganzen Genres vor sich. Der Tod, dort in den Gang der Handlung sinnvoll eingeflochten, ist hier ein plumper Zufall, melodramatisch-traffer Bühneneffekt; die Wirkung auf den Vater, dort so intim ergreifend, läßt hier teilnahmslos; die Sühne, dort Notwendigkeit, erscheint hier als ein mühsam angelegter Einfall zu Ehren moralisierender Tendenz.

„Herzmarke“ — der Titel macht bereits diskret auf die Bedeutung des Herzens aufmerksam — heißt die große Kaffeebrennerei eines Städtchens, deren sich der Held des Stückes, ein ebenso energischer wie, in den ersten beiden Akten, herzloser Gewerbeindustrieller, Herr Dieterlin, zu bemächtigen sucht. Derlos ist seine Frau, herzlos die Tochter, die bei Gelegenheit eines Heiratsantrages sich des längeren über ihre Eigenschaften äußert, herzlos die Best-papiere anhäufende Mutter Dieterlins; nur der Sohn hat Sinn für Höflichkeit, für Natur und Liebe, und möchte die hübsche Tochter eines Dieners heiraten. Lauter langweilig schematische Gestalten, die mit einer merkwürdig unbeholfenen Technik auf der Bühne hin- und hergeschoben werden. Dieterlin, der Gewaltmensch, verlangt um „Herzmarke“-Aktien zu kaufen, von der Mutter Best-papiere zur Verpfändung und reißt ihr, als sie ihn ängstlich-geizig abweicht, den Rassetienschlüssel weg, worauf die Alte im Herzkrampf auf das Sofa sinkt und stirbt. Erste Erschütterung. Im dritten Akt, gepiegt von Bewußtseinsbissen und im Gefühl kalter Einsamkeit, sucht Dieterlin bei seinem Sohne Trost, glücklich, nach langen Jahren einmal einen Menschen in seine Arme schließen zu dürfen, sich geliebt zu glauben. Bei aller muntererlaufender Theatralik ist dies die beste Szene des Stückes. Erasmus wird von dem Vater in sein neu erobertes Reich, in die große Fabrik gefandt. Ein Schrei, die Transmmission hat ihn erschaut und getötet. Zweite Erschütterung. Dieterlin, nun auch von Frau und Tochter verlassen, fühlt sich vernichtet und gestraft. Das Anglud kann kein Zufall sein! Da erscheint eine edle Jugendfreundin, die er um des Geldes willen im Stücke lieb. Sie wird ihm helfend zur Seite stehen, wenn er für — andere sorgen lernt, wenn er die Arbeiterkassen des Städtchens an dem Genuß beteiligt!

Das farblose Grau des Stückes erhielt auch durch die Ausführung, an der erste Kräfte des Schauspielhauses mitwirkten, keine frischere Farbe. Bei der elenden Kunst des Aroll-Theaters waren die größtenteils leise geflüsterten Dialoge freidenklich ganz unverständlich. Gegenüber dem gefälschten Premieren-Plaus demonstrierte das gelangweilte Publikum, besonders nach dem zweiten Akte, durch energisches Wischen. —



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Achtung! Am Sonntag, den 22. Januar 1905, erscheint die nächste Lokalliste.

Am Sonntag, den 8. Januar 1905, veranstaltet der Theater- und Vergnügungsverein „Paloma“ im Ostbahnhof-Restaurant, Küstriner Platz, ein Vergnügen. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses Lokal nicht mit auf der Liste steht, infolgedessen ist das Vergnügen streng zu meiden.

Das Personal und die Angestellten der Auer-Gesellschaft, Alte Jakobstr. 139/143, haben zum Sonnabend, den 14. Januar 1905, in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112, einen Maschenball arrangiert. Wir erwarten von den organisierten Arbeitern daselbst, daß sie an dem Vergnügen nicht teilnehmen, da das Lokal „Tonhalle“ der Arbeiterschaft zu Versammlungen etc. nicht zur Verfügung steht.

Die Lokalkommission.

Vierter Berliner Reichstags-Wahlkreis Ost. Dienstag, den 3. Januar, findet im „Elytium“, Landsberger Allee 40/41, eine Versammlung des Wahlvereins statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hugo Böyich. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Vierter Berliner Reichstags-Wahlkreis Südosten. Sonntag nachmittags 5 Uhr: Versammlung mit Frauen. Nachher: Gemütliches Zusammensein mit Tanz. Um zahlreiche Beteiligung ersuchen Die Vertrauensleute.

Lokales.

Silvester.

Des Jahres letzte Stunde! Wenn sie am Silvesterabend nach altem Brauch verabschiedet wird, möchte mancher fast glauben, daß sie allen Verdruß und alles Leid des zu Ende gehenden Jahres mit sich hinwegnehmen solle. In diesem Gedankenkreis ungeführt bewegt sich auch manche der mehr oder weniger ernsthaft gemeinten Reden, Ansprachen und Beglückwünschungen, die im Familienkreise oder in öffentlichen Lokalen an jeder Silvester-Tafelrunde der 12 Uhr-Glockenschlag auszulösen pflegt.

Trauen auf der Straße ist man ehrlicher. Hier macht man sich und anderen kein Hehl daraus, daß die Jahreswende nicht als ein Anlaß genommen wird, sentimentalen Anwandlungen nachzugeben. Hier tut niemand so, als ob mit dem 12 Uhr-Glockenschlag des Silvesterabends „sich alles, alles wenden“ müsse. Der laute Krubel, mit dem sie da unten des Jahres letzte Stunde hinausschreien, läßt deutlich genug erkennen, daß man lediglich sich amüsieren will. Das Antreiben von Zylinderhüten, das Unter den Linden und in der Friedrichstraße trotz aller polizeilichen Warnungen und gerichtlichen Abstrafungen zu den selbstverständlichen Silvesterfreuden gerechnet wird, bildet einen drastischen Gegenstoß zu dem feierlichen oder gar frommen Ernst, mit dem sie oben hinter den erleuchteten Fenstern das scheidende Jahr hinauskomplimentieren. Und das mitternächtliche Blodengeläut, das gegen den wüsten Lärm anzufämpfen vergeblich sich müht, könnte einem glaubenstreuen Christen als Kirchenschändung und Gotteslästerung erscheinen, wenn es nicht eben der zu neuem Leben erwachte „sinnliche Sinn“ unserer modernen Zeit wäre, der den Berliner diese wunderliche Silvesterabend-Bugabe beschert hat.

In den äußeren Stadtteilen Berlins, wo die Arbeiterbevölkerung wohnt, pflegt die Silvesterfeier nicht ganz so zu verlaufen. Gewiß, auch in den Arbeitervierteln sieht man am Silvester beisammen, um gemeinsam das alte Jahr zu verabschieden — nebenbei bemerkt: nicht bei Wein und Busch, sondern bei minder noblen Getränken. Auch in den Arbeitervierteln läuft mancher beim 12 Uhr-Glockenschlag auf die Straße hinaus, um mit seiner Lunge Kraft das neue Jahr zu begrüßen. Im großen ganzen aber geht es hier doch weniger ausgelassen zu. Vor allem wird hier — verständlicherweise! — von der Brüllfreiheit des Silvesterkrummels nicht so ausgiebig Gebrauch gemacht, wie im Linden-Viertel, wo die Jugend der „besseren Stände“ mit den aus allen Stadtteilen zusammen-gelaufenen „Ludewigs“ um die Wette brüllt.

Wo in den Arbeitervierteln im Familienkreise oder in öffentlichen Lokalen Silvester gefeiert wird, da pflegt man auch nicht so zu tun, wie wenn durch den 12 Uhr-Glockenschlag alles Widrige, was das scheidende Jahr uns brachte, hinweggezaubert würde. Wir wissen, daß wir manchen Verdruß und manches Leid aus dem alten Jahr in das neue mit hinübernehmen müssen. Aber wir wissen auch das, daß wir zugleich mit hinübernehmen werden allen Mut und alle Freudigkeit zu neuem Kampf um den alten Siegespreis, zu neuem Streben nach dem alten Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse.

Die „Technische Mittelschule“.

Die vom Magistrat mit einem Kostenaufwand von rund einer Million Mark auf dem Wedding, in der Wälderstraße 146, in Kürze errichtet werden wird, ist bei der großen Bedeutung, die Berlin auf gewerblichen Gebieten gewonnen hat, zu einem unabweislichen Bedürfnis geworden. Die schon bestehenden technischen Schulen, wie Fachschulen, Fortbildungsschulen, Gewerbeschule, Handwerkerhochschule können höchstens ausnahmsweise bei besonderer Beschäftigung ihrer Schüler soweit fördern, daß sie einem mit Maschinen ausgerüsteten Betriebe vorzuziehen vermögen. Die Jünglinge der Technischen Hochschule sind in erster Linie zu einer einflussreichen und leitenden Stellung berufen, aber ihre Aufgabe wird mehr die wissenschaftliche Weiterbildung der Technik und die Vertiefung der gewonnenen, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Kenntnisse sowie die Förderung der Großindustrie bleiben. Zwischen beiden Schularten soll nun ergänzend die Technische Mittelschule treten, die in ihren Grundlagen der preussischen höheren Maschinenbau-Schule entsprechen wird, der der Magistrat aber diesen Namen nicht geben will, um damit anzudeuten, daß sie auch den übrigen Gebieten der Gewerbetätigkeit in Berlin helfend dienen soll, indem der Nachdruck auf die Technologie und etwas weniger auf die Maschinenbaulehre gelegt wird. Vor allem soll das Bedürfnis der Praxis befriedigt werden durch Heranbildung technischer Betriebsleiter in Maschinenfabriken, Gießereien, Kesselschmieden, Spinnereien, elektrischen Betrieben usw., zur Ueberwachung von Maschinen, Heizungs- und Bewegungsanlagen in Gas- und Wasserwerken, in Brauereien, gemischten Fabriken. Der Umstand, daß die Schüler der Technischen Mittelschule für eine leitende oder doch selbständige Stelle vorgebildet werden sollen, macht es notwendig, daß sie in die Schule ein Maß allgemeiner wissenschaftlicher Bildung mitbringen, die etwa durch das Berechtigungsgesetz für den einjährig-freiwilligen Dienst nachgewiesen wird. Es ist ferner wünschenswert, daß die Schüler in einer mindestens zweijährigen Tätigkeit in einer Werkstatt, Maschinenfabrik mit Tischlerei,

Gießerei, Schmiede usw. und Montage sich eine praktische Ausbildung angeeignet haben. Der Lehrplan schließt sich auf das engste an den einer preussischen höheren Maschinenbau-Schule an, jedoch sollen die Gebiete der Technik, die für Berlin eine hervorragende Bedeutung haben, besonders berücksichtigt werden. Der Unterricht dauert zwei Jahre und wird in aufsteigenden Halbjahreskursen erteilt. Zum Schluß erteilt die Anstalt auf Grund einer Prüfung Reifezeugnisse. Die Anregung zur Errichtung dieser Anstalt ist vorzugsweise auf den Verein Deutscher Ingenieure zurückzuführen, der auch in anerkanntemwichtigen Entgegenkommen sich erboten hat, einen größeren laufenden Beitrag zum Betriebe der Schule zu spenden. Auch die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft, die Handelskammer, der Verein Berliner Industrieller haben laufende Beiträge zugesagt, und bedeutende Firmen, wie z. B. die Vorjüdische Maschinenfabrik, haben größere Summen für die erste Ausstattung zugesichert. Die Betriebskosten sind auf 100 000 M. geschätzt. Davon dürften 50 000 M. durch Schulgeld gedeckt werden, so daß nach Abzug der Zuschüsse in Höhe von circa 12 000 M. noch ein städtischer Zuschuß von rund 40 000 M. erforderlich ist. Die Baukosten sind mit rund 900 000 M. veranschlagt.

Das Stadtparlament findet im Beginn des kommenden Jahres gleich große Aufgaben vor. Zunächst müssen der Vorstand und sämtliche Ausschüsse wiedergewählt werden, dann wird die Beratung wegen der Errichtung einer technischen Mittelschule, einer 14. städtischen Realschule, sechs neuen Gemeindefürsorgeeinrichtungen, einer neuen Siedenanstalt für 1500 Personen und 6 1/2 Millionen Mark Kosten, der Bau und der Betrieb von fünf städtischen Straßenbahnen, der Erlaß eines Ortsstatuts für ein Kaufmannsgericht, der Vertrag mit Siemens u. Halske wegen des Baues der U-Bahnstation Potsdamer Platz-Spittelmarkt, der Bau eines großen Berliner Hafens die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen.

Die „Reformen“ im städtischen Obdach, die wir kürzlich als bevorstehend angekündigt hatten, scheinen schon begonnen zu haben. Eine Lokalkorrespondenz weiß von „Abwehrmaßnahmen“ zu erzählen, die von der Obdachverwaltung getroffen worden seien, um die regelmäßig an den Sonnabenden eintretende Ueberfüllung der Abteilung für nächtlich Obdachlose zu verhindern. Die Korrespondenz meldet:

„Früher wurden wieder an Sonnabenden noch an den Vorabenden der Feiertage Personalstellen der Asylbesucher vorgenommen und dies hatte zur Folge, daß in solchen Nächten ein besonders großer Andrang von Besuchern eintrat, deren Zahl selbst in Sommermonaten an den Sonnabenden über 2000—3000 erreichte. Unter den Asylisten befanden sich eine große Zahl solcher Personen, die alle Umlage hatten, sich vor den Augen der Polizei zu verbergen, besonders jugendliche, die auch häufig Anlaß zu Exzessen gaben. Die Verwaltung des städtischen Asyls hat deshalb die Anordnung getroffen, daß auch an Sonnabenden „Stichproben“ vorgenommen werden, d. h. daß die Feststellung der Personalstellen von Besuchern des einen oder des anderen Schlafsaales zu erfolgen hat. Die Sonnabend-Frequenz ziffer ist hierdurch ganz erheblich zurückgegangen und derartig hohe Besucherzahlen, wie sie noch in der vorigen Saison zu verzeichnen waren, sind in diesem Jahre nicht mehr eingetreten.“

Das selbst im Sommer an den Sonnabenden 2000—3000 Personen im Obdach Aufnahme gefunden hätten, ist natürlich Ueber-treibung. Solche Frequenzen werden nur in der kälteren Jahreszeit erreicht. Im übrigen aber trifft es zu, daß die bisher geübte Nachsicht an Sonn- und Feiertagen keine Obdachlosen zu „verschicken“, d. h. zur Verstrafung wegen Nichtbeschaffung eines Unterkommens auszuliefern, regelmäßig einen starken Andrang zum Obdach und zeitweise eine bedeutliche Ueberfüllung der Schlafsäle zur Folge gehabt hat. Die Obdachverwaltung ist dem Gedanken näher getreten, mit diesem Brauch zu brechen — das hatten wir bereits gemeldet. Ihre Beweggründe sind aber nicht diejenigen, die oben angegeben sind. Nicht die Sorge, die polizeilichen Elemente vom Obdach fernzuhalten, hat sie auf diesen Gedanken gebracht, sondern lediglich der Wunsch, den Obdachlosen gegenüber eine neue Härte ausfindig zu machen, durch die man sie aus dem Obdach hinausgrauen kann. Die Feiernacht vor den Sonn- und Feiertagen kommt ja nicht bloß denen zu gute, die der Polizei aus dem Wege gehen wollen, sondern auch manchen Unglücklichen, der nur in solcher Nacht noch einmal das städtische Obdach aufsuchen darf, während er in anderen Nächten riskiert, wegen zu häufigen Kommens an anderen Morgen „verschoben“ zu werden. Auch diese Obdachlosen werden durch die Verrückung der Feiernacht getroffen. Aber das ist der Obdachverwaltung, an deren Spitze Herr Pfahndel als „der richtige Mann“ steht, gleichgültig oder vielleicht sogar ganz erwünscht. Denn es ist ihr eben nur um das Eine zu tun, daß den Obdachlosen das Obdach verleidet wird. Die Verrückung der Feiernacht ist fest beschlossen, von bloßen „Stichproben“ kann in dieser Beziehung keine Rede sein.

Dem Ortsrat über die Regelung der Sonntagsruhe im Handeldgewerbe, mit den von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossenen Veränderungen, stimmte der Magistrat in seiner letzten Sitzung zu. Das Ortsstatut wird demnächst, nach erfolgter Zustimmung durch die Aufsichtsbekörde, publiziert werden und dann in Kraft treten.

Der Verband für erste Hilfe hatte die Freundlichkeit, die Presse, sowie verschiedene hohe Herrschaften gestern nach seinem Hauptdepot am Schiffbauerdamm 20 einzuladen. Dort auf dem Hofe waren Krankentransportwagen aufgestellt, außerdem hatte man die Desinfektionsräume usw. geöffnet. Die von Herrn Direktor Schlesinger geleitete Organisation lag jahrelang, mit der Rettungsgesellschaft im Krieg. Dann wurde so etwas wie eine Einigung hergestellt. Mittlerweile verursachte das Krankentransportwesen neue Zankereien, die zu begleichen, wie uns der Verband mitteilt, bisher nicht gelungen ist. Doch werden von Neujahr ab Polizeipräsident und Magistrat ihre Krankentransporte lediglich durch den Verband ausführen lassen, der außer auf dem Schiffbauerdamm in der Landsberger Allee und in der Vellekianerstraße Depots errichtet hat. Die Errichtung weiterer Depots im Westen und die Vermehrung des Wagenparks steht bevor, so daß in kurzer Zeit auch die Anforderungen von Privatinstitutionen, von Kassen und der sonstigen Einwohnerschaft gedeckt werden kann.

Weiter schreibt uns die Leitung des Verbandes für erste Hilfe: Da es vor der Benutzung eines Wagens nicht immer möglich ist, die Natur der Krankheit zu bestimmen, werden nunmehr — und das ist eine nirgends bisher eingeführte Neuheit — die Wagen nach jedem einzelnen Transporte einer Desinfektion unterzogen. Zu dem Zweck wurde auf jedem Depot eine eigene Desinfektionsanstalt errichtet, in welcher die Wagen, sowie in besonderen von den Herren Rietschel u. Hennberg geliehenen Apparaten, Decken, Wäsche usw. desinfiziert werden. Es befindet sich ferner in jedem Depot eine Brausebadeanlage, in welcher die Transportwagen nach jedem Transporte ein Reinigungsbad nehmen. Da das ganze Unternehmen nicht auf gewerblicher, sondern lediglich humanitärer Grundlage errichtet ist, werden etwaige Ueber-schüsse zur Verbilligung der Transportpreise benutzt werden. Es wird dadurch erzielt werden, daß Patienten, die sich bisher ungeeigneter Transportmittel (Droschken usw.) bedienen und bei an-siedenden Krankheiten Leben und Gesundheit ihrer Mitbürger in Gefahr brachten, sich in Zukunft der neuen Transportmittel bedienen, die ihnen zu niedrigeren Preisen, auch unter Umständen kostenlos, zur Verfügung stehen.

Unter fremdem Regen hielt Herr Dr. Schlesinger gestern mittig auf dem Hofe des Depots eine Ansprache. Das war bei solchem Hundewetter eine Qual sowohl für ihn als für die zahl-reichen Zuhörer. Aber es blieb der Trost, daß die armen Kranken,

die durch den Verband in ein besseres Jenseits oder ins Krankenhaus befördert werden sollen, ja noch weit mehr auszuweichen haben. Hoffentlich bewährt sich die neue Einrichtung.

Die Kottwitzer Armen-Unterstützungsanstalt — eine Stiftung, die kinderreichen Familien Beihilfen zur Bezahlung rückständiger Mieten gewährt — hat in den letzten Jahren öfter als sonst helfend eingreifen müssen, und auch im Verwaltungsjahre 1903/04 ist hierin noch nicht wieder ein Umschwung eingetreten. Diesmal bezahlte die Stiftung 454 Mietreste, 60 Reste zwischen 11—20 M., 196 zwischen 21—30 M., 184 zwischen 31—50 M., 14 zwischen 51—100 M. Der Gesamtbeitrag war 14 388 M. Die Beträge wurden an die betreffenden Hauseigentümer gezahlt, die dafür sich verpflichten mußten, die gegen die säumigen Mieter etwa eingereichten Klagen usw. zurück-zunehmen. Diese „Kottwitzer Armen-Unterstützungsanstalt“ besteht nun bald hundert Jahre: sie wurde im Frühjahr 1807 vom Baron v. Kottwitz gegründet. Anfangs stand sie unter alleiniger Leitung ihres Gründers, später ging sie in städtische Verwaltung über. Ursprünglich war sie wirklich eine Anstalt, ein privates Armenhaus für arbeits- und obdachlose Familien, das damals die Bezeichnung „Kottwitzer Beschäftigungsanstalt“ trug. Die Anstalt befand sich in der Alexanderstraße neben dem öffentlichen Arbeiterhaus, mit dem sie nicht verwechselt werden darf. Zeitweise beherbergte sie bis 100 Familien, die dort Unterkunft gesucht und freiwillig um Beschäftigung gebeten hatten. Später ging die Anstalt ein, und die Kottwitzer Stiftung beschränkt sich seitdem auf Gewährung von Mietbeihilfen.

Die 14. städtische Realschule soll zu Ostern 1905 eröffnet werden. Zu diesem Zweck wird vom Magistrat von der Stadtverordneten-Versammlung die Bewilligung der Mittel verlangt. Die Kosten sind auf rund 44 300 M. fürs erste Jahr veranschlagt, dem 11 500 M. Einnahme (Schulgeld) gegenübersteht. Da dem Magistrat ein eigenes Gebäude noch nicht zur Verfügung steht, so beabsichtigt er, geeignete Räume auf dem Wedding zu mieten.

Wovon man in Berlin leben kann. In Potsdam starb dieser Tage eine Rentiere Auguste K. im 64. Lebensjahre mit Hinter-laffung eines nicht unerheblichen Vermögens. Die alte Dame wohnte bis vor kurzem in Berlin und ernährte sich, da ihr Mann blind war und zum Unterhalt der Familie nicht beitragen konnte, seit Jahren durch ... das Besprechen der Hofe und anderer Leiden. Diese „Beschäftigung“ rentierte sich so sehr, daß Frau K. nicht nur eine Wohnung von drei Zimmern innehatte und mit ihrer Familie ein Leben, sondern sich auch vor einiger Zeit, nachdem ihr Gatte gestorben war, zu Ruhe setzen konnte.

Bau einer Schwindlerin gebrandschagt werden seit längerer Zeit arme Frauen, die durch Zeitungsanzeigen Aufwartestellen suchen. Sie sammeln die Anzeigen und besucht die Frauen unter der Vor-spiegelung, daß sie auf diesem oder jenem Bahnhof oder in einem Expreßzuge die Reinigung zu vergeben habe und verspricht für eine Arbeitszeit von 9 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags drei Mark. Die Frauen nehmen dieses Angebot bereitwillig an und helfen der Vermittlerin gern mit ein paar Mark aus, wenn sie sich „zufällig ganz ausgegeben“ hat. Erst am nächsten Morgen, wenn sie um 9 Uhr den Dienst antreten wollten, erfahren sie, daß sie nebst ihren Leidensgenossinnen, die sie auf dem Bahnhof antreffen, einer Schwindlerin in die Hände gefallen sind. Diese bestiehlt auch noch die armen Frauen, wenn sie eine Gelegenheit dazu findet. Sie ist 20 bis 25 Jahre alt und mittelgroß, hat dunkles, fast schwarzes Haar, vorspringende Zähne im Oberkiefer und eine hochgehobene Oberlippe und trägt einen halblangen Strimmertrocken, einen schwarzen Rock und eine kleine Wachsstocktasche.

Ein Gattenmordversuch

verursachte in voriger Nacht in der Straßmannstraße große Aufregung. In dem Hause 32 wohnt der 34 Jahre alte Metallschleifer August Jonas mit seiner 32-jährigen Ehefrau Auguste geb. Scholz und einem vier Monate alten Sohn Erwin. Jonas war acht Jahre in Leipzig verheiratet. Diese Ehe, aus der drei Kinder hervorgingen, wurde vor 18 Monaten geschieden. Für den schuldigen Teil wurde der Mann erklärt, weil er mehrere Diebstahls unterhalten hatte. Zwei Monate später heiratete er in Berlin seine jetzige Frau. Am 17. d. M. verließ Jonas aus seiner Wohnung, nachdem er kurz vorher seine Arbeit in einer Fabrik in der Michaelstraße niedergelegt hatte. Zweihundert Mark, die sich die Leute gespart hatten, nahm er mit. Die zurückgelassene Frau befand sich mit dem Kind in einer so bedrängten Lage, daß die Nachbarn sich ihrer annehmen mußten. Man glaubte, daß der Mann sich in einem Anfall von Geistesgestörtheit das Leben genommen habe. Am zweiten Feiertage jedoch kehrte er unerwartet zurück und erzählte seiner Frau, anscheinend unter tiefer Reue, daß er einen Ausflug nach Leipzig gemacht, dort Verwandte besucht und alles Geld ausgegeben habe. Da er Vorratung gelobte, so nahm seine Frau ihn wieder auf. Schon am „dritten Feiertage“ erhielt er wieder Arbeit. Statt aber sein Versprechen zu halten, brachte er nur wenig Wirtschaftsgeld nach Hause und ging wiederholt auf den Lustboden; auch gestern abend wieder. Als er nun in der Nacht um 1 Uhr nach Hause kam und seine Frau ihn mit Vorwürfen empfang, zog er eine Flasche Lyhol aus der Tasche und schlug ihr vor, sich mit ihm zu vergiften, da doch niemals Friede zwischen ihnen sein werde. Die Frau aber wollte von dem gemeinsamen Tode nichts wissen, rief ihm die Flasche aus der Hand und warf sie aus dem Fenster in den Hof hinab. Als sie dann vom Fenster zurücktrat, stieß ihr Mann ihr sein Taschenmesser, das er unterdessen heimlich geöffnet hatte, in die linke Brust, die linke Halsseite und die linke Hüfte. Auf ihr Hilfergeschrei eilten die Nachbarn herbei. Der Arbeiter Hempel und seine Frau retteten die Verwundete in ihre Wohnung und brachten auch das Kind dort in Sicherheit. Als der Vorsteher des 103. Meibiers mit drei Schutzmännern kam, hatte sich Jonas hingelegt, als ob er schlafen wollte. Sobald die Beamten ihn fragten, wo seine Frau sei, sprang er auf, stierte sie wie geistesabwesend an und begann zu toben. Die Beamten überführten ihn und brachten ihn mit einem Rutschen Wagen nach der Charité, wo er als Polizeigefangener gehalten wird. Die verwundete Frau blieb in ärztlicher Behandlung in der Hempel'schen Wohnung. Ihr Zustand ist nicht gefährlich. Die Haus-genossen glauben, daß Jonas sich bei seinem Toben verstellte habe, das ganze Wesen des Mannes deutet aber doch darauf hin, daß er geistig nicht gesund ist.

Das geheimnisvolle Verschwinden eines jungen Mädchens beschäftigt seit mehreren Tagen die Kriminalpolizei. Die 25-jährige Tochter des Wagenladierers Guthle, Berlinerstr. 105 zu Niddorf, begab sich am Abend des 19. Dezember gegen 7 Uhr in Begleitung ihrer Schwester nach einer Apotheke am Hermannplatz. Als die Schwester nach wenigen Minuten auf die Straße zurückkehrte, war die G. verschwunden. Da sie am Abend nicht in der elterlichen Wohnung eintraf, suchte man die ganze Nacht hindurch nach der Vermissten; jedoch vergeblich. Das junge Mädchen blieb verschwunden. Besonders auffällig erscheint der Umstand, daß die G. bei ihrem Weggehen weder Hut noch Jackett trug. Die Vermisste ist eine hübsche stattliche Erscheinung und rechnet man damit, daß sie ver-fahrt resp. verheiratet worden ist. Die Bekörde hat bereits sämtliche Krankenhäuser nach dem Verbleib des jungen Mädchens ab-gesucht, jedoch resultatlos. Die Verschwundene ist mit rotseidener Bluse, schwarzem Rock und Knöpfstiefeln bekleidet, ist etwa 1,75 Meter groß und hat dunkelblondes Haar.

Die Feuerwehr hat jetzt viel Arbeit. Die Brände häufen sich. Gestern früh um 7 Uhr mußte ein großes Feuer in der Hollmann-strasse 10 gelöscht werden, dort standen eine Wachsblei- und Kommo-räume im zweiten Stock des Duergebäudes in Flammen. Die



Räume und Treppen waren dermaßen bequamt, daß eine große mechanische Leiter auf dem Hof aufgestellt und zum Vorgehen benutzt werden mußte. Um an den Brandherd zu gelangen, wurde ein Rohrleiter mit einem Giesbergischen Rettungsapparat ausgerüstet. Bei dem Vorgehen erlitt der Oberfeuermann Kotthe durch Glas Schmittwunden an den Händen. Es gelang, die Flammen auf dem zweiten Stock zu beschränken. Das Grundstück gehört der Frau Kommerzienrat M. Sanden. In der Königstr. 23 brannten Kisten, in der Dirlenstraße 24 Strohmatten, Pfuelstraße 9 Gardinen u. a., in der Frobensstr. 40 Möbel, Betten, Fußboden u. a., an der Fischerbrücke eine Wadestube, in der Weußelstraße 7 eine Wohnung, in der Varnimstraße 19 Besen u. in der Invalidenstraße 157 die Dachkonstruktion. Am Kottbuser Damm 75/76a in Nixdorf brannte fogenanntes Lygodium (Wichtigpulver) in einer Fabrik und in der Gerichtstraße der Vohlenbelag der dortigen Eisenbahnstraße. Ferner hatte die Feuerwehre in der Potsdammerstraße 35, Schmidstr. 10, in der Heidenhofstr. 15, von Immobilien und Mobilien brannten, in der Emdenerstraße, Breitestr. 24 und Zuckelstr. 157 zu tun. In letzterem Ort brannte früh um 5 Uhr ein Schornstein und vier Stunden später das Dachgebäl.

### Gorki vor dem Parteitag.

Zu Ehren der Parteitagdelegierten ist gestern nachmittag in einer besondern Vorstellung des Kleinen Theaters Gorkis „Nachtschl“ gegeben worden. Die Berliner Parteigenossen hatten ihren Gästen zeigen wollen, was die Bühnenkunst der Reichshauptstadt — die freie, nicht vom Fürstentum abhängige — zu leisten vermag, und da war denn gar keine andere Wahl möglich als die getroffene. Neben dem Deutschen Theater haben sich die beiden unter Reinholdts Leitung stehenden Bühnen zu den ersten Berlins entwickelt und gerade in des russischen Dichters erschütternder Tragödie zeigt ein abgerundetes Zusammenwirken die Schauspielkunst auf der Höhe. Es kann hier natürlich nicht unsere Aufgabe sein, die Leistungen der Künstler zu rezensieren; sollte einmal beobachtet werden, dann das Publikum, das aus allen Teilen des Landes an so vornehmer Stätte zusammengeflutet war. Diese Zuhörerschaft war sich einig in ihren politischen Zielen und kommt über die wichtigsten Fragen, die auf dem Parteitag die Gemüter bewegten, mit Sachkenntnis verhandelt. Das Elend der Volksschule, die Schmach der Dreiklassenwahl, die Kränkung der Landarbeiterschaft, diese Kulturrückstände hatte fast ein jeder an eigenem Leide zu spüren bekommen; und aus mehr als einer Rede hallte der Jugrinn über die empfundene Schmach wieder. Wie anders, wie verschiedenartig aber standen die nach Berlin entsandten Männer und Frauen der Kunst gegenüber! Neben manchen aus der Großstadt, die die Gelegenheit zum Schauen und Hören gewiß fleißig wahrgenommen haben, waren zahlreichere, denen die Sorge ums Dasein selten oder nie den Gedanken eingab, sich einmal erhebender Kunst zu weihen, und wieder andere, die auch bei bestem Willen und Mitteln in ihren Kleinstädten gar keine Gelegenheit haben, ein gutes Schauspiel zu sehen. Dies Publikum ins kleine Theater zu führen, an eine Stätte, wo sich zumeist geistige und — leidliche Ueberfüllung niederläßt, war im Grunde ein Wagnis.

Durchweg ist die Probe bestanden worden. Gewiß haben einige an unrechter Stelle Empfindungen kundgegeben, die der Dichter nicht lösen wollte; aber im ganzen standen die sozialdemokratischen Parteitagdelegierten von Anfang bis zu Ende im Sinne der kettenklirrenden Dichtung. Und daß dem so war, ist diesem Publikum im Grunde gar nicht einmal hoch anzurechnen. Wo ist der Arbeiter, der das Weggeschrei hilfloser Empörung, der diesen Jammer, der um so grenzenloser ist, als er sich trostlos, ohne Rettungsaussicht beiseiden muß, der diese Welt voll Wehklagen und Gemeinheit nicht schon in der Wirklichkeit mit eigenen Augen gesehen, mit seinem eigenen Leben erlebt hat?

Dieser fünfte Stand kammerl sich an uns und heult uns mit größlichem Grinsen seine Ansicht vom Leben entgegen, daß nämlich all unser Idealismus, all unser Streben nach Befreiung, all unsere Opferwilligkeit unnütz vertan sei und daß es unter der seit Menschheitsbeginn herrschenden Ordnung der Ungerechtigkeit nur eine Befriedigung gebe, nämlich die Vertagung jeder Ordnung und Moral.

Diesen Gedanken und Erinnerungen hat sich gestern wohl niemand entziehen können. Rügen die Feinheiten der Schauspielkunst am Ende dem einen oder anderen gerade deshalb entgangen sein, weil jeder der Künstler das Leben in seiner erschütternden Wirklichkeit darstellte; die Gewalt der Gorkischen Dichtung packte alle, die zum erhebenden Kunstgenuß herbeigekickt waren.

Eine Weihnachtsfreude bereitete die freie Volksschule am dritten Feiertag den Kindern durch einen Märchenabend. Der Bürgeraal des Rathhauses war gefüllt von Kindern, die erwartungsvoll nach dem brennenden Weihnachtsbaum schauten, unter dem sich das Geheimnisvolle ereignen sollte. Und als die Märchenprinzessin, Frau Düring, hereinbrachte und sich unter den Baum setzte, da lag die Erwartung auf den höchsten Grad. Doch erst kam die Musik. Schumanns „Kinderjener“ auf Klavier und Geige vorgetragen, leiteten die Vorlesung ein und wurden auch zwischen die einzelnen Stücke gehalten. Und dann begann die Zeit zu erzählen. Grimms Bärenhäuter, der sich sieben Jahre nicht waschen und kämmen, nicht die Nägel schneiden durfte, bei Gefahr seines Seelenheils, der dann aber ein immens reicher, schöner, glänzender Kriegsmann wird und die schöne Braut heimführt, die dem ungewaschenen Bären die Treue gehalten, eröffnete den Laufenden das Wunderland. Die zwölf Brüder, das tapfere Schneiberlein, der geschickte Hans, Andersens wunderbar poetische Geschichte einer Mutter folgten. Die mehr für das humoristische Empfängliche fesselte die Geschichte vom geschickten Hans, ihr lustiges Aehren weckend, die dem Wunderbaren Jugeneigenen waren vom Bärenhäuter und dem tapferen Schneiberlein begeistert, die poetischer Veranlagten schwärmten für die zwölf Brüder und waren gerührt von der Geschichte einer Mutter. Die Erzählerin traf die rechte Art des Vortrages, dem Stoffe und den Zuhörern angemessen. Als es zu Ende war, wollten es die meisten noch nicht glauben; das hätte noch lange so fortgehen dürfen. Aber selbst die geduldige Mama muß einmal aufhören zu erzählen, wenn die Wundergierigen auch noch so sehr bitten. Es war spät genug geworden, die Kleinen mühten nach Hause gehen. — Andernmal mehr.

Freie Hochschule Berlin. (Generalsekretär: Dr. W. Bielhäber, Berlin W. 30, Frobensstr. 10 II.) Vortragsreihe im Winterquartal (Januar bis April 1905): 1. Dr. Bruno Wille: Der Geist der Natur; Idealismus auf wissenschaftlicher Grundlage, 6 1/2 Stunden. 2. Dr. Magnus Hirschfeld: Moderne Probleme der Naturwissenschaften, 10 Stunden. 3. W. S. Baer: Weltbild und Himmelsbild im Wandel der Zeiten, 8 Stunden. 4. Dr. V. Friedländer: Ueber Wesen, Entstehung und Tätigkeit der Vulkane und ihre Bedeutung für die Gestaltung der Erdoberfläche, Halbjahreskurs 2 x 2 Stunden. 5. Heinrich Driesmann: Urgeschichte der Kultur, 8 Stunden. 6. Wolfgang Kirchhoff: Die Worte Jesu und die Hauptbegriffe seiner Lehre, 10 Stunden. 7. Wolf Damascius: Moderne volkswirtschaftliche Probleme in alten Kämpfen, 6 x 1 1/2 Stunden. 8. Dr. Max Naumbacher: Soziale und politische Wandlungen in Deutschland, von der Reformator bis zur französischen Revolution, 9 Stunden. 9. Elise Weigig, Dr. med.: Allgemeine

Gesundheitslehre mit besonderer Berücksichtigung von Mutter und Kind, 9 Stunden (für Damen und Herren). 10. Dr. Max Apel: Volkstümliche Einführung in die höhere Mathematik und ihre Anwendung, 10 Stunden. 11. Dr. Rudolf Steiner: Schüler und unser Zeitalter, 9 Stunden. 12. Theodor Stappstein: Führende deutsche Dichter der Gegenwart, 8 Stunden. 13. Dr. Alfred Köppen: Die Hauptströmungen der modernen Malerei Deutschlands in Einzeldarstellungen, mit farbigen Lichtbildern, 12 Stunden. 14. Dr. Richard Hohenemser: Kurze Darstellungen der Entwicklung der Tonkunst bis Beethoven, mit musikalischen Vorträgen, 6 x 1 1/2 Stunden. 15. Direktor Fr. Moes: Die Kunst des Vortrages, 4 x 2 Stunden. Einzelvorträge von Karl Hendell, Dr. W. Bielhäber, Direktor R. Vogel (mit Gesang); siehe Programm. Beginn nach dem 15. Januar 1905. — Hörgebühren: für Mitglieder des Zentralvereins der F. H. (siehe Programm!) 3 M. für die einfache Vortragsreihe (8—10 Stunden); für Nichtmitglieder 4 M., für Mitglieder von Vereinen bei Entnahme von mindestens 20 Hörerarten (gleichgültig für welche Zyklen) für die einfache Vortragsreihe (8—10 Stunden) 2 M. — Ausführende Programme sind unentgeltlich zu haben bei Wertheim (Theaterkasse), bei Tieg (Reisebureau) und in den Filialen des Zigarrengeschäfts von Loeser u. Wolff. Zu jeder weiteren Auskunft ist gern bereit der Generalsekretär.

Einem Hauptmann-Abend wird die erste Veranstaltung der Charlottenburger Volkskunst-Kommission am 8. Januar gewidmet sein. Die Leitung dieser Abende kommt damit der Witte zahlreicher Besucher Charlottenburgs und anderer Vororte, nach Wiederholung des früher schon einmal stattgehabten Abends entgegen, doch wird das Programm gegen früher insofern eine Aenderung erfahren, als der erste Teil dem älteren Bruder Gerhart Hauptmanns Karl, der zweite Gerhart gewidmet sein wird. Karten a 1 M. auf nummerierten Plätzen und 50 Pf. sind in allen Charlottenburger Buchhandlungen, im Verein zur Förderung der Kunst, Albrechtstr. 11; Dürerhaus, Kronenstr. 18; Bloch, Brüderstr. 1 u. zu haben.

Theater. National-Theater. Sonnabend, den 31. d. M., verabschiedet sich Fritz Werner als Eisenstein in der „Fledermaus“ vom Berliner Publikum. — Am Sonntag, den 1. Januar, findet ein einmaliges Gastspiel von Francesca Preobisti als Leonore im „Troubadour“ statt. — Silvester- und Neujahrs-Vorstellungen im Central-Theater. Die Vorstellungen beginnen um 7 Uhr. Gegeben wird an den beiden Abenden „Die Fledermaus“ von Joh. Strauß. Sonnabend 8 Uhr (halbe Preise); „Däumelchen“. Sonntag 8 Uhr (halbe Preise); „Die Geisha“. — Carl Weig-Theater. Am Sonnabend nachmittag gibt es zu kleinen Preisen als Kinder-Vorstellung das beliebte Märchen „Rotkäppchen“, während am Silvesterabend das Theater geschlossen bleibt. Am Sonntag nachmittag findet eine einmalige Aufführung des Schauspiels „Senta Woldburg“ bei halben Preisen statt, während am Neujahrsabend und folgende Tage das mit so großem Beifall aufgenommene Lustspiel „Die Reise um die Erde in 80 Tagen“ in Szene geht. — Im Belle-Alliance-Theater geht heute am Silvestertage nachmittags wiederum „Frau Holle“ als Kinder-Vorstellung in Szene; abends gelangt mit Frau Josefine Dora in der Titelrolle „Ein Blüthenmädchen“ zur Aufführung. — Im Thalia-Theater gelangt heute am Silvestertage abends „Der große Stern“ zur Aufführung; eine Nachmittagsvorstellung findet am Silvestertage nicht statt. — Silvester im Metropol-Theater wird wie in früheren Jahren für das Publikum im Anschluß an die um 8 Uhr beginnende Theater-Vorstellung der „Herren von Nazim“ eine neue witzige Uebersetzung bringen, ein parodistisches Intermezzo von Julius Freund „Der Roland von Berlin“. — Im Trianon-Theater beginnt die Aufführung von „Die glückliche Gilberte“ am Silvestertage wie alle Vorstellungen um 8 Uhr. — Im Lustspielhaus war die letzte (Mittwoch-) Vorstellung des Märchenstücks „Das böse Prinzchen“ total ausverkauft. Die nächste Aufführung findet heute nachmittag statt.

Wintergarten. Ueber Nacht hat sich der Wechsel vom Silvestertage zum Neujahrs-Programm vollzogen — neue Kräfte mit sangvollen Namen haben ihren Einzug gehalten. Zorjajada, die gläubige Spanierin, Lafargue von der großen Oper in Paris und Megia, die temperamentvolle Tänzerin, strahlen in Gemeinschaft von Otto Reuter als „Stars“ am Wintergarten-Himmel. Der ankunfts Schwärzler der Viere hat einen gefährlichen Konkurrenten im Jongleur D. R. Sato gefunden. Die Potta, Lustgymnastiker, und die Riglions, Kraft-Gladiatoren, entzünden das Auge durch ihre ergötten Leistungen, während Johnson u. Dean in ihren Cafe-Ball-Tänzen als Malatten-Gigant unübertrefflich sind. Die Vissi, das Mädchen mit dem goldenen Haar, ein Monument und der Biograph vervollständigen das ausgewählte Programm.

25 Pfennig-Sonntag im Zoologischen Garten! Der erste Tag im neuen Jahr bringt dieses Mal, da er mit dem ersten Sonntag im neuen Monat zusammenfällt, die von den Berlinern stets freudig begrüßte Eintrittsermäßigung zu unserem Garten auf 25 Pf. für Alt und Jung. Der Schaulust wird durch die winterliche Witterung übrigens keinerlei Abbruch getan, denn die Winterquartiere der gesamteten, namentlich der exotischen Tierwelt sind gut geheizt und gewähren zahlreichen Menschen bequemen Aufenthalt. Am Nachmittage findet im Kaiseraal großes Militärlkonzert statt.

Das Preisgericht für den Wettbewerb zur Errichtung eines Jubiläumbrunnens in Charlottenburg, bestehend aus den Herren Fabrikbesitzer Cassirer, Geh. Hofrath Heim, Stadtverordneten u. Vorsteher u. Stellvertreter Kaufmann, Baumeister Aristeller, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Neuland, Oberbürgermeister Schuchow und Direktor der Königl. Nationalgalerie Professor Dr. v. Schudl, trat am 27. Dezember zu einer Sitzung zusammen. Von den eingegangenen fünf Entwurfsentwürfen wurde der Elefantbrunnen von G. u. I. preisgekrönt. Die Entwürfe sind bis zum 9. Januar 1905 in der königlichen akademischen Hochschule, Hardenbergstraße 33, I. Stockwerk, Saal 81, an den Bodenagen von 10 bis 3 Uhr, an den Sonntagen von 11 bis 2 Uhr öffentlich ausgestellt.

### Aus den Nachbarorten.

#### Weissensee.

Die alljährlichen Etatsberatungen stehen bevor und das Heer der Gemeindebeamten, Lehrer usw. verfuhr durch Petitionen an die Gemeindevertretungen eine Verringerung des Einkommens zu erzielen. Auch in unserem Orte beantragten die Gemeindebeamten die Gewährung eines Wohnungsgeld-Zuschusses, die Raktwächter petitionieren, wie schon seit Jahren, um Erhöhung ihres Gehalts, und die Lehrerschaft beantragt, das Grundgehalt von 1800 M. auf 1500 M., die Alterszulagen von 200 M. auf 250 M. zu erhöhen, die Mietentschädigung der Lehrer ohne Hausstand auf das 2/3fache der vollen zu erhöhen und in dem Grundgehalt der drei minderbesoldeten Direktoren eine entsprechende Aufbesserung eintreten zu lassen. Verständnis für diese Forderungen, die die Antragsteller mit dem Hinweis auf die Verteuerung aller Lebensmittel und die rapid emporgeschwellten Wohnungsmieten begründen, werden die Beamten wohl nur bei den sozialdemokratischen Gemeindevertretern finden. Die ausschlaggebende Hausbesitzer-Ligue wird ob dieser Begehrenheit natürlich Peter und Morbio schreiben. Für sie ersucht sich die Aufgabe der Gemeinde in der Herabsetzung des Gemeindesteuers-Zuschlages. Das hindert trotzdem die Beamtschaft noch nicht, bei allen Wahlen dem Hausbesitzerlängel lammfromme Gefolgschaft zu leisten.

#### Wilmerdsdorf.

Die Kaufmannsgerichtswahlen finden am Freitag, den 3. Februar, in der Zeit von 12—3 und 6—9 im Rathause statt. Es werden 12 Weisiger, 6 selbständige Kaufleute und 6 Handlungsgehilfen gewählt. Die Eintragung in die Wählerlisten muß schriftlich oder mündlich im Rathaus, Zimmer 26, beantragt werden.

Zum Vorsitzenden des Gerichts ist der besoldete Schöffe, Stadtrat Peters, gewählt worden, als dessen Stellvertreter der Amtsvorsteher.

#### Rotawes.

Seit dem Weihnachts-Heiligabend verschwunden ist aus Rotawes der Webermeister D. In seiner Wohnung hatte zunächst der an Verfolgungswahn leidende Mann den Versuch gemacht, sich mit einem Wassermeister die Pulsadern aufzuschneiden, und dann unter Mitnahme eines Strides seine Behausung, welche stark mit Blut besetzt wurde, verlassen. Er war bei seinem Fortgang nur leicht bescheidet und dürfte irgendwo seinem Leben gewaltsam ein Ziel gesetzt haben.

Konkurs Gladenbeck. Zu der Kotiz betreffend die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Hofbildhauers Oskar Gladenbeck in Firma Gladenbeck u. Co. in Friedrichshagen weisen wir zur Klarstellung darauf hin, daß die Firma Aktiengesellschaft vormals H. Gladenbeck u. Sohn, Bildgießerei, Friedrichshagen, Wilhelmstr. 52/53, sowie Berlin W., Leipzigerstr. 111, und S. Mitterstr. 24, mit der in Konkurs geratenen Firma weder identisch noch in irgend einer Weise liert ist.

### Gerichts-Zeitung.

Ein wichtiger Zeuge wird gesucht! Unser Varter Parteiforgan, das „Norddeutsche Volksblatt“, veröffentlicht folgenden Aufruf, um dessen Abdruck auch die übrige Presse ersucht wird: Im Zuchthaus zu Weida sitzt ein wegen Sittlichkeitsverbrechen zu 10 Jahren verurteilter Varter Metallarbeiter, Mitglied des deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Nach diesen Bemühungen ist es gelungen, das Wiedererwerbungsverfahren durchzuführen, um den anscheinend unschuldig Verurteilten zu retten. Herr Rechtsanwalt Kranzfelder in Oldenburg hat die Verteidigung unentgeltlich übernommen. Für die Vorunternehmung ist es notwendig, den Radfahrer ausfindig zu machen, der mit dem Verurteilten am Abend des 15. September 1903 zwischen 8 und 9 Uhr in der Nähe von Abbehausen — zwischen Stollbam und Abbehausen — zusammengefahren und dabei zu Fall gekommen ist. Um den Unglücklichen zu retten, bitten wir den Treffenden selbst oder jeden, der Auskunft geben kann, Herrn Dr. Peine, Bremerhaven, Grabenstraße 81, 1., Auskunft zu geben.

Die „Ruhe der Bewohner von Westend“ spielte eine Hauptrolle bei einem Konzeptionsstreit, der dieser Tage seinen Abschluß gefunden hat. Dem Schankwirt Johann Klanecki zu Westend war für die Sommerbühne seines Gartens die Singpiel-Erlaubnis erteilt worden. Wie wir seinerzeit mitteilten, hatte Professor Dr. Siemering gegen Herrn Klanecki beim Landgericht II eine Zivilklage auf Einstellung des ihn störenden Gewerbebetriebes erhoben, war jedoch mit dieser Klage abgewiesen worden. Das Landgericht ging davon aus, daß an der verkehrreichen und belebten Spanbauer Chaussee gleichartige Restaurants mit Tanz- und anderer Musik vorhanden seien, daß der Verkehr auf dieser Straße von früh bis spät ein starkes Geräusch hervorruft und die Umwohner deshalb auf den mit solchem Geräusch verbundenen Verkehr von vornherein gefaßt sein müßten. — Nunmehr suchte Hr. Klanecki beim Stadtausschuß von Charlottenburg die Singpiel-Konzession auch für seinen Saal nach, wurde aber abgewiesen. Der Stadtausschuß führte aus, daß die Bewohner von Westend auf Grund der Bauordnung, die geräuschvolle Betriebe verbietet, einen Anspruch auf Ruhe haben. Ein Bedürfnis zu einer Singpielhalle für jenes Villenviertel liege nicht vor, die Bewohner würden schon durch die täglichen Vorstellungen auf der Sommerbühne gestört, es liege außerdem die Gefahr vor, daß die Insassen des in der Nähe liegenden neuen städtischen Krankenhauses gestört werden würden. Ein Bedürfnis zur Errichtung einer neuen Singpielhalle sei absolut nicht zu erkennen, zumal bei der Nähe Berlins der größte Teil der Charlottenburger Bürgerschaft die Besseren bietenden Berliner Etablissements aufsuche. — Justizrat Leop. Meyer legte gegen die Entscheidung des Stadtausschusses Berufung beim Bezirksauschuß in Berlin ein, der in solchen Sachen als letzte Instanz, also rechtskräftig, entscheidet. Hier vertrat Polizeirat Rede als Kommissar des öffentlichen Interesses wiederum den Standpunkt, daß die Bewohner von Westend mit Recht beanspruchen dürften, in ihrer Ruhe nicht gestört zu werden. Durch den Sommerbetrieb des Klagers sei nicht nur Professor Dr. Siemering in gesundheits-schädlicher Weise beeinträchtigt worden, sondern auch eine große Anzahl von Bewohnern im weiteren Umkreise. Ein Bedürfnis liege auch keineswegs vor. — Dies befreit Justizrat Leop. Meyer. Außer der Gambinushalle im Zentrum Charlottenburgs bestiehe für dessen 20000 Einwohner keine einzige Singpielhalle. Eine besondere Störung für das Charlottenburger Krankenhaus sei nicht zu befürchten, denn dieses liege über 1000 Meter entfernt und besinde sich an der Chaussee, wo Automobile, Lastwagen und die elektrische Bahn in ständiger Bewegung seien und lauten Lärm verursachen. Das Lokal des Angeklagten, eine schon seit Jahrzehnten bestehende Schankstätte, entspreche allen Anforderungen, die an eine Singpielhalle zu stellen seien und es liege gar kein Grund vor, die nachgesuchte Konzession zu verjagen. Seitens der Behörde sei immer nur das öffentliche Interesse zu wahren; eine Wahrnehmung der Sonderinteressen einzelner Personen liege außerhalb der behördlichen Zuständigkeit. — Der Bezirksauschuß erteilte aus gleichen Erwägungen die nachgesuchte Singpiel-Erlaubnis und legte die Kosten beider Instanzen dem beklagten Kommissar auf.

Ein zweiter Kindesmord-Prozess. Wegen des Mordes an der kleinen Margarete Koschorck aus der Franzosenstraße ist nunmehr die gegen den Schuhmachermeister von Bussé gerichtete Voruntersuchung nochmals eröffnet worden, nachdem bereits die Anklage erhoben war. Der Beschuldigte gibt den Mord an der kleinen Koschorck zu; die Leiche des Kindes wurde bekanntlich erst vier Wochen später im Keller vergraben aufgefunden. Es waren Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Täters aufgetaucht, die Beobachtung durch den Gerichtsarzt Dr. Störmer führte jedoch mangels genügender Anhaltspunkte zu keinem ausreichenden Resultat. Es sollen nunmehr auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Werthauer Ermittlungen über das ganze Verleben des Bussé angestellt werden, welche sich bis nach Riga erstrecken. Der Vater des B. war Rittergutsbesitzer, hatte den deutsch-französischen Krieg mitgemacht und wurde dann in Riga anständig. Dort verlebte der Beschuldigte seine Jugend. Es sollen nun eine Reihe Zeugen über verschiedene Vorfälle, welche auf den Geisteszustand des B. schließen lassen, vernommen werden. Die gesamte Voruntersuchung leitet der Untersuchungsrichter Amtsgerichtsrat Dorendorf. Von der Ehefrau des Bussé ist eine Ehecheidungsklage angestrengt worden, die am 14. Januar vor dem Landgericht I in der Brunnenstraße zur Verhandlung kommt. Der Prozeß gegen Bussé wird voraussichtlich erst im März kommenden Jahres stattfinden.

Geheimnisse der Spirituosen-Fabrikation wurden bei einer Verhandlung enthüllt, die den Fabrikanten Bernhard Vapper aus Charlottenburg vor die erste Strafkammer des Landgerichts II führte. Der Angeklagte hatte ein Feinzen-Gemisch in den Handel gebracht, das aus Paprika und Weizenmehl hergestellt war und bei der Schnapsbereitung angeblich zur Verbesserung des Geschmacks dienen sollte. Bei einem in Hamburg wohnenden Kunden des Angeklagten, einem Restaurateur, war von dem Nahrungsmittelamt eine chemische Untersuchung des solcher Art hergestellten „Getreidekimmels“ vorgenommen und dabei das Vorhandensein der Paprika- und Weizenmehlwürze entdeckt worden. B. wurde alsdann wegen Nahrungsmittelverfälschung angeklagt und zu 100 M. Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Er legte Berufung ein und behauptete, daß der Zweck der Beimischung lediglich Geschmacksverbesserung sei. Die Strafkammer war aber mit dem ersten Richter der Ueberzeugung, daß die Absicht dahin gegangen sei, dem Getreidekimmel den Anschein eines höheren Alkoholgehalts zu ver-







Arnold Scholz. **Neue Welt** Hasenheide 108-114.  
Sonnabend, den 31. Dezember 1904:  
**Gr. Silvester-Ball.**  
Um 12 Uhr:  
Grosse Gratis-Punsch- und Pfannkuchen-Polonoise.  
Anf. 8 Uhr. Ende ???

**Louis Kellers Festsäle**  
Koppenstrasse Nr. 20.  
Heute: **Großer Silvester-Ball**

Avis! Am 1. Januar: **Grosser Ball.**  
Am 5. Januar: 1678L  
Erste Soiree der beliebten **Norddeutschen (Horst) Sänger.**  
Prachtsaal des Nord-Osten: "Elysium"  
Landshäger Allee 40/41.  
Sonnabend, den 31. Dezember 1904:  
**Großer Silvester-Ball**  
Um 12 Uhr: **Punsch- u. Pfannkuchen-Polonoise**  
sowie große Verlosung wertvoller Gegenstände gratis.  
Anfang 8 Uhr. Entree frei. Karl Eisermann.

**Anton Boekers Ball-Salon** Weber-Strasse 17  
empfehlen den geehrten Vorständen von Gewerkschaften und Vereinen seine Säle zu Versammlungen, Hochzeiten und Festlichkeiten; auch steht ein Saal, ca. 100 Personen fassend, Sonnabends und Sonntags, und zwei große Vereinszimmer den geehrten Herrschaften zur Verfügung.  
Ergebend  
Anton Becker, Weberstr. 17.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 22, früher Deen-Palast.  
**Große Silvester-Feier**  
mit überaus reichem  
**Riesen-Jubiläum-Programm.**  
Nach der Vorstellung: **Tanz**, an welchem jeder Besucher der Vorstellung unentgeltlich teilnehmen kann.  
Zum erstenmal:  
**Ein Allerweltswädel.**  
Bosse mit Gesang von Braune.  
Vor- und nachher:  
Spezialitäten I. Ranges.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Pauseneröffnung 9 1/2 Uhr.  
Ende 11 1/2 Uhr.  
Sonntag nachm. 3 Uhr keine Preise:  
Die Anna-Lise.

**Brauerei Königstadt.**  
Schönhauser Allee 10/11.  
Am Sonnabend, den 31. Dezember:  
**Gr. Silvester-Vorstellung**  
und **BALL** der  
**Horst's**  
Nordd. Humoristen  
und Quartettsänger.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Entree 50 Pf.

Chausseestr. 103. Arnold Scholz.  
**Germania - Prachtsäle.**  
Am Sonnabend, den 31. Dezember 1904  
in allen Sälen:

**Großer Silvester-Ball**  
verbunden mit einer  
**Gratis-Punsch- und Pfannkuchen-Polonoise.**  
Anfang 9 Uhr. Ende ???

**Tempelhofer Tivoli.**  
Tempelhof, Berlinerstr. 50.  
Sonnabend, 31. Dezbr., Silvester:  
**Silvester-Kränzchen**  
d. freien Turnerschaft  
Tempelhof.  
Um 12 Uhr: **Große Gratis-Punsch-Polonoise.**  
Anfang 8 Uhr.  
Turngenossen und Freunde der freien Turnerschaft werden hierzu freundlichst eingeladen.  
Der Vorstand.

**Urania**  
Wrangelstrasse 10/11.  
Heute:  
**Grosser Silvester-Ball.**  
Siehe Anschlagstafel.  
Morgen: **Grosser Ball.**  
Jeden Dienstag:  
**Norddeutsche Sänger.**  
Berantiv. Redakteur:

**Neues Konzerthaus,**  
Grand-Hotel Alexandorplatz.  
Inhaber **Albert Moerner.**  
**Silvester 1904**  
Grosses  
**Curt Goldmann-Konzert**  
unter Mitwirkung des 9 Jahre alten Violin-Virtuosen **Kun Arpad,**  
des Salonkomikers **Osk. Saldow**  
und des Opernsängers **Fr. Hoberg.**  
**Die ganze Nacht geöffnet**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 1 Mk.  
Vorverkauf der Silvester-Billette mittags 12-2 Uhr.  
Reservierter Platz 1 Mark.  
Neujahrstag:  
Anfang 5 Uhr.  
Melos 3 Säle sind am Sonntag bis 5 Uhr nachmittags für Versammlungen zu vergeben.

**Goßmann's Festsäle**  
SW. Kreuzbergstr. 48.  
Sonnabend, 31. Dez.:  
Grosse  
**Silvester-Ülk - Soiree**  
der Harburger Sänger.  
Um 12 Uhr: Grub an das Neue Jahr mit Gratis-Punsch, Polonoise, Silvester-Jubiläum und Trubel.  
Nachher: **BALL.**

**H. Giesings Ball-Salon**  
Wasserlostr. 68  
Empfehle meine Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.  
8412\*  
H. Giesing.

Feine 102/118  
**Tuchstoffe**  
zu Anzügen, Beinkleidern, Paletots in Restcoupon empfiehlt bedeutend unter Preis  
**Julius Neumann**  
Breslau, Carlstraße 40,  
2. Haus von der Schwednitzstr.

**Josef Fischer**  
Kohlen-Großhandlung  
Berlin O. 34, Brombergstr. 19/20.  
Breite ad Platz:  
Sonntags Halbstunde p. Str. nur 70 Pf.  
Sonntags Salon-Brik. 6 u. 7 1/2 nur 75 Pf.  
Anna, Adler, Marie  
Sonnabend in Henckels Werke 6 ob. 7 1/2, nur 85 Pf.  
Lise, Salon-Briketts billigst.  
Zwei Keller pr. Str. 10 Pf. mehr.  
Bruch, Steinkohlen, Koks, Holz zu billigen Preisen. 4654\*  
60 Quadwagen verleihe zu Kohlen.

**Eine Mark**  
wöchentlich bezogene selbstspielende  
**Musikwerke,**  
Sprechmaschinen und echte  
**Menzenhauer-Zithern.**  
Schönste Familienunterhaltung.  
**J. Kurzberg,**  
An der Jannowitzbrücke 1. I.  
Bahnhof Jannowitzbrücke.  
Jeden Mittwoch: **Helge Schulz**  
wöchentlich. Jeden Sonnabend: **Bilse**  
Blut- und Leberwurst.  
**Wurstmeyer,** Straße Nr. 6.

Achtung! **VI. Wahlkreis** Achtung!  
**Schönhauser Vorstadt.**  
Sonntag, den 1. Januar 1905, mittags 12 Uhr:  
**Große Matinee**  
im **Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9,**  
veranstaltet von den Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt.  
Ersatz für die am zweiten Feiertage polizeilich aufgelöste Matinee im Berliner Prater.  
Entree nach Belieben. [220/118\*] **Das Komitee.**

**Gesellschaftshaus Ostend**  
Memelerstrasse 67. **ERNST HERZOG.** Fernsprecher: Amt VII, 1075.  
Sonnabend, den 31. Dezember 1904  
**Grosser Silvester-Ball.**  
Sonntag, den 1. Januar 1905 (Neujahrstag): **Grosser Ball.**  
I. V.: **Paul Litfin.**  
16782

**Neuerscheinungen!**  
Wir empfehlen zur Anschaffung:  
**Jadeln der Zeit.** Gedichte von Ludwig Leffler. Preis 50 Pf.  
**Altkolonfrage und Arbeiterklasse.** Von Dr. Richard Fröhlich. Preis 20 Pf.  
**Die Schulfrage.** Von Clara Joffin. Preis 15 Pf.  
**Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte.** Von Paul Kampffmeyer. Preis 40 Pf.  
**Anarchismus und Sozialismus.** Von Georg Plechanow. Preis 40 Pf.  
**Die Warenhäuser und die Mittelpolitik des Zentrums.** Von Adolf Braun. Preis 20 Pf.  
**Theorien über den Mehrwert.** Aus dem nachgelassenen Manuskript "Zur Kritik der politischen Ökonomie" von Karl Kautsky. I. Band. Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. Preis brosch. 5,50 Mk., geb. 6,- Mk.  
**Aus Leben und Wissenschaft.** Gesammelte Aufsätze und Vorträge von Prof. Dr. H. Dödel. Zweite Serie in drei Teilen. Inhalt: I. Teil: Ritten im Kampf. II. Teil: Pädagogisches. III. Teil: Aus dem sonnigen Süden. Preis brosch. 3,50 Mk., geb. 4,- Mk.  
**Ein neuer Totentanz in 18 Bildern** von Hans G. Henschel. In eleganter Mappe. Preis 2,50 Mk.  
**Der Königsberger Geheimbundsprozess.** Nach den Akten und topographischen Aufzeichnungen herausgegeben von Kurt Eisner. Illustriert. In 11 Hefen a 90 Pf.  
Ferner empfehlen wir:  
**Sonnenblumen.** Eine Sammlung Gedichte berühmter Autoren an losen Blättern. In eleganter Mappe. Alle vier Bände zusammen Preis 8,- Mk., einzelne Bände 75 Pf.  
Zu beziehen durch

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung bezogene  
**eleg. Herren-Moden.**  
Bestellungen n. Nach. tabell. Kauf. in eigener Werkstatt.  
**Spezial-Geschäft**  
für  
**Herren-Bekleidung.**  
Kein Waren-Kredithaus.  
**J. Kurzberg**  
An der Jannowitzbrücke 1. I.  
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Frankenhausen a. K.  
**Kyffhäuser-Technik**  
Elektro- u. Maschinen-Ingenieur-Schule.  
Staatl. Abgangs-Prüfung.  
Modernes Laborat.

**Schmidt ruft!**  
Allen Freunden und Bekannten ein  
Soweit noch der Vorrat reicht: **Ausnahme-Preise!**  
Schallplatten passend für alle Grammophone und ähnliche Apparate. Kleine (18 cm) 1,30 Mk. Grosse Konzertplatten (25 cm) 2,00 Mk. Platten-Apparate statt 75 nur 36 Mk. Phonographen 4 Mk. Auf sich. Kasten 6 Mk. Hartgusswalzen statt 1 Mk. nur 75 Pf.  
Alle Apparate sind im Preise fast um die Hälfte ermäßigt. Garantie: Unsere Instrumente sind beste Ware. Unsere Schallplatten aus den älteren bewährten Fabriken. Werlosimitationen führe ich nicht. Unser Umsatz beweist alles! Kaufen Sie keine Sprechmaschine, ehe Sie bei Schmidt waren! Bei normalen Katalogpreisen auch Teilzahlung.  
**E. Schmidt, Fabrik, Berlin, Alexandrinenstr. 95-96,** nahe Oranien-N. Etage, strasse, Fahrstuhl.  
Sonnabend bis 10 Uhr abends, Sonntag bis 2 Uhr geöffnet. An Wochentagen bis 9 Uhr abends. 1

**Victoria-Brauerei**  
Lützow-Strasse 111/112.  
Heute:  
**Gr. Silvester-Ball.**  
Bei der Polonoise Ueberraschungen eigener Art.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen, am 1. Neujahrstag: **Neujahrs-Ball.**  
von 6 Uhr an **Max Saeger.**  
Es ladet ergebenst ein **Max Saeger.**

**„Rembrandt“**  
Photographisches Atelier  
Brückenstraße 6B, direkt an der Jannowitzbrücke.  
**12 Visit M. 1.70**  
**Kabinett M. 4.50**  
**Semi-Emaille 50 Pf.**  
Zu jeder Aufnahme von M. 3,- an geben wir bis zum 3. Januar 1905  
**eine Ia. Bromsilber-Vergrößerung umsonst.**  
Spezialität: Masken- u. Ballaufnahmen bei elektr. Licht.  
Auch Sonntags geöffnet. — Man achte genau auf Namen und Haus.

**Neujahrs-Karten!**  
Bekannt billigste Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer.  
**Witzkarten, 100 Stück 30 und 40 Pfennig.**  
**Geprägte Golddruck-Postkarten 1905**  
a 100 Stück 50 Pfennig. 1534L\*  
Große Auswahl in besseren und ganz feinen Karten.  
**S. & G. Saulsohn, BERLIN C. 25, Kaiser Wilhelmstr. No. 19a**  
Zwischen der Münzstraße und Dircksenstraße.

**Partei-Expeditionen:**  
Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Wetner, Wittenspaderstr. 30, v. part. — Dritter Wahlkreis: St. Fritz, Brinzenstr. 31, Hof rechts part. — Vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Gr. Neanderstr. 133, Hof part. — SO.: Paul Böhm, Raupacherstr. 14/15 (Laden). — Fünfter Wahlkreis: Leo Jucht, Steibstr. 42 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Bienenstr. 41/42. — Rosen-thaler Vorstadt, Gesundbrunnen: Hermann Rasche, Hagenstr. 24, vorn part. links. — Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kallmann-Allee 95/96. — Alt-Glienke: Reinhold Scholz, Rudowstr. 72. — Charlottenburg: Gustav Scharrer, Seidenmeisterstr. 1, Ecke Goethestr. vorn I. — Deutsch-Wilmers-dorf: S. Ridel, Berlinerstr. 130, III. — Friedrichsberg: Friedrichsberg-Willmsberg-Hohenschönhausen: Otto Seitel, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I. — Grünau: S. Blume, Anführerstr. 3. — Rixdorf: R. Heinrich, Prinz-Guntherstr. 7, im Laden. — Schöneberg: Wilhelm Häumer, Martin-Lutherstr. 51, im Laden. — Ober-Schöne-weide: Otto Wanger, Eblenstr. 31, 2 Treppen. — Nieder-Schöne-weide: Donaldsberg, Berlinerstr. 8. — Johannisthal: Paul Mann, Bismarckstr. 7. — Adlershof: Paul Schmidt, Bismarckstr. 22, I. — Königs-Wusterhausen: S. Reier, Bahnhöfstr. 11 III. — Köpenick: Friedrich Sied, Grünstr. 29. — Friedenau-Steglitz: S. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steig. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Reier, Doppelstr. 8, und Nr. Schellbasse, Hornstr. 15a. — Marien-dorf: Hermann Reichardt, Gausstr. 16. — Baumshuldenweg: Sied, Gräbstr. 2, II. — Treptow: R. Voigt, Glienstr. 37, vorn III I. — Neu-Weissensee: S. Reier, Schanitz 63, part. vorn III I. — Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Schäler, Provinzstr. 28, II. — Rummels-burg: Jörgel, Ranistr. Nr. 5. — Tegel, Hensig-walde, Dalldorf und Waldmannslust: Paul Rensig, Borghwalde, Schubarstr. 43. — Pankow: S. Freiwaldt, Florstr. 66. — Eichwalde, Zenthen, Niedersorf und Hanksels Ablage: Wilson Gray, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I. — Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1.  
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.  
Bitte ausschneiden.

**Allen Freunden und Bekannten ein**  
Soweit noch der Vorrat reicht: **Ausnahme-Preise!**  
Schallplatten passend für alle Grammophone und ähnliche Apparate. Kleine (18 cm) 1,30 Mk. Grosse Konzertplatten (25 cm) 2,00 Mk. Platten-Apparate statt 75 nur 36 Mk. Phonographen 4 Mk. Auf sich. Kasten 6 Mk. Hartgusswalzen statt 1 Mk. nur 75 Pf.  
Alle Apparate sind im Preise fast um die Hälfte ermäßigt. Garantie: Unsere Instrumente sind beste Ware. Unsere Schallplatten aus den älteren bewährten Fabriken. Werlosimitationen führe ich nicht. Unser Umsatz beweist alles! Kaufen Sie keine Sprechmaschine, ehe Sie bei Schmidt waren! Bei normalen Katalogpreisen auch Teilzahlung.  
**E. Schmidt, Fabrik, Berlin, Alexandrinenstr. 95-96,** nahe Oranien-N. Etage, strasse, Fahrstuhl.  
Sonnabend bis 10 Uhr abends, Sonntag bis 2 Uhr geöffnet. An Wochentagen bis 9 Uhr abends. 1

Unsern Stammbudler  
**Ferdinand Kiesel**  
zu seinem heutigen Wiedenfest ein  
**dreimal donners Hoch!**  
10296 Die Stammgäste  
und Genossen vom Zahlband.

**Verband der Graveure und Ciseleure etc.**  
Filiale Berlin.  
Am 27. Dezember verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied  
**Max Finger.**  
Ihre feinen Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nieder-Schönhauser Gemeinde-Friedhofes, Buchholzerstr. 6, aus statt. 74/8  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Bau-, Erd- und gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.**  
Bezirk Moabit.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Karl Collewe**  
am 27. d. Mts. an den Folgen eines Unfalles verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Helland-Str. Hofes in Köpenick aus statt. 161/12  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Steinarbeiter.**  
Am Dienstag starb unser Kollege  
**Johann Rost.**  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 31. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofs (Küllerstr.) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
180/5 **Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**  
Donnerstag, den 29. Dezember, starb nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden mein lieber Sohn, unser Bruder und Schwager, der Schriftfeger  
**Georg Michaelis**  
im Alter von 34 Jahren.  
Um stille Teilnahme bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 1007b

**Danksagung.**  
Allen Kollegen der Firma Gebr. Rothmann sage hiermit für die überaus herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes  
**Hugo Kowald**  
meinen herzlichsten Dank.  
**Tie trauernde Witwe**  
**Melitta Kowald.**

**Enorm billig**  
gelangen zum Verkauf die in letzter Saison zurückgesetzten hochmodernen, nur vornehmen Herren-

**Anzüge Paletots**  
aus feinsten Maßstoffen, Maßpreis bis 70 Mk., jetzt 18-30 Mk. Gehrockanzüge, Maßpreis bis 80 Mk., jetzt 23-42 Mk. Beinkleider jetzt 7-12 Mk.  
Sonntag 7-10, 12-2 geöffnet.  
Deutsches Versandhaus  
Jägerstr. 63, 1. Treppe.  
Auf Hausnummer achten!

Begr. 1864  
**Pelzwaren-Fabrik S. Schlesinger**  
Neue Königstraße 21, u. „Ordnonanzhaus“  
**Sinzelverkauf**  
nach beendet. Engros-Saison  
Reisemuster, Kollers, Stolas, Muffen etc. zu  
billigsten Engros-Preisen.  
Es gelangt nur wirklich reelle Kürschnerware zum Verkauf.  
Reparaturen 61/14\*  
**billigst und sauber.**  
Begr. 1864



Verfammlungen.

Die Arbeiter-Genossenschaft „Paradies“ hat unter etwas unklaren Verhältnissen einen Personenwechsel in dem Vorstande vollzogen. Von dem Aufsichtsrat der Genossenschaft waren nämlich der bisherige 1. Vorsitzende Kosska, der Vorsitzende Kreuzer und der 1. Schriftführer Liebe ihres Amtes enthoben worden. Mit diesen Maßnahmen des Aufsichtsrates hatte sich nun am Donnerstag eine außerordentliche Generalversammlung der Genossenschaft zu beschäftigen. In einer sehr heftigen „Anklagerede“ begründete der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Strauß, namens der übrigen Aufsichtsratsmitglieder vorgenommene Amtsenthebung. Ebenso ausführlich antwortete ein hochentthobener Vorsitzender Kosska, dem sich Liebe einigen Bemerkungen anschloß, während Kreuzer auf das zurückging. Aus den gesamten Reden und Gegenreden sowie aufrichtig reger Diskussion ging hervor, daß die ungewöhnliche Regel des Aufsichtsrates lediglich auf persönliche Interessen zwischen dem Aufsichtsrat und den betreffenden anderen Personen zurückzuführen ist. Zwischen beiden Körpern waren seit einiger Zeit Kompetenzkonflikte ausgebrochen, die in einem gegenseitig unliebsamen Verhältnis geführt hatten, in-

folgedessen dem Aufsichtsrat ein gedeihliches Zusammenarbeiten besonders mit dem Vorsitzenden fernherin unmöglich erschien. Hinzukam, daß der Vorsitzende eine bessere Entschädigung für seine im Interesse der Genossenschaft zu leistende persönliche Mithilfe beanspruchte, da ihm die bisherige auf Einzelliquidationen basierende Vergütung zu gering erschien. Der Rentierassistent Liebe wollte die dem Vorsitzenden zu gewährende Entschädigung auf 1500 M. jährlich bemessen wissen, welchen Antrag der Aufsichtsrat aber abgelehnt hatte, da seiner Ansicht nach die Tätigkeit des Vorsitzenden eine Entschädigung in genannter Höhe nicht rechtfertigte. Ferner hatte es der Vorsitzende Kosska als eine Beleidigung empfunden und es abgelehnt, eine Liquidation in Höhe von 10 M. für eine Reihe von Besprechungen, die er im Interesse der Genossenschaft mit anderen Personen gehabt hatte, im einzelnen noch stundenweise zu spezifizieren. Dieses und andere Vorkommnisse hatten bei dem Aufsichtsrat die Empfindung wachgerufen, als lasse sich der Vorsitzende bei seiner Geschäftsführung mehr von materiellen als von idealistischen Gesichtspunkten leiten und als spekuliere er auf eine dauernde Anstellung und Befolgung. Deshalb war er vom Aufsichtsrat kurzerhand seines Amtes enthoben worden, und mit ihm die beiden anderen Vorstandsmitglieder, weil sie mit dem Vorsitzenden derselben Ansicht gewesen waren. Jemand eine Veruntreuung oder eine Handlung, die etwa

den großen Interessen der Genossenschaft zuwidergelaufen wäre, wurde den Entlassenen nicht zur Last gelegt. Kosska selbst bestritt entschieden, nur vorwiegend sein materielles Interesse im Auge gehabt zu haben. Unterhalb Jahre lang sei er als Vorsitzender für die Genossenschaft tätig gewesen gegen eine äußerst minimale Entschädigung; jetzt aber hätten sich die Arbeiten derart gehäuft, daß eine angemessene Vergütung notwendig geworden sei. — Die Versammlung stellte sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt des Aufsichtsrates und gab der Amtsenthebung der drei Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung. Neugewählt wurden als 1. Vorsitzender Schleffler, 2. Vorsitzender Bracht, 1. Schriftführer Dörner und 2. Kassierer Wittmann.

Marktpreise von Berlin am 29. Dezember. Nach Ermittlungen des hiesigen Polizeipräsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*\*, gute Sorte 17,70—17,69 M., mittel 17,68—17,67 M., geringe 17,66—17,65 M. Roggen\*\*, gute Sorte 13,95—13,94 M., mittel 13,93—13,92 M., geringe 13,91—13,90 M. Buttergerste\*, gute Sorte 15,90—14,80 M., mittel 14,70 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,40 M. Hafer\*, gute Sorte 16,50—15,60 M., mittel 15,50—14,60 M., geringe 14,50—13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—30,00 M. Speldeböhen, weiße 30,00—30,00 M. Linen 00,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Fischtröck 0,00—0,00 M. Eier per Schock 4,80—3,20 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,20 M. Eier per Schock 4,80—3,20 M. \*) Preis Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Sylvesterrische

der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft

„Nordsee“

Filliale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Niederlagen:

Prinzenstr. 30 | Madaistr. 22 | Landsbergerstr. 52-53 (am Moritzplatz) | (i. Schles. Bahnhof) | (d. Kurzenstr. gegenüber)

Das reichhaltige Fischkochbuch erhält jeder Käufer gratis.

Cabliou zum Kochen und Braten sehr empfohlen Pfd. 23 Pfg. im Anschnitt Pfd. 25 Pfg.

Schellfisch in allen Größen Pfd. 20-35 Pfg. große im Anschnitt 35 Pfg.

Lebende Karpfen in allen Größen Pfd. 90 Pfg. bis 1.10 M.

Eiskarpfen in allen Größen Pfd. 45-60 Pfg.

Seekarpfen sehr fein, fast grätenlos Pfd. 35-40 Pfg.

Seelachs Pfd. 17 Pfg. im Anschnitt 23 Pfg.

Ein neuer Fisch! Adler-Lachs, im Mittelmeerfisch, Pfd. 35 Pfg. im Anschnitt 40 Pfg.

Seehecht, sehr beliebt, Pfd. 48 Pfg. im Anschnitt 55 Pfg. Grosse Scholle Pfd. 45 Pfg. Bratscholle (Fländern) Pfd. 22 bis 25 Pfg. 3 Pfd. 65 Pfg.

Knurrhahn, feiner Bratfisch, Pfund 30 Pfg. Austernfisch sehr fein, Pfd. 40 bis 45 Pfg. Fisch-Carbonade, grätenlos, bratfertig, Pfd. 60 bis 70 Pfg.

Rotzunge (bester Ersatz für Seezunge) Pfd. 50 bis 55 Pfg. Petermännchen (Rougets) sehr fein Pfd. 40 Pfg.

Feinste Steinbutt in allen Größen Pfd. 80 Pf. bis 1.20 M. Feinste Seezunge in allen Größen Pfd. 70 Pf. bis 1.30 M.

Feinster Tafelzander Pfd. 75-80 Pf. Seezander Pfd. 55-60 Pf. Silberlachs Pfd. 0.95-1.10 M. im Anschnitt 1.30-1.40 M.

Branzini, Leckerbissen der italien. Tafel, Pfd. 1.20-1.30 M. Lachs-Schellfisch (Haddock) nach englischer Art Pfd. 60 Pf. Stockfisch Pfd. 60-70 Pf.

Lebende Heilgol. Hummer in allen Größen Pfd. 2.90 bis 3.10 M. Feinste Holländer Austern Dutzend 1.50 M. Helgoland, Nordsee-Austern Dtz. 90 Pfg. b. 1.00 M.

Ia. Malosole-Caviar pro Pfund Mk. 10-15.00. Seemuschelein 100 St. 80-90 Pf.

Frisch geräucherte Flunders, Bäcklinge, Schellfisch, Sprotten, Seelachs, Stör, Aal, Lachs, Austernfisch, Rocher zu den billigsten Preisen.

Sardinen in Oel, marinierte Seefische und Heringe, in allerhand Zubereitungen und Dosengrößen in grosser Auswahl.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. Berlin O. Frankfurter Allee 89.

Voranzeige!

Räumungs-Verkauf

beginnt Montag, den 2. Januar.

10% Rabatt

oder

Doppelte Rabattmarken.



